



# AIB

2V 7426 E

2,50 DM

September

9/1981

12. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

## Bolivien, Chile, Türkei: Keine "Ruhe" unter der Junta



• Südafrika • Malawi  
• Afghanistan  
• Guatemala



# Inhalt:

<b>AIB-Aktuell:</b> Pulverfaß Naher Osten . . . . .	3
<b>Bolivien</b> Elfi Wernz / Michael Weber: Keine „Ruhe“ unter der Junta . . . . .	4 – 5
<b>Chile</b> Exekutivsekretariat der Unidad Popular in der BRD: Offener Brief an Außenminister H. D. Genscher . . . . . Hugo Fazio: Soziale Polarisierung unter dem Faschismus . . . . .	6 – 9 10 – 13
<b>Guatemala</b> Begegnung mit ORPA-Kommandant Rafael: Die Guerilla geht zum Angriff über . . . . . Gespräch mit einem PGT-Kämpfer: Die Situation ist explosiv . . . . .	14 – 15 15 – 16
<b>Nikaragua</b> Fernando Cardenal / Ernesto Cardenal / Miguel d'Escoto / Edgar Parrales: Gemeinsame Erklärung . . . . .	17
<b>Türkei</b> Rolf Geffken: Rückkehr zur Demokratie unter Militärregie? . . . . . DGB-Protest gegen türkische Terrorjustiz . . . . . „Graue Wölfe“ in der Bundesrepublik . . . . .	18 – 25 19 20
<b>Afghanistan</b> Mohammed Sarkash / Seamus O'Faolain: Afghanische Rebellen und die Aussicht auf Frieden (1. Teil) . . . . .	26 – 28
<b>Indochina</b> Nguyen Co Thach: Was die indochinesischen Staaten wirklich wollen . . . . .	29
<b>Südafrika</b> Joe Jele: Die Reagan-Botha-Allianz . . . . .	30 – 31
<b>Malawi</b> Jürgen Ostrowsky: Die „Schweiz Afrikas“ . . . . . Sozialistische Liga Malawis: Ziele und Programm . . . . .	32 – 34 33
<b>Schweiz – Dritte Welt</b> René Lechleitner: Den Schweizer Schleier zerreißen . . . . . Entwicklungspolitisches Manifest für die 80er Jahre . . . . .	35 – 37 36 – 37
<b>Rückblick:</b> Vor 25 Jahren: Gründung der PAIGC . . . . .	38
<b>Rezensionen/Filme:</b> Palästina im Widerstand . . . . .	39
<b>Infodienst:</b> Spendensammlung für die Westsahara, Unterschriftenaktion des Marokkanischen Arbeiterbundes, Südafrika-Postkarten der AAB, Nicaragua-Materialien, Broschüre BRD – Südafrika, Guatemala-Buch, Dritte-Welt-Medien contra Hollywood, Aktuelle Buchtips . . . . .	41
<b>Kurzinformationen:</b> Iran, Kampuchea, USA – Ostasien, Südafrika – Neuseeland, NATO – Südatlantik, Namibia, Gambia, Marokko, Zentralafrika, El Salvador, Belize, Kuba, Paraguay . . . . .	42 – 43
<b>Kommentar:</b> Von Ottawa nach Cancún . . . . .	44



**AIB**  
Antiimperialistisches Informationsbulletin

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos. 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

**Anschrift** von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (06421) 24672

**Konten:** AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 53390000), Konto Nr. 966

**Herausgeber:** Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

**Redaktionskollektiv:** Wolfram Brönnner (verantwortl.), Hanne Denk, Rainer Falk, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz

**Mitarbeiter:** A. J. Arndt, N. Biver, P. Grund, R. Hege-wald, W. Kindermann, P. Maaskola, H. Mayer, D. Mies, U. Rupp, H. E. Schäfer, J. Weber, B. Weng

**Verlag:** Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund  
**Druck:** Plambeck & Co., Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

**Adressenänderung** bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

**Redaktionsschluß:** 12.8.1981

**Anzeigen:** Nicaragua-Aktuell, Brücken-Verlag, Weltkreis-Verlag, Antiimperialistisches Solidaritätskomitee, Freundschaftsgesellschaft BRD-Vietnam, Das Argument, New Outlook, Info-Türk

## ASK-Plakat:

# „Beleidigung“ für F. J. Strauß



Wegen „Beleidigung“ des bayerischen Ministerpräsidenten F.J. Strauß verurteilte am 29. Juli d.J. ein Würzburger Gericht den 69jährigen Rentner und ehemaligen KZ-Inhaftierten Fritz Kröckel zu einer Geldstrafe von 200 DM. Das Vergehen des Anti-faschisten: Er hatte das nebenstehende Plakat des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK), welches F.J. Strauß bei seinem Besuch 1977 im faschistischen Chile vereint mit Diktator Augusto Pinochet und ihrem gemeinsamen „Ahnem“ Adolf Hitler zeigt, bei einer Demonstration mit sich geführt.

Als „wahr“ unterstellte das Gericht allerdings, daß F.J. Strauß bei seiner damaligen Chile-Visite den auf dem Plakat zitierten Spruch zum besten gab: „Wenn das Militär zugreift, geht es eben anders zu als beim Franziskanerorden, der Suppe an die Armen verteilt.“

Das ASK ruft alle Demokraten unseres Landes auf, sich durch das Würzburger Skandalurteil nicht einschüchtern zu lassen. Das „Beleidigungs“-Plakat kann für 1 DM (zuzügl. Porto) bestellt werden beim: ASK, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/M. 1



# AIB-Aktuell: Pulverfaß Naher Osten

Kurz nach den israelischen Parlamentswahlen vom 30. Juni 1981, aus denen erneut eine konservative Regierung unter Menachim Begin hervorging, stand der Libanon wiederum in Flammen. Den Siedepunkt erreichten die zweiwöchigen Auseinandersetzungen am 17./18. Juli d.J., als die israelische Armee nach mehrtägigen Dauerangriffen zu Land, zu Wasser und aus der Luft zum größten Schlag seit ihrem Libanonkriegszug vom März 1978 ansetzte. Wie höchstrangige israelische Offiziere tags zuvor gegenüber AFP erklärten, hatte damit „der Krieg gegen die Palästinenser begonnen“.

Am 17. Juli d.J. gingen auf die libanesische Hauptstadt Beirut Flächenbombardements von F-15- und F-16-Kampfflugzeugen nieder. Die Bilanz: Über 470 Tote und mehr als 1.200 Verwundete, fast ausnahmslos Zivilisten.

Den Angriff auf dichtbesiedelte Gebiete Beiruts suchte die Begin-Administration mit dem Vorwand zu rechtfertigen, man habe „den Palästinensern aufs Haupt schlagen“ wollen, d.h. ihn gegen die Zentren der palästinensischen Befreiungsbewegungen Al Fatah und Demokratische Front sowie gegen militärische Objekte gerichtet. Als zweites Motiv für diese israelischen Bombenflüge nannte der Chef des israelischen Militärgeheimdienstes, Generalmajor Y. Sagui, das Ansinnen, die Ressentiments der libanesischen Zivilbevölkerung gegen die rund 400.000 im Lande lebenden Palästinenser und die palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) zu schüren.

## Der Libanon in Flammen

Am 18. Juli d.J. folgten konzentrierte israelische Angriffe auf über 60 Ziele in Städten, Dörfern und Flüchtlingslagern des Libanon. Dabei wurden u.a. sämtliche größere Brücken, die über die Flüsse Litani und Zahrani führen, sowie die Raffinerie von Zahrani zerstört und ein neuer Flüchtlingsstrom gen Norden ausgelöst. Wie der israelische Generalstabschef Raphael Eitan freimütig bekannte, ging es Israel im Kern darum, die „Grundstruktur der Terroristen“, also der palästinensischen Fedayin, systematisch zu zerstören, um sodann einen „entscheidenden Schlag gegen sie zu führen. Das kann sehr schnell gehen, innerhalb von zwei Wochen, von zwei Monaten oder sogar von einem Jahr. Wie dem auch sei, wir werden uns auf alles vorbereiten“.

Dies alles geschah, während sich Ronald Reagans Nahost-Sonderbotschafter Phillip Habib auf seiner dritten Vermittlungstournee zur Beilegung der syrisch-israelischen „Raketenkrise“ in der Region aufhielt. Ph. Habibs Aktivitäten wurde es zugeschrieben, daß die Begin-Regierung sich schließlich am 24. Juli d.J. bereit fand, das Feuer gegen die PLO und ihre nationalprogressiven Alliierten im Libanon einzustellen. Sie ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß dies keine Maßnahme von Dauer sein dürfte.

Wie Uri Porat, der Pressesprecher der israelischen Regierung am 27.7.1981 in Tel Aviv erklärte, werde man jeden Versuch der PLO, Kriegsmaterial im Südlibanon zu plazieren, als Provokation ansehen, selbst wenn es nicht eingesetzt würde: „Auch wenn kein Schuß abgefeuert wird, kann es trotzdem einen Grund für einen Krieg geben.“ Das heißt doch, der bloße Selbstverteidigungswille des palästinensischen Widerstands ist Grund genug für Israel zum nächsten Feldzug. Die erneute Libanoneskalation durch Tel Aviv setzte just in dem Moment ein, als das Sonderkomitee der Arabischen Liga (Libanon, Syrien, Kuwait, Saudi Arabien und Liga-Generalsekretär Ch. Klibi) mit seinen Vermittlungsbemühungen zur Beilegung der seit April d.J. andauernden Libanonkrise (siehe AIB 7-8/1981, S. 4-9) einen Erfolg verbuchen konnte. Die syrischen Einheiten der Arabischen Abschreckungstreitmacht hatten ihren Ring um die ostlibanesische Stadt Zahle aufgehoben, da sie von den phalangistischen Rechtsmilizen geräumt worden war. Für Ende Juli d.J. stand noch ein Treffen aus, bei dem die letzten Streitpunkte geklärt werden sollten, nachdem die Phalange endlich in einer schriftlichen Stellungnahme an den libanesischen Staatspräsidenten Elias Sarkis ihre Bereitschaft zum Abbruch aller Verbindungen zu Israel konzediert hatte – genau dies war die Kernforderung Syriens an eine innerlibanesische Regelung gewesen. Mit der israelischen Aggression vom Juli d.J. aber entbrannten auch die innerlibanesischen Kampfhandlungen neu, wurde die nationale Aussöhnung erneut vertagt. Was steckt dahinter?

Ganz offensichtlich wollen Israels herrschende Kreise keine Beilegung der Libanonkrise zulassen, um ihre essentiellen Ziele durchzusetzen: Einmal bietet ein destabilisierter Libanon günstigere Interventionsmöglichkeiten zur Fortsetzung des Vernichtungskrieges gegen die hier konzentrierte PLO. Zum zweiten soll so der Druck auf Syrien, um es zum Rück- bzw. Abzug aus dem Libanon zu zwingen, aufrechterhalten und gegebenenfalls verstärkt werden. Zum dritten sehen Washington, Tel Aviv und Phalange-Führer B. Gemayel hierin



17. Juli 1981: Opfer der israelischen Bombenangriffe in Beirut

übereinstimmend die Chance, Beirut – um den Preis einiger territorialer Konzessionen – auf einen Separatfrieden mit Israel hinzu drängen. Das nämlich ist der Sinn einer Reagan-Botschaft an die israelische Regierung, mit dem Libanon zu verhandeln „im Hinblick auf die Herstellung friedlicher Beziehungen“ zwischen beiden Ländern.

Wenn die Reagan-Administration im Anschluß an die israelische Juli-Offensive vorsichtige Kritik anmerkte, so hauptsächlich um ihre Rückendeckung für M. Begin zu kaschieren und ihre Zusammenarbeit mit den konservativen arabischen Regimes, voran Saudi Arabien, nicht aufs Spiel zu setzen. Aber Israels Interventionismus im Libanon und der Krieg gegen die Palästinenser werden in Washington prinzipiell gutgeheißen, an der milliardenschweren US-Militär- und Wirtschaftshilfe für Israel keine Abstriche gemacht. Das vorübergehende Zurückhalten von 10 der insgesamt 75 an Tel Aviv vergebenen F-16-Kampfflugzeuge dient lediglich der Augenwischerei. „Natürlich denken wir, daß Begin unsere Ziele teilt“, bekannte Ende Juli d.J. der Sprecher des US-Außenministeriums, Dean Fischer. Ein Spiel mit verteilten Rollen also...

## Begins „Kabinetts des Kriegsgeschreis“

Das Anfang August d.J. vereidigte zweite Begin-Kabinetts läßt allenfalls einen noch scharfmacherischeren Kurs erwarten. Dafür bürgen schon die Ernennung des ultrarechten Kolonistengenerals Ariel Scharon zum Verteidigungsminister und des Milliardärs Yakov Meridor zum Minister für wirtschaftliche Koordination. In den Grundsätzen der neuen Regierung finden sich derart ungeschminkte Aussagen wie, man werde „zu einem geeigneten Zeitpunkt“ – nach Abschluß der sog. Autonomieverhandlungen mit Ägypten – die Westbank und den Gazastreifen annekieren.

PLO-Führer Abu Ijad sieht in der Zusammensetzung der neuen Begin-Regierung zurecht eine „erhöhte Kriegsgefahr“ im Nahen Osten. Er nannte sie „ein Kabinetts des Kriegsgeschreis“, gegen das die arabischen Staaten sich für einen neuen Waffengang wappnen müßten. Nach M. Begins brücker Ablehnung eines 8-Punkte-Friedensvorschlages Saudi Arabiens vom 9.8.1981 muß mit dem Ausbruch eines neuerlichen Libanon- oder Nahostkrieges jederzeit gerechnet werden.



Elfi Wernz/Michael Weber

## Keine „Ruhe“ unter der Junta



Armee-Patrouille in La Paz; gescheiterter Juntachef General Garcia Meza

„Ich werde 20 Jahre an der Macht bleiben. Die neuen Generationen werden von mir ein Land erben, das vom marxistischen Krebs geheilt ist.“

General Luis Garcia Meza im Juli 1980

13 Monate später tritt G. Meza – nach einem erfolgreichen Militärputsch gegen ihn – zurück und verläßt das Land.

Am 17. Juli 1980, 3 Wochen nach den bolivianischen Wahlen, aus denen das Linksbündnis Demokratische Volksunion (UPD) unter Führung von H. Siles Zuazo mit 38,7% der Wählerstimmen eindeutig als Sieger hervorgegangen war, wurde dem 1977 eröffneten Demokratisierungsprozeß durch einen Putsch erneut ein Ende gesetzt.

Schon vor diesen Wahlen, den dritten seit 1978,<sup>1</sup> hatten Terroranschläge die Bevölkerung verunsichert. Der Urnengang wurde von Putschgerüchten überschattet. Aus diesem Grunde hatten der Gewerkschaftsdachverband COB, alle linken Parteien, die Menschenrechtskommission und die Nationalistische Revolutionäre Bewegung (MNR) unter Führung des gemäßigten V. Paz Estenssoro Anfang des Jahres 1980 das Komitee zur Verteidigung der Demokratie (CONADE) gegründet mit dem Ziel, bei einem erneuten Militärputsch einen Generalstreik und Straßenblockaden zu organisieren.

### Juli 1980: Notbremse der Oligarchie

In den Überlegungen der Putschisten um General Garcia Meza war die „Endlösung“ der politischen Instabilität und chronischen Wirtschaftskrise Boliviens eng verknüpft mit der Absicht einer physischen Vernichtung oppositioneller Kräfte. Außerdem drohte durch den Wahlsieg der UDP die Regierungsübernahme durch eine Mitte-Links-Koalition, die den Profitinteressen der Militärs (Kokainhandel) und der einheimischen Oligarchie zuwidergelaufen wären.

In einer programmatischen Erklärung der UDP hat es dazu

geheißen: „Die UDP klagt den Imperialismus, die einheimische Oligarchie und die neuen herrschenden Kreise an, für den Rückschritt in Bolivien, die Armut der Massen und die neokoloniale Abhängigkeit des Landes verantwortlich zu sein... Sie (die UDP; d. Verf.) wird der Nation die Kontrolle und Nutzung ihrer Naturvorkommen zum eigenen Vorteil sichern, in allen Landesteilen den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt ermöglichen und die ausufernde Korruption beenden.“<sup>2</sup>

Argentinien war bei der Durchführung des Putsches vom Juli 1980 direkt beteiligt. Die Interessen der Videla-Junta waren darauf gerichtet, erstens keine Verschiebung der Grenze zwischen den demokratischen Staaten (Peru, Ecuador, Kolumbien) im Norden und den faschistischen Staaten (Chile, Brasilien, Argentinien) im Süden zuzulassen. Zweitens spielten wirtschaftliche Interessen eine wesentliche Rolle. Argentinien bezieht Erdgas zu einem günstigen Preis aus Bolivien – eine Importsteigerung war angestrebt. Eine demokratische Regierung mit Siles Zuazo als Präsident hätte zur Gefährdung dieser wirtschaftlichen Interessen führen können.

Nach dem Putsch vom 17.7.1980 verfuhr die US-Regierung unter Jimmy Carter in ihrer Politik gegenüber dem Andenstaat zweigleisig. Zwar verweigerte sie die Wirtschaftshilfe und zog demonstrativ ihren Botschafter aus La Paz ab, andererseits stundeten u.a. US-amerikanische Banken dem neuen Regime die Außenhandelschulden und der angekündigte Verkauf amerikanischer Zinnvorräte wurde vorerst verschoben.<sup>3</sup>

Nach dem Machtwechsel in Washington hat sich die US-Strategie geändert. Ronald Reagan ließ durch seinen Außenminister A. Haig mitteilen, daß nicht die Regierungsform, sondern die Sicherung der amerikanischen Interessen das wichtigste Prinzip der neuen US-Außenpolitik sein werde.<sup>4</sup>

Der Putsch vom Juli 1980 entpuppt sich in dreifacher Hinsicht als Novum in Boliviens Putschgeschichte:



Erstens rekrutiert sich die Militärjunta teilweise aus gewöhnlichen Kriminellen und bolivianischen/internationalen Drogenhändlern. Zum zweiten übertraf die von Garcia Meza proklamierte „Demokratie neuen Stils“ an Gewalt und Grausamkeit gegen die Bevölkerung jeden der annäherungsweise 200 Putsch, die Bolivien bisher ertragen mußte. Drittens unterschieden sich die Umstände des Putsches insofern von allen bisherigen Militärumschüben, als der Entschlossenheit der Militärs die Entschlossenheit der Mehrheit der Bevölkerung zum entschiedenen Widerstand entgegenstand. Die leidvollen Erfahrungen, die die Arbeiterschaft und Landbevölkerung Boliviens unter der siebenjährigen Banzer-Diktatur in ökonomischer und politischer Hinsicht machen mußten, führten ab Mitte der 70er Jahre zu einer anhaltenden Radikalisierung und Organisation der Bauernschaft in der COB (Bauerngewerkschaft CSUTCB) bei gleichzeitig wachsendem Bewußtsein der Arbeiterklasse. Beide überwandten Schritt für Schritt die von den jeweiligen Machthabern so oft ausgenutzte Zerrissenheit untereinander und begannen seit ungefähr 4 Jahren unter Führung der COB Aktionen gegen wirtschaftliche Mißstände und politische Repression gemeinsam zu koordinieren und zu planen.

Der in die Breite gewachsene und in der CONADE zusammengefaßte Widerstand mobilisierte die Bevölkerung gegen die Putschisten. Unter Führung der CONADE wurde nach dem Putsch ein Generalstreik ausgerufen, der begleitet von Straßenblockaden, für 2 Wochen Bergbau, Industrieproduktion, Handel und Verkehr Boliviens lahmlegte

Das brutale Vorgehen von Militär und Polizei gegen die Opposition und die Drohung mit ökonomischen Sanktionen gegen streikende Minen- und andere Arbeiter erforderte eine Veränderung der Widerstandsformen. Als das effektivste Verteidigungsmittel der Bevölkerung erschien der „passive Widerstand“ gegen die Militärjunta, zu dem im August 1980 die (Gegen-)Regierung der Nationalen Einheit (GUN, Vorsitz S. Zuazo) aufrief. CONADE und GUN sehen in der Praktizierung des passiven Widerstandes die Möglichkeit, das Regime kurz bis mittelfristig unter Druck zu setzen.

### Nein zu Mezas „Wirtschaftspaket“

Die wirtschaftlichen Maßnahmen der Junta haben die ökonomische Krisenentwicklung des Landes weiter verschärft. Handels- und Zahlungsbilanz und der Staatshaushalt weisen gewaltige Defizite auf, die Inflation liegt über der 50%-Marke. Die Auslandsverschuldung beträgt ca. 4 Mrd Dollar (Pro-Kopf-Verschuldung 800 Dollar).<sup>5</sup>

Angesichts der ruinösen wirtschaftlichen Situation kündigte General Meza am 10. Januar 1981 sein Programm der „Wirtschaftlichen Wiederbelebung“ an: Aufhebung der Subventionen der Grundbedarfsartikel, massive Entlassungen von Arbeitern und Angestellten, Abwertung des Peso, Entnationalisierung der bereits unter Banzer hoffnungslos verschuldeten staatlichen Erdölfirma YPF, der Bergbaugesellschaft COMIBOL und anderer wichtiger öffentlicher Unternehmen.

Was die Umsetzung dieser Maßnahmen für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bolivianer bedeutet, verdeutlicht ein Aufruf der COB „an alle Arbeiter und das bolivianische Volk“ vom 15.11.1980, in dem es heißt: „...werden die Lebenshaltungskosten, nur allein durch die Streichung der Subventionen für die Grundbedürfnisartikel, um 150% ansteigen... Unsere Löhne, die sicherlich auch wieder eingefroren werden, verlieren zu einem großen Teil ihre Kaufkraft.“<sup>6</sup>

Die illegal arbeitende COB rief zu einem 48-stündigen Generalstreik auf, der in den größten Minenzentren und in den Fabriken der Städte La Paz und Cochabamba befolgt wurde.

Vereinzelte kam es auch zu Straßenblockaden der organisierten Campesinos (Bauern). Nachdem der Widerstand sich nur langsam zu reorganisieren vermochte, zeichnet sich dabei in den letzten Wochen ein qualitativer Fortschritt ab. Neben der im Untergrund operierenden Regierung der Nationalen Einheit und der CONADE haben sich neue Widerstandsfronten (z.B. Front des 15. November) gebildet, deren gemeinsames Ziel „die Reorganisation und Verteidigung der gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten und die Verteidigung unserer Löhne und der wirtschaftlichen Existenzgrundlage der breiten Massen“ ist.<sup>7</sup>

Durch ihre breite Beteiligung am Widerstand ist die Kirche – sie hatte sich entschieden für den Demokratisierungsprozeß eingesetzt – einer entsprechenden Repression seitens der Putschisten ausgesetzt. Hohe kirchliche Würdenträger werden mißhandelt, kirchliche Einrichtungen verwüstet; Presencia, das Organ der bolivianischen Bischofskonferenz, wird allmonatlich mit einem längeren Erscheinungsverbot belegt. Trotz all dieser Angriffe werden weiterhin in den Kirchen Hirtenbriefe verlesen, in denen „zum Aufstand gegen die Regierung“ aufgerufen wird.<sup>8</sup>

Mit dem breiten Widerstand, dem sich G. Meza durch die bolivianische Bevölkerung und ihrer Organisationen ausgesetzt sah, korrespondierte seine eigene umstrittene Machtposition innerhalb der Streitkräfte. Oppositionelle Militärs wurden verhaftet, strafversetzt oder ihrer Kommandopositionen enthoben.

### Der 190. Putsch

Vier Putschversuche von März bis Ende Mai 1981 gegen G. Meza, die darauf hindeuteten, daß die Mehrheit der Militärs ihn nicht mehr für tragbar hielt, veranlaßten den Juntachef, seinen Rücktritt anzukündigen und für den 6. August d.J. die Amtseinführung seines Nachfolgers vorzusehen. G. Mezas öffentliche Distanzierung von dieser Entscheidung im Juli allerdings machte den nächsten Putsch nur noch zu einer Terminfrage.

Der Putsch von Heeresseinheiten am 3. August d.J. in Santa Cruz unter Führung der aus dem Exil zurückgekehrten Generäle N. Busch und L. Anez fand die Unterstützung der COB, der Untergrundregierung Zuazo und des ehemaligen Diktators Hugo Banzer. Die Ankündigung der Bombardierung von La Paz und die Proklamation eines landesweiten Generalstreiks zwangen G. Meza zum Rücktritt und zur Einsetzung einer neuen Junta unter General Waldo Bernal, der in den ersten Verlautbarungen jedoch keinen Zweifel daran ließ, an Form und Inhalt der bisherigen Regierungspolitik festhalten zu wollen.

Ob nun seine „neue Art von Demokratie“<sup>9</sup> oder aber der „Kreuzzug für die nationale Wiedererweckung“<sup>10</sup> der putschenden Generäle und der sie unterstützenden Koalition in den nächsten Wochen und Monaten die Oberhand gewinnen wird, steht noch dahin. Sicher ist im Augenblick nur eines: Mit dem Sturz des in den internationalen Rauschgift-handel verwickelten Generals Luis Garcia Meza und seiner Clique, die Bolivien an den Rand des wirtschaftlichen Ruins brachten, wachsen auch die Chancen des demokratischen Widerstandes in diesem Land.

#### Anmerkungen:

- 1) Siehe AIB 9/1979, S. 14-16 und 9/1980, S. 8-9
- 2) AIB 9/1979, S. 15 und 16
- 3) Vgl. Unsere Zeit, 31.7.1980 und Die Tat, 1.8.1980
- 4) Bolivien-Rundbrief 2/1981
- 5) Daten nach: Frankfurter Rundschau, 25.1.1981
- 6) Zit. nach: Bolivien-Rundbrief 1/1981
- 7) Ebenda
- 8) Die Welt, 27.8.1980
- 9) Frankfurter Rundschau, 6.8.1981
- 10) Süddeutsche Zeitung, 5.8.1981



Mit dem Inkrafttreten der faschistischen Verfassung und eines Pakets sog. Übergangsbestimmungen im März 1981 hat die Militärdiktatur unter General Augusto Pinochet ihre Vollmachten noch erweitert. Das verdeutlicht insbesondere der Verfassungsartikel 24 (siehe Kasten), der einem Ermächtigungsparagraph für Präsident Pinochet gleichkommt. Er machte in den vergangenen Monaten davon regen Gebrauch, wie die neue Welle der Repression gegen die Arbeiterbewegung, oppositionelle Universitätsangehörige usw. anzeigt.

Am 7. Juli d.J. verhaftete das Regime zehn Führer des Nationalen Gewerkschaftlichen Koordinierungskomitees (CNS), das ca. 800.000 Arbeiter repräsentiert und eine der drei größten Arbeiterorganisationen Chiles ist. Die Inhaftierten, darunter CNS-Präsident Manuel Bustos und CNS-Generalsekretär Alamiro Guzman, werden beschuldigt, einer „nichtlegalen“ Organisation vorzustehen und die „nationale Ordnung und Sicherheit zu attackieren“. Eigentlicher Anlaß war die Vorlage eines CNS-Forderungskataloges, der u.a. folgende Punkte enthält: Streichung des Artikels 24 der Pinochet-Verfassung, Aufhebung des Ausnahmezustandes, Beendigung der Repression (inklusive Aufklärung der Verschwundenenschicksale), Schluß mit der Privatisierung und Entnationalisierung der Wirtschaft, Reinstallierung der Arbeitsgerichte, Streikrecht, Lohnerhöhung für Arbeiter und Angestellte um 31%.

Die Bundesregierung sucht dessen ungeachtet ihre Stimmhaltung vor der UN-Menschenrechtskommission in Sachen Chile, die geplante U-Boot-Lieferung und andere Gefälligkeiten gegenüber der Pinochet-Junta u.a. damit zu rechtfertigen, die Menschenrechtslage habe sich in Chile seit 1977 wesentlich verbessert. Grund genug für die Volkseinheitsbewegung Unidad Popular (UP), sich in einem Offenen Brief an den Bonner Außenminister H.D. Genscher mit diesen Rechtfertigungsversuchen detailliert auseinanderzusetzen. Hugo Fazio, einer der profiliertesten UP-Ökonomen, weist die faschistische Wirtschaftspolitik als Ursache für eine zunehmende soziale Polarisierung aus und sieht in ihr Chancen für eine Belebung des Massenwiderstandes gegen die Diktatur.

## Exekutivsekretariat der Unidad Popular in der BRD

# Offener Brief an Außenminister H. D. Genscher



„Die große Farce“ – Proteste gegen Pinochets Plebiszit im September 1980

Sehr geehrter Herr Minister, sicherlich hat Ihr Ministerium seit dem Staatsstreich in Chile (im September 1973) Hunderte und Tausende von Briefen, Noten, Telegrammen und Mitteilungen der verschiedensten

Art von Persönlichkeiten und Organisationen der unterschiedlichsten politischen und ideologischen Ausrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland erhalten, die aber alle in der Notwendigkeit einer Verurteilung der Verbrechen Pinochets und seiner Diktatur übereinstimmen.

Bis Ende 1980 hatte die Bundesregierung und damit auch ihr Außenministerium vor den internationalen Organisationen eine mit dieser mehrheitlichen Überzeugung der demokratischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland im Einklang stehende Haltung angenommen. Aber auf der letzten Sitzung der UN-Menschenrechtskommission, auf der das Thema Chile zur Diskussion stand, verurteilte die Vertretung der Bundesrepublik die Militärjunta nicht, sondern entschied sich für die Stimmhaltung. Dieses Verhalten erweckt natürlich unsere Besorgnis. Da zusätzlich zahlreiche Chilenen und Bundesbürger in den letzten Monaten auf Protestschreiben wegen der in Chile fortbestehenden Verfolgung und wegen der Absicht, Waffen an Pinochet zu liefern, von Ihrem Ministerium solche Antworten erhalten haben, in denen praktisch eine Abänderung bezüglich der Behandlung zum Ausdruck kommt, die die Diktatur gegenwärtig und in Zukunft von Ihrer Regierung erfahren soll, sehen wir uns genötigt, uns in einem offenen Brief an Sie zu wenden, um Ihnen unsere tiefe Beunruhigung mitzuteilen. Zusammenfassend vertritt Ihr Ministerium neuerdings folgende Auffassung:

1. In Chile habe sich die Situation der Menschenrechte im Vergleich zu den Jahren 1973-77 verbessert.
2. Das Neue an der Entwicklung in Chile sei ein Anstieg des „Terrorismus“.
3. Es sei absolut normal, daß über Chilenen die Todesstrafe verhängt werden könne; dergleichen geschehe in vielen zivilisierten Ländern.
4. Dem Pinochet-Regime könnten U-Boote geliefert wer-



den, denn Chile befinde sich nicht innerhalb eines Spannungsgebietes.

5. In Anbetracht vor allem der Erwägungen aus den Punkten 1 bis 3 werde die Bundesrepublik in den Vereinten Nationen ihre Position der Stimmenthaltung beibehalten und sich zudem dagegen aussprechen, daß der Fall Chile auf die Tagesordnung der kommenden UN-Vollversammlung gesetzt werde.

Gestatten Sie uns, Herr Minister, auf jeden dieser Punkte gesondert Bezug zu nehmen.

## 1. Zur Verbesserung der Lage der Menschenrechte in Chile

1.1. Eine Darstellung der allgemeinen Lage unseres Volkes unter dem Faschismus, die allein schon ein schwerwiegendes Attentat gegen die grundlegenden Menschenrechte darstellt, würde den Rahmen dieses Briefes sprengen. Wir beschränken uns darauf ins Gedächtnis zu rufen: die beständige Arbeitslosigkeit von über 20% der arbeitsfähigen Bevölkerung (d.h. insgesamt halb so viel Arbeitslose wie in der Bundesrepublik, in einem Land mit nur 1/6 der hiesigen Bevölkerung); die 700.000 fehlenden Wohnungen, die Demontage der Sozialmedizin beim Versuch der Privatisierung aller Krankenhäuser; die Liquidierung der zunächst unter militärische Kontrolle gesetzten und neuerdings ebenfalls dem freien Markt überlassenen Universitäten; die Militarisierung des Bildungswesens in all seinen Stufen; das Spitzeltum und das freie Wirken der Unterdrückungsorgane an Schulen und Hochschulen; die Vernichtung der gewerkschaftlichen Freiheit, des Rechtes auf freie Kollektivverhandlungen sowie die Einschränkung und praktische Inexistenz des Streikrechts, und vieles mehr.

1.2. Wir wollen vielmehr auf solche Vorgänge Bezug nehmen, die gängigerweise und unmittelbar als Verletzungen der Menschenrechte bezeichnet werden.

Das Vikariat der Solidarität hat Anfang dieses Monats bekanntgegeben, daß zwischen Januar und April 1981 allein in Santiago 197 Personen von den Sicherheitsorganen verhaftet wurden. Es ist bekannt, daß offiziellen Angaben zufolge anläßlich des Internationalen Tages der Arbeit, d.h. bereits im Monat Mai, rund 400 Verhaftungen erfolgten. Solche Verhaftungen wurden danach in ähnlicher Weise fortgesetzt. Darum können wir feststellen, daß im Verlauf von 1981 der hohe, für 1980 charakteristische Repressionsgrad nicht vermindert wurde.

Was die Ereignisse aus dem Jahr 1980 betrifft, so beziehen wir uns auf eine vom Büro Chile Democratico in Rom erarbeitete Zusammenstellung, die für das genannte Jahr auf über 4.000 von der Diktatur zu verantwortende Menschenrechtsverletzungen aller Art hinweist.

Wichtig ist es hervorzuheben, daß die Sicherheitsorgane in den letzten Monaten zahlreiche junge Leute ermordet haben, darunter Oscar Salazar Jensen, Santiago Rubilar Salazar, Ruben Horta Jopia, Juan Olivares Perez, Alejandro Sepulveda Malbran und Jose Leandro Arratia, von denen



Verhafteter Gewerkschaftsführer Manuel Bustos (L.); ermordeter Antifaschist J. Leandro Arratia

einige aus dem Exil (unter Einhaltung aller von der Junta geforderten rechtlichen Förmlichkeiten) ins Land zurückgekehrt waren. Die Verantwortlichen für diese Morde sind nicht bestraft worden.

Zum ersten Mal wurde im Monat Juni 1981 die Kathedrale von Santiago von Agenten der Junta durchsucht. Mehrere dort verhaftete Jugendliche befinden sich immer noch im Gefängnis.

Die Verbannungen Hunderter Männer und Frauen, vor allem Jugendlicher, die Einkerkierungen an geheimen Haftorten bei grauenhaften Folterungen, die Verstreuung der politischen Gefangenen über Haftanstalten für Gemeinverbrecher im ganzen Land, die geheimen Folterhöhlen, das unaufgeklärte Schicksal unserer verschleppten Genossen (rund 2.500; d. Red.) die Ausweisungen aufgrund rein administrativer Maßnahmen, die Nichtzulassung der Rückkehr der Exilanten (Sie wissen, daß wir in der Bundesrepublik einige Tausend und in der Welt einige Hunderttausend sind), all diese Verhältnisse sind weiterhin für das Regime der Militärdiktatur kennzeichnend.

Sicherlich ist Ihnen bekannt, daß vor nur zwei Monaten der ehemalige Parlamentarier und Innenminister der Regierung Allende, Gerardo Espinoza, des Landes verwiesen und daß die Rückkehr des Vorsitzenden der Christdemokratischen Partei, Andres Zaldivar, ins Land verboten wurde. Beide sind auf administrativem Wege zum Exil verurteilt worden. Die Weltpresse berichtete außerdem vom Tod Laura Allendes, der Schwester unseres Genossen Präsidenten, der Pinochet das von ihr geforderte Recht verweigert hatte, in ihrer Heimat sterben zu können.

Natürlich, Herr Minister, werden nicht alle Monate 30.000 oder mehr Chilenen ermordet, wie es im September-Oktober 1973 der Fall war; ebenso wenig können auf unbestimmte Zeit ständig Tausende unserer Landsleute verschleppt werden. Aber Tatsache ist, daß Pinochet den Terror institutionalisiert hat und ihn heute mit größerer Spitzfindigkeit und Selektivität denn je, dadurch aber keineswegs mit geringerer Brutalität, praktiziert. Da das terroristische Wesen seines Regimes keine Änderung erfahren hat, gehen wir davon aus, daß sich die verurteilende Haltung der wahren Demokraten gegenüber der Diktatur ebenso wenig ändern sollte.

## 2. Zum Argument des „anwachsenden Terrorismus“

An erster Stelle fällt die Übereinstimmung dieses Arguments mit den Feststellungen einiger Regierungen, insbesondere der US-Regierung unter Reagan, zum Befreiungskampf des salvadorianischen Volkes gegen die Diktatur des Napoleon Duarte auf. Es ist klar, daß mit der Darstellung des Befreiungskampfes eines Volkes als einer Auseinandersetzung zwischen zwei „terroristischen“ Extremen beabsichtigt wird, eine Fortsetzung der Unterstützung für diktatorische Regimes zu ermöglichen. Gleichzeitig wird damit versucht, zu verhindern, daß unsere Völker sich die von ihnen demokratisch bestimmte und den Interessen der großen Mehrheit entsprechende Regierung geben.

Wir sind der Überzeugung, daß Argumente dieser Art nicht der geringsten Analyse standhalten, sei es nun im Fall von El Salvador oder in unserem eigenen. Der größte und verabscheuungswürdigste Terrorist, den unsere chilenische Geschichte und u.U. gar die Geschichte Lateinamerikas kennt, ist Pinochet. Er ist es, der, um sich an der Macht zu halten, Terror und Unterdrückung gegen all jene einsetzt, die es wagen, eine abweichende Meinung zu vertreten.

Unter gleichzeitigem Hinweis auf Punkt 1.2 sei gesagt: Vor etwas mehr als einem Monat erneuerte der Diktator den



Ausnahmestand. Dieser Ausnahmestand, der in jedem zivilisierten Land eben als Ausnahme gehandhabt wird, hat in Chile seit dem Putsch und auch in nächster Zukunft den Charakter einer ständigen Institution. Die umfassenden Vollmachten Pinochets wurden mit dem Inkrafttreten der Verfassung, die – wie seinerzeit auch Vertreter der Bundesregierung erklärten – auf undemokratische Weise zustandekam, nicht eingeschränkt, sondern noch wesentlich verstärkt. In seinen Händen sind die exekutive, die legislative und die verfassungsgebende Macht konzentriert. Gleichzeitig übt der Diktator entscheidenden Einfluß auf die Besetzung der Justizorgane aus. Gestützt auf die Streitkräfte kann Pinochet sogar – und jetzt auch auf „verfassungsmäßige“ Weise – solche Veränderungen verhindern, die von der Mehrheit der Chilenen befürwortet werden.

Um es mit Worten des Vorsitzenden der Gruppe für Verfassungsstudien, des ehemaligen christdemokratischen Senators Patricio Aylwin zu sagen: Solange die gegenwärtige Verfassung in Kraft ist, „kann unser Land nicht als Rechtsstaat eingeschätzt werden, der unter einer verfassungsmäßigen Ordnung lebt“. Im Falle einer Nation, die einer „ständigen Ausnahme“ unterworfen ist, durch die dem Regierenden „die Gesamtheit der Macht in die Hände gelegt, die Freiheit der Personen seiner Willkür ausgeliefert und den Gerichtshöfen die Schirmherrschaft über diese Freiheit entzogen wird, sein Grundgesetz und Recht nichts mehr als dekorative Mäntelchen ohne einen substantiellen Wert“. Und Herr Aylwin fügt hinzu: Die gegenwärtige Rechtsstruktur „macht jegliche Evolution innerhalb ihres Rahmens unmöglich; es schließen sich alle Türen für eine mögliche Veränderung oder Evolution der Institutionalität“.

Wir fragen Sie, Herr Minister: Wenn die Situation in Chile so ist, wie hier geschildert, soll dann unser Volk untätig bis zum Jahr 2000 darauf warten, daß Pinochet so gütig ist, der Macht zu entsagen, die er durch Verrat errang und mit Gewalt behauptet?

Jene, die sich zum Kampf gegen die Diktatur erheben, dürfen nicht verwechselt und mit Leichtfertigkeit als Terroristen bezeichnet werden. Die deutschen, französischen, italienischen, spanischen, jugoslawischen antifaschistischen Kämpfer und die so vieler anderer Nationalitäten waren keine Terroristen, als sie sich gegen die Unterdrückung erhoben, die mit der dunklen Nacht des Nazifaschismus über Europa hereinbrach. Auch die in Chile gegen Pinochet kämpften, sind es nicht.

Im Einklang mit den Lehren der großen christlichen Philosophen, mit denen der Demokraten aller Epochen, im Einklang mit den Prinzipien der Menschenrechtserklärung, mit der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika und so vieler anderer liberaler Grundgesetze sind wir der Auffassung, daß sich alle fortschrittlichen Menschen und Regierungen an die Seite eben jener stellen müssen, die der in unserer Heimat herrschenden Tyrannei widerstehen und gegen sie kämpfen.

### 3. Es sei normal, daß über Chilenen die Todesstrafe verhängt werden könne; dergleichen geschehe in vielen zivilisierten Ländern.

Tatsächlich existiert die Todesstrafe in vielen zivilisierten Ländern. Was aber diese Länder von dem unterscheidet, was gegenwärtig in Chile geschieht, ist die Tatsache, daß die Anwendung dieser Strafe in Chile in die Befugnis von Militärgerichten fällt, die nach Verfahren und Maßstäben für Kriegzeiten operieren, die Pinochet absolut untergeordnet sind und somit keine Unabhängigkeit haben, die sich aus Militärs ohne juristische Ausbildung zusammensetzen; Tribunale, die wie die Erfahrung seit dem Putsch zeigt, imstande sind, in

## Pinochets Verfassungsartikel 24

Unbeschadet der Verordnungen der Artikel 39 ff. über die in dieser Verfassung vorgesehenen Ausnahmestände, kann der Präsident der Republik, falls sich während der Zeit der Gültigkeit des Übergangsartikels 13 (1981 - 1989) Gewaltakte ereignen, die darauf abzielen, die öffentliche Ordnung zu stören, oder falls die Gefahr der Störung des inneren Friedens besteht, dies öffentlich erklären und für sechs Monate folgende Ermächtigungen in Anspruch nehmen:

- Festnahmen bis zu einer Dauer von fünf Tagen im Hause des Betroffenen oder an anderen Stellen außer in Gefängnissen. Im Falle von schwerwiegenden Terrorakten kann dieser Zeitraum um bis zu 15 Tage verlängert werden.
- Einschränkung des Versammlungsrechts und der Informationsfreiheit, letztere nur bei Gründung, Ausgabe oder Verbreitung neuer Veröffentlichungen.
- Einreiseverbot in das oder Ausweisung aus dem Staatsgebiet für diejenigen, die in Artikel 8 der Verfassung aufgeführte Doktrinen propagieren, Anhänger solcher Doktrinen sind oder im Ruf stehen, Aktivisten derselben zu sein, sowie für diejenigen, die gegen die Interessen Chiles gerichtete Akte begehen oder eine Gefahr für den inneren Frieden darstellen.
- Verfügung des Zwangsaufenthalts bestimmter Personen in einer Ortschaft im Staatsgebiet für einen Zeitraum bis zu drei Monaten.

Die in dieser Verfügung vorgesehenen Ermächtigungen werden vom Präsidenten der Republik mittels eines vom Innenminister unterzeichneten Höchsten Erlasses mit der Formulierung „auf Befehl des Präsidenten der Republik“ wahrgenommen. Die Kraft dieser Verfügung ergriffenen Maßnahmen können nicht durch Rechtsmittel angegangen und nur durch die Instanz, die sie hat, aufgehoben werden.

(Quelle: Solidaridad, Münster, Nr. 19/Juli 1981)

verantwortungsloser Weise Übergriffe aller Art zu begehen. Stellt man zusätzlich die Tatsache in Rechnung, daß sich die zivile Gerichtsbarkeit der Diktatur gegenüber fast ausnahmslos willfährig verhalten hat, so muß man zu dem Schluß kommen, daß sowohl gegenwärtig wie auch in Zukunft das Leben vieler unserer Landsleute Gefahr laufen und die Ausübung von Druck durch die internationale Öffentlichkeit erforderlich sein wird, um den Mördern Einhalt zu gebieten. Aus gegebenem Anlaß möchten wir Sie auch darauf hinweisen, daß die Behauptung von Mitarbeitern Ihres Ministeriums nicht zutrifft, in Chile gelte in vollem Umfang das Rechtsmittel des „habeas corpus“. Es ist bekannt, daß nur in einem einzigen Fall ein Schutzantrag dieser Art von einem zivilen Gerichtshof angenommen wurde, während solche Anträge zu Tausenden gestellt wurden. In diesem einzigen Fall vermochte die zivile Gerichtsbarkeit nicht einmal durchzusetzen, daß ihr der Verhaftete vorgeführt wurde. Der Betroffene ist weiterhin spurlos verschwunden.

### 4. U-Boote und Waffenverkäufe an Pinochet

Ihr Ministerium behauptet, Chile befände sich nicht in einem Spannungsbereich. Dagegen ist bekannt, daß es sich erst vor kurzem knapp am Rand einer militärischen Auseinandersetzung mit Argentinien befand, die diplomatischen Beziehungen mit Bolivien unterbrochen und die Beziehungen mit Peru derart schlecht sind, daß die peruanische Regierung den Junta-Botschafter auswies.

Andererseits kam es trotz der Vermittlung durch den Vatikan – einem positiven Faktor, der von den Völkern beider Länder und nicht von den Diktatoren durchgesetzt wurde – zwischen beiden Ländern infolge verschiedener Spionageprozesse in Chile und Argentinien vor einem Monat zu einer lang andauernden Schließung der beiderseitigen Grenze. Sollte aber trotzdem die Behauptung beibehalten werden, Chile sei kein Spannungsbereich, so vergäbe man eine Tatsache von überragender Bedeutung: die Tatsache, daß Pinochet und die Faschisten die schlimmste aller Aggressionen





vollführen, eine Aggression, die dadurch nicht weniger bestialisch wird, daß sie einen Gegenschlag unmöglich macht, nämlich den Krieg gegen das eigene Volk. Zu den ideologischen Grundlagen der Pinochet-Diktatur gehören die Doktrin der nationalen Sicherheit und der Begriff des „inneren Feindes“. Auf dieser Grundlage werden die unzähligen Greuelthaten begangen, die wir kurz geschildert haben und die weltweit bekannt sind.

Wir fragen: Ist es nicht ausreichend bekannt, daß im September 1973 Schiffe der chilenischen Kriegsmarine, darunter auch U-Boote, vor Valparaiso, Lota, Coronel und anderen Städten Stellung bezogen haben, die Geschütze feuerbereit für den Fall, daß unser Volk den Putschisten Widerstand geleistet hätte? Wird denn vergessen, daß Flugzeuge der Luftwaffe den Monedapalast bombardierten? Wird vergessen, daß Kriegsschiffe und auch das Schulschiff „Esmeralda“ zu Folterhöllen für Hunderte von Patrioten wurden? (Nebenbei sei vermerkt, daß die Jacht „Blanca Estela“ der chilenischen Kriegsmarine zu unserem Erstaunen an der diesjährigen Kieler Woche teilnehmen soll.)

Wir behaupten mit Entschiedenheit, daß sich unser Land aufgrund der Entwicklung im südlichen Teil Lateinamerikas und insbesondere wegen der Bedeutung der Fortdauer der Diktatur für unser Volk in einem Spannungsgebiet befindet. Darum halten wir es für außerordentlich schwerwiegend, daß sich gegenwärtig in Kiel mindestens vier Offiziere der chilenischen Kriegsmarine aufhalten, die sich vor den Augen der Öffentlichkeit verborgen halten. Wir würden gerne ihre Namen erfahren, denn wir sind davon überzeugt, daß sich wahrscheinlich darunter einige der Folterer befinden, die wiederholt identifiziert und vor der internationalen Öffentlichkeit angeprangert wurden.

Sollte sich diese Vermutung bewahrheiten, so gäbe es keinen anderen Weg als ihre Ausweisung aus der Bundesrepublik, ebenso wie vor Jahren auf diplomatischem Wege bezüglich des Militärattachés Christian Ackerknecht verfahren wurde. Wir schließen hier mit der Feststellung, daß U-Boot-Lieferungen an Pinochet heute und nach diesem Präzedenzfall zukünftige Waffenlieferungen aller Art praktisch nichts

anderes bedeuten als eine Verlängerung seiner Diktatur und eine Unterstützung, die ihm alle Demokraten verweigern sollten.

## 5. Abschließend möchten wir Bezug nehmen auf die Haltung der Bundesregierung in den Vereinten Nationen

Es erscheint uns klar, daß sich die Lage in unserer Heimat in den fast acht Jahren der Diktatur nicht wesentlich verändert hat. Unserer Auffassung nach gilt weiter die vor einiger Zeit von einem hohen Vertreter dieser Regierung getroffene Einschätzung, unser Land sei in der Hand einer „Mörderbande“.

Wir sind der Auffassung, daß das von der Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen vorgebrachte formale Argument nicht in Einklang steht mit den Prinzipien der UN-Charta. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß bezüglich des Falles Chile ein besonderes, selektives, diskriminierendes oder privilegierendes Verfahren angewandt würde. Im Gegenteil, das befolgte Verfahren ist normal, notwendig und sollte darüber hinaus allgemeine Anwendung finden.

In dieser Hinsicht sowie in anderen Fragen, die wir angesprochen haben, sind wir der Auffassung, daß die Bundesregierung weiterhin den weltweiten Abscheubekundungen gegen Pinochet und sein Regime Rechnung tragen, bei den Vereinten Nationen in Einklang damit handeln und seine Verbrechen erneut verurteilen sollte.

Sehr geehrter Herr Minister,

es ist uns nicht leicht gefallen, über die Art und Weise zu entscheiden, in der wir uns an Sie wenden würden. Wir haben schließlich beschlossen, es mittels eines offenen Briefes zu tun. Dabei haben wir an erster Stelle die schwierige Lage in Rechnung gestellt, unter der unser Volk lebt, sowie die schwierigen Bedingungen unter denen die Opposition gegen den Faschismus in unserem Land handeln muß. Weiter erschien es uns notwendig, daß die Öffentlichkeit der Bundesrepublik von unserer Stellungnahme Kenntnis nehmen kann, denn wir sind der Überzeugung, daß diese Öffentlichkeit weiter an unserer Seite stehen wird, bis zur endgültigen Niederlage Pinochets und des unmenschlichen Systems, das ihn an der Macht hält.

Wir danken im voraus für die Aufmerksamkeit, die Sie unseren Ausführungen schenken werden und verbleiben hochachtungsvoll

Exekutivsekretariat der Unidad Popular Chiles in der Bundesrepublik Deutschland

(Quelle: Pressematerial der Unidad Popular in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M., Juni 1981)

### Commonwealth und Dritte Welt: Afrika und Karibik (gulliver 8)

192 Seiten: 15,50 DM (Stud. 12,80 DM)

Zunehmend kämpfen die englischsprachigen Gesellschaften der »Dritten Welt« um wirtschaftliche und kulturelle Eigenständigkeit.

Die Beiträge dieses Bandes umfassen — am Beispiel postkolonialer Länder Afrikas und »Westindiens« — Analysen zur Sozialstruktur, Berichte über nationale Befreiungsbewegungen und Stellungnahmen zum Status der Creole-Sprachen und ihrer Erforschung. In mehreren Aufsätzen wird die Darstellung der aktuellen kulturpolitischen Debatte in Roman und Lyrik kommentiert; eine Unterrichtseinheit zu Jamaica sowie Konferenzberichte und Rezensionen ergänzen den Themenschwerpunkt.

ARGUMENT-Verlag, Tegeler Str. 6, D-1000 Berlin 65, Tel. 030/4619061





Eine der „Segnungen“ faschistischer Wirtschaftspolitik: Die Unterernährung der chilenischen Kinder nahm stark zu

Hugo Fazio

## Soziale Polarisierung unter dem Faschismus

In den Jahren des Faschismus hat es in Chile bedeutende Veränderungen gegeben. Dem Junta-Sprachrohr El Mercurio gefällt die Feststellung, im Lande sei eine Revolution erfolgt. In Wahrheit hat – unter dem Vorzeichen der Vertiefung der Abhängigkeitsbeziehungen sowie eines hohen Grades der finanziellen Konzentration, und vor allem Zentralisation – eine Entwicklung des Kapitalismus im Lande stattgefunden, mit der unter vollem Einsatz des Staatsapparats (sowohl mit wirtschaftlichen als auch mit außerökonomischen Mitteln) versucht wird, die zentralen Widersprüche der chilenischen Gesellschaft zu überwinden.

All dies mit dem Ergebnis, daß diese deformierte Entwicklung zur Zuspitzung der genannten Widersprüche führt, die sich auf einer höheren Ebene entfalten. Das vielgepriesene faschistische Wirtschaftsmodell hat im wesentlichen diesen Inhalt.

### Das Auslandskapital erfaßt die ganze Wirtschaft...

Heute stehen wir in Chile einem Gegner gegenüber, der sehr viel mächtiger ist als je zuvor. Dies, als Resultat seiner vollständigen Kontrolle über den Staatsapparat; der Entschlossenheit, mit der er seine Repressivmacht einsetzt und vor allem der Dimension, die seine Herrschaft über das Land erreicht hat. Hierdurch treten qualitativ neue Phänomene in Erscheinung. Diese Entwicklung wiederum ist Quelle für die Zuspitzung der großen Widersprüche und Konflikte, die diese Herrschaft letztendlich in eine instabile und prekäre Lage versetzen.

Die Abhängigkeit des Landes ist größer denn je. Die heutzutage in Chile weit verbreiteten Analysen, die in den gegenwärtigen Erscheinungen ausschließlich die Expansion der Gruppen des inländischen Finanzkapitals sehen, sind unzulänglich.<sup>1</sup> Die bereits erreichte imperialistische Vorherrschaft sichert dem ausländischen Kapital hohe Profitraten. Aber das Wichtigste besteht nicht hierin, sondern in der Tatsache, daß eine Herrschaftsform Gestalt angenommen

hat, die dazu bestimmt ist, die Abhängigkeit ständig auf höheren Ebenen zu reproduzieren.

Die imperialistische Präsenz wickelt sich gleichzeitig über mehrere Achsen ab. Am stärksten kommt sie gegenwärtig auf dem Gebiet der Finanzen zum Ausdruck. Der Kapitalexport der imperialistischen Zentren und insbesondere der USA nach Chile nimmt heute vor allem die Form von Krediten an. Mehr als 80% der gesamten Kapitalexporte werden heute in dieser Form transferiert.

Die gegenwärtig in Anwendung befindliche Wirtschaftspolitik kann nicht ohne die umfangreiche Finanzierung funktionieren, die dem Regime durch die internationalen Bankkonzerne und vor allem die größten US-amerikanischen Banken, d.h. durch das Nervenzentrum des imperialistischen Finanzkapitals, erteilt wird. Diese Finanzierung ist eine zwingend notwendige Komponente der faschistischen Wirtschaftspolitik, da diese Politik hohe Defizite in der Handelsbilanz verursacht, auf verschiedenen Wegen einen starken Profittransfer ins Ausland garantiert und die gesamte Wirtschaft den Interessen des Monopolkapitals unterordnet.

Hierdurch erhält das US-amerikanische Monopolkapital eine zentrale Position im Wirtschaftsleben des Landes. Der Kapitalexport, vor allem in der Form von Darlehen, ermöglicht es dem US-amerikanischen Finanzkapital, seine Vorherrschaft auf verdecktere Weise als in der Vergangenheit auszuüben, mit der zusätzlichen Eigenschaft, daß sich diese Vorherrschaft nicht mehr auf einige Zweige konzentriert, sondern die gesamte Wirtschaft erfaßt.

Die heute angewandte Wirtschaftspolitik führt, gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt, dazu, daß diese Nachfrage nach Auslandsfinanzierung beschleunigt anwächst. Für das Jahr 1981 erhält man, wenn die Tendenzen der ersten Monate im Außenhandel (starkes Wachstum der Importe und Abnahme der Exporte) auf das gesamte Jahr projiziert werden, hinsichtlich der laufenden Zahlungsbilanz und der Rückzahlung der Auslandsverschuldung einen zu deckenden Saldo in Höhe des riesigen Betrages von 4,7 Mrd Dollar. Das ent-



spricht 86% der für das Jahr errechneten Gesamtexporte, und zwar ohne bereits deren fallende Tendenz in Rechnung zu stellen.

Anders ausgedrückt: um dieses „Loch“ ohne Finanzierung von außen zu decken, müßte die Exportkapazität des Landes praktisch verdoppelt werden. Es geht um eine enorme Summe. Sollte die hier angedeutete Tendenz zur Realität werden (und alles deutet darauf hin, vor allem solange der Wechselkurs weiter eingefroren bleibt), dann müßten die internationalen Banken nicht mehr nur 12 sondern 13 Mio Dollar täglich zur Verfügung stellen, um diese Bresche zu schließen.<sup>2</sup>

### ...und schafft neue Abhängigkeiten

Eine zweite Hauptachse, auf der die Abhängigkeit gegenwärtig beruht, zeigt sich auf dem Gebiet des Außenhandels. Ihr Hauptinhalt besteht darin, daß das ganze Land in einen für den Dienst der internationalen Konzerne bereitstehenden Mechanismus verwandelt wird. Der Binnenmarkt wird auf vielen Gebieten durch deren Waren kontrolliert, während die Exportkapazität des Landes den Bedürfnissen der kapitalistischen Hauptländer angepaßt wird. So bricht z.B. die Weizenproduktion zusammen, da Weizenimporte, vor allem aus den USA, bevorzugt werden.

Ausgehend vom einseitigen Wachstum bestimmter Sparten und dem starken Niedergang anderer, wird die Landwirtschaft umgestaltet. Die Abhängigkeit beginnt sich so in zugespitzter Weise auch auf der Ebene der Nahrungsmittelexporte zu äußern, die der US-Imperialismus in ein weiteres Instrument seiner Außenpolitik verwandelt hat.

Die schwerwiegenden Folgen dieser Außenhandelspolitik werfen ihre Schatten weit in die Zukunft, weil dadurch die konkrete Entwicklung des Landes bedingt ist – die Frage, in welchen Branchen investiert wird oder nicht, welche Zweige wachsen, geschwächt werden oder gar verschwinden. Die Einbeziehung des Landes in die internationale kapitalistische Arbeitsteilung wird zu einer Komponente der Aufteilung der Produktion innerhalb und zwischen den internationalen Konzernen.

Die direkte Präsenz des Auslandskapitals in der chilenischen Wirtschaft schlägt diese Richtung ein. Heute sind die im produktiven Sektor Chiles angesiedelten internationalen Konzerne vor allem Importunternehmen. Es ist kein Zufall, daß ein Großteil des Gesamtdefizits in der Handelsbilanz des Landes aus dem Warenaustausch mit den USA resultiert. Ebenso wenig zufällig ist es, daß 38% des Handelsbilanzdefizits 1979 durch die Handelsbilanz der internationalen Konzerne verursacht wurden.

Ein drittes Hauptelement der Abhängigkeit besteht in der Auslieferung des Rohstoffreichtums an das internationale Kapital. Insbesondere siedeln sich in Chile die großen Erdölkonzerne an, die heutzutage in die anderen Energiebranchen sowie in den Bergbau, den Kupferbergbau eingeschlossen, expandieren.

Die Regierung der Unidad Popular mußte sich unter den internationalen Konzernen vor allem noch mit der Anaconda und der Kennecott auseinandersetzen. In der Gegenwart sind beide von Erdölimperien absorbiert worden: die Anaconda von der Atlantic Richfield (einem der Konzerne, die am meisten Konzessionen von seiten der faschistischen Diktatur erhalten haben); die Kennecott von einer Tochtergesellschaft der British Petroleum. Es sind die Erdölkonzerne, die mit Direktinvestitionen in den produktiven Sektor der chilenischen Wirtschaft eindringen.

Schließlich vertieft sich die technologische Abhängigkeit infolge des Rückgangs der wissenschaftlichen Forschung und vor allem aufgrund der Konkurrenzfähigkeit, die all jene

Unternehmen erzielen müssen, die in einer total offenen Wirtschaft ohne jeglichen Zollschutz unter den Bedingungen internationaler Konkurrenz überleben wollen.

Der Imperialismus stellt ein vollkommen in den Mechanismus der kapitalistischen Reproduktion in Chile integriertes Element dar. Seine Präsenz realisiert sich über die Herstellung einer Vielzahl von Beziehungen mit der anderen Hauptkomponente des faschistischen Herrschaftssystems, den wichtigsten inländischen Finanzgruppen. Ein Großteil der Verschwendung an Mitteln in diesen Jahren erfolgte zugunsten des Finanzkapitals.

Hieraus erklärt sich das große Wachstum des von den inländischen Monopolgruppen kontrollierten Kapitals. Aus einer Analyse der Bilanzen der betreffenden Unternehmen für das Jahr 1980 geht hervor, daß sich das Kapital der wichtigsten Finanzgruppen in den vorangegangenen zwei Jahren verdoppelte und verdreifachte. Dieses spektakuläre Wachstum ist das Resultat von Ausbeutung der Werktätigen, Übereignung staatlicher Ressourcen, spekulativer Finanzoperationen und anderer Formen der Umverteilung von Mehrwert, die das Monopolkapital durchsetzt.

Wir befinden uns in einer höheren Phase der kapitalistischen Entwicklung Chiles. Der gesamte Prozeß der „Modernisierung“, den die Junta vorantreibt, drängt in diese Richtung.<sup>3</sup> Jene Formulierungen, die besagen, das Land sei um mehrere Jahrzehnte zurückgefallen und es befinde sich konkret in einer ähnlichen Situation, wie sie am Vorabend der großen Krise der 30er Jahre bestand, haben nichts mit dem zu tun, was wirklich in Chile geschieht.

Diese Entwicklung ist das, was grundlegende Widersprüche vertieft. Insbesondere der Widerspruch zwischen der ständig wachsenden Vergesellschaftung der Produktion und der extrem konzentrierten Form der Aneignung ihrer Resultate hat sich außerordentlich zugespitzt. Andererseits kann die chilenische Wirtschaft nicht anders funktionieren als mit den der kapitalistischen Entwicklung eigenen zyklischen Schwankungen, die sowohl von internen Faktoren als auch







Arbeiterversammlung beim Streik in Panal 1980

durch die Abhängigkeit von der globalen Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft hervorgerufen werden.

Die antifaschistische Bündnispolitik, deren Breite und die Rolle des Proletariats in ihrem Rahmen beruhen auf der eben angesprochenen objektiven Realität. Bisher gibt es jedoch noch keine Entsprechung zwischen dem Ausmaß der bestehenden Widersprüche und der Intensität des Massenkampfes gegen deren Folgen und – umso weniger – der des Kampfes für den Sturz der Diktatur.

In einer Lage wie der gegenwärtigen werden sich die Massen – mit Ausnahme natürlich jener Kreise mit höherem politischen Bewußtsein – nicht aufgrund von allgemeinen Aufrufen in Bewegung setzen, sondern allein ausgehend von den konkreten Problemen, umso mehr, wenn sie keine klare Alternative im Sinne einer anderen Regierung vor sich haben. Erscheinungen wie die Bestrebungen bestimmter Schichten, sich der Lage anzupassen, oder zu versuchen, innerhalb der herrschenden Wirtschaftspolitik zu überleben, sind in beträchtlichem Maße mit dieser Lage einer fehlenden Alternative verknüpft.

In der chilenischen Wirtschaftskonjunktur gibt es kein Problem, das zum Knotenpunkt derart vieler Disproportionen und Widersprüche wird wie die Beibehaltung des Wechselkurses.<sup>4</sup> Es handelt sich hierbei um einen Faktor, der starke Auswirkungen in vielen Sphären und für die verschiedensten Kreise hat.

Dieser Mechanismus wurde über einen langen Zeitraum hinweg beibehalten, da es sich um eine spezifische Art und Weise des Transfers staatlicher Mittel – vor allem aus den staatlichen Exportunternehmen, die rund 70% der chilenischen Gesamtausfuhren tätigen – zugunsten der großen Interessen handelt, die die Importe kontrollieren und Auslandskredite aufnehmen. Importe und Auslandsverschuldung<sup>5</sup> werden hiermit praktisch subventioniert – und das von einem Regime, das tagtäglich in seiner Propaganda gegen Subventionen aller Art wettet und vorgibt, keine besonderen Privatinteressen zu begünstigen.

Wenn die Rede davon ist, daß das faschistische Wirtschaftsmodell funktioniere, so muß man dabei die Widersprüche im Auge behalten, die dadurch vertieft werden und die nicht infolge ausschließlich wirtschaftlicher Prozesse überwunden werden können, sondern an erster Stelle durch die Aktivitäten der breiten sozialen Kräfte, die davon betroffen sind. Was die zyklische Entwicklung betrifft, so ist sie vor allem dadurch gekennzeichnet, daß nie eine Phase vollen Aufschwungs hat einsetzen können, da nämlich in den Perioden größter Wiederbelebung und größten Wachstums ganze Schlüsselzweige der materiellen Produktion in einem Zustand der Rezession verharren.

Die Vertiefung des Hauptwiderspruchs des Kapitalismus führt zur Stärkung der beiden Pole dieses Widerspruchs: des Monopolkapitals auf der einen und der Arbeiterklasse auf der anderen Seite. Daher die Unhaltbarkeit der Behauptung, die Arbeiterklasse verliere in der chilenischen Gesellschaft an Bedeutung. Es handelt sich in diesem Fall – und es ist

nützlich, diese Tatsache ständig im Auge zu behalten – um eine Klasse, in deren Reihen, mit der Modifizierung ihrer inneren Struktur und der Entstehung verschiedener neuer proletarischer Kerngruppen ebenfalls Wandlungen stattfinden.

Die zahlreichen bestehenden Probleme und der Umfang der betroffenen Sektoren zeigen die Breite und Vielfalt, die der Massenkampf erreichen kann. Aus diesem Grund muß man auch, wenn vom „Recht auf Rebellion“ die Rede ist, im Auge behalten, daß dessen Realisierungsformen außerordentlich vielfältig sein können und daß diese Realisierung letztendlich in der Entwicklung all jener Aktionen besteht (einschließlich solcher, die – wenn die Umstände es als ratsam erscheinen lassen – mit akuter Gewaltanwendung verbunden sind), die die Politik, das Schema, die Struktur der faschistischen Herrschaft nach und nach durchbrechen.

Die Rebellion ist eine Aufgabe der Massen, und man muß sie vor allem in dieser Perspektive sehen. Das ist eine der Lehren der nikaraguanischen Revolution. „Ich halte es für ziemlich schwierig, die Macht zu erobern“, sagte der sandinistische Kommandant Humberto Ortega in Auswertung dieser Erfahrungen, „ohne auf schöpferische Weise alle Kampfformen dort zu verbinden, wo diese sich entwickeln können... aber immer um den Schwerpunkt eines Konzeptes gelagert, in dem die aktiven Massen die Hauptachse in diesem Kampf darstellen und nicht die Vorstellung einer Avantgarde als Hauptachse, mit den Massen in einer Rolle als bloßer Unterstützung dieser Avantgarde.“<sup>6</sup>

Die Jahre des Faschismus haben Veränderungen in der sozialökonomischen Struktur des Landes hervorgebracht. Diese Veränderungen müssen ständig in Rechnung gezogen werden. Die gegenwärtige Hauptform des Monopolisierungsprozesses wird verkörpert durch die inländischen Finanzgruppen, durch deren Konstituierung als sektorenübergreifende Komplexe, die oft in ihrer Zusammensetzung durch Unternehmen vertreten sind, die ihrerseits keinerlei direkte produktive Beziehungen unter sich aufweisen.

Daraus können die Aktivitäten einer Finanzgruppe heute nicht auf der Grundlage einer getrennten Untersuchung der Entwicklung jedes einzelnen ihrer Unternehmen erkannt werden, sondern vielmehr ausgehend von ihren globalen Interessen. Der Kampf der Arbeiterklasse muß dieser Tatsache Rechnung tragen.

## Ungenügende Intensität des Massenkampfes

Der Kampf der Werktätigen muß sich über gemeinsame Aktionen nach Zweigen oder Regionen entwickeln. Es muß versucht werden, dabei die konkreten Formen des Monopolisierungsprozesses in Rechnung zu stellen. Sollte man z.B. COPEC, das größte Privatunternehmen des Landes, weiterhin allein als eine Brennstoff-Verkaufsgesellschaft betrachten? Oder sollte dieses Unternehmen nicht vielmehr als der Kopf eines mächtigen Konzerns verstanden werden, der außerdem Unternehmen der Zellulose- und Holzverarbeitung, der Produktion und Verteilung von Elektroenergie, der Fischereiindustrie umfaßt, der sich auf das Gebiet des Kupfer- und Kohlebergbaus ausweitet, einen Tourismus-Komplex mit einschließt und in dessen Teilunternehmen somit eine große Masse von Werktätigen arbeitet?

Unternehmen wie Banco de Chile, COPEC, Banco de Santiago, Manufacturera de Papeles y Cartones, Compania Industrial, INFORSA, CTI, CCU haben eine Bedeutung, die weit über das hinausgeht, was die Anzahl der in den Betrieben mit diesen Namen konzentrierten Werktätigen aussagt. Es handelt sich um die Spitzen großer Ketten von Unternehmen und Interessen.<sup>7</sup>

Dies wurde erneut unter Beweis gestellt, als der CRAV-



Komplex zusammenbrach.<sup>8</sup> Die von dieser Pleite verursachten Probleme haben starke Auswirkungen auf die Massen. CRAV war eines der Konglomerate, das in der letzten Zeit aufgrund von Spekulationen und der Übereignung staatlichen Eigentums zu seinen Gunsten, am stärksten angewachsen war.

Sehr breite Kreise sind von den Folgen der Spekulationen betroffen. Darunter natürlich die entlassenen Arbeiter und Angestellten. Darüber hinaus aber die Sparer, die ihr Geld dem Finanzinstitut La Alborada anvertraut hatten und die nun Tag für Tag den Wertverfall ihrer bezahlten Beitragsquoten hinnehmen müssen; die Zuckerrübenproduzenten, die mit den ehemals staatlichen IANSA-Werken in Linares und Los Angeles Verträge abgeschlossen hatten und die sich nun berechtigterweise Sorgen darüber machen, daß diese, zu einen Zeitpunkt hoher Weltmarktpreise für Zucker geschlossenen Verträge nicht erfüllt werden; schließlich das ganze Land, das den von CRAV in spekulativer Absicht, zu sehr viel höheren als den heutigen Preisen im Ausland gekauften Zucker bezahlen müssen.

### An zentralen Knotenpunkten tätig werden

Solch eine Kettenreaktion von Auswirkungen einer Bankrotterklärung wie dieser entsteht gerade aufgrund des hohen Konzentrationsgrades der Wirtschaft. An diesen zentralen Knotenpunkten tätig zu werden, würde es – wie dieses Beispiel zeigt – der Arbeiterklasse andererseits erlauben, ihre Bündnispolitik den anderen von der Politik der Diktatur betroffenen Bevölkerungsschichten gegenüber mit inhaltlicher Tiefe und großem Formenreichtum zu realisieren.

Die Krise des CRAV-Konzerns ist auch ein weiteres Beispiel dafür, zu welchen Extremen die faschistische Wirtschaftspolitik führt. Es wird vorgezogen, raffinierten Zucker einzuführen, statt im Lande selbst den dort angebauten Zucker zu raffinieren. So wird inländische Arbeit durch importierte

Arbeit ersetzt, in einem Land, in dem insgesamt etwa 1/3 der Arbeitskraft von offener und verdeckter Arbeitslosigkeit betroffen ist.

In Chile bestehen äußerst tiefe Widersprüche. Auf der Grundlage eines eingehenden Studiums dieser Widersprüche muß an erster Stelle das faschistische Wirtschaftsmodell analysiert werden. Aus der tiefgehenden Untersuchung dieser Tatsachen müssen Schlußfolgerungen gezogen werden, die dazu beitragen, den Kampf gegen das Pinochet-Regime ständig konkreter und reichhaltiger zu gestalten.

#### Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Vgl. F. Dahse, Mapa de la extrema riqueza, Aconcagua 1979
- 2) Eine kürzlich erschienene Studie des Centro de Investigaciones Económicas y Sociales Vector, Santiago, Juli 1981, bestätigt diese Tendenz.
- 3) Mit „Modernisierung“ ist gemeint: Arbeitsgesetzgebung, Verfassung, Privatisierung von Gesundheits-, Bildungs- und Sozialversicherungswesen, sowie der letzten strategischen Staatsunternehmen, darunter auch des Großkupferbergbaus, der Post, der Häfen usw.
- 4) Seit der Festsetzung des Dollarkurses auf dem Fixwert von 39 Pesos im Juni 1979 ist der reale Wechselkurs aufgrund der Inlandsinflation um über 60% gesunken. Hierdurch entsteht eine Situation, in der die in Pesos berechneten Zinssätze für Auslandskredite in bestimmten Zeitabschnitten negativ werden!
- 5) Die Auslandsverschuldung wird 1981 voraussichtlich von 11 auf 15 Mrd Dollar anwachsen. 1973 betrug sie 4 Mrd Dollar.
- 6) Siehe AIB 4 – 8/1980 und 5/1981, S. 28-29
- 7) Es handelt sich um die Hauptunternehmen der drei wichtigsten Finanzgruppen: Cruzat-Larrain (Banco de Santiago, COPEC, CCU); Vial (Banco de Chile, INFORSA, Compania Industrial, CTI) und Matte (Manufacturera...).
- 8) Der CRAV-Konzern (Compania Refinadora de Azucar de Vina del Mar) gehört der Finanzgruppe Cruzat-Larrain an. Aufgrund von Verlusten in Höhe von 400 Mio Dollar aus spekulativen Auslandsgeschäften erfolgte seine Bankrotterklärung im Mai 1981. Das Konglomerat stützte sich auf das Zuckergeschäft, in dem es 70% des Inlandsmarktes kontrollierte, weitete sich auf die Nahrungsmittelbranche aus und hatte vor kurzem einen Sparkassen- und Versicherungsweig gegründet. Der Zusammenbruch des Konzerns verursachte eine akute Vertrauenskrise in den Reihen der ausländischen Kreditgeber, die sich in einem sprunghaften Rückgang der Kreditzufuhr äußerte.

## EIN NEUES VIETNAM DAMIT DIE KASSE STIMMT

Nach dem Willen des CIA, des Pentagon und des amerikanischen Präsidenten soll in El Salvador ein zweites Vietnam entstehen, so brutal und blutig, daß das Resultat anders als in Vietnam ist. Die amerikanische Militärluftbrücke dient einem Völkermord, der bereits voll im Gange ist. In Honduras werden Spezialeinheiten für einen Putsch in Nicaragua ausgebildet. Hermann Kohn berichtet über den Hinterhof der USA.

Hermann Kohn  
**El Salvador/  
Nicaragua  
Aufstand im  
US-Hinterhof**

Hermann Kohn  
**El Salvador/  
Nicaragua  
Aufstand im  
US-Hinterhof,**  
192 Seiten,  
illustriert, 9,80 DM

Erhältlich in allen  
Buchhandlungen  
oder direkt beim  
Verlag

Postfach 789  
4600 Dortmund 1

**WELTKREIS  
VERLAG**



Mitte Juli d.J. meldete die guatemaltekische Guerilla, die sich im Vorjahr zum Revolutionären Viererbündnis zusammenschloß, die Neueröffnung zweier Fronten im Volkskrieg gegen die Militärdiktatur Romeo Lucas Garcias. Von dem generellen Stärkezuwachs des bewaffneten Widerstandes in Guatemala zeugt auch die hier dokumentierte Reportage eines kubanischen Journalisten, der im Kampfgebiet mit einem Kommandanten der Revolutionären Organisation des Volkes unter Waffen (ORPA) zusammentraf. Ende Juli d.J. bestätigte eine oppositionelle Gruppe von Offizieren der guatemaltekischen Armee gegenüber der mexikanischen Tageszeitung Unomasuno, daß infolge der zunehmenden Guerillaaktivitäten und der Korruption in höheren Armeeringen die Moral der Truppe einigermaßen erschüttert sei. Die Oppositionsoffiziere schätzten im übrigen die Streitmacht der Guerilla auf mittlerweile rund 6.000 (nach *Latin America Weekly Report*, London, 31.7.1981).

Unterdessen hält der Diskussionsprozeß zwischen dem revolutionären Viererbündnis und dem ihm bislang nicht angehörenden Teil der Guatemaltekischen Partei der Arbeit (PGT; siehe dazu AIB 7-8/1981, S. 35/36) über die Strategie und Taktik des Volkswiderstandes an. Welche Differenzpunkte dem Zustandekommen einer revolutionär-demokratischen Einheitsfront aus der Sicht der PGT im Wege stehen, verdeutlichte einer ihrer im Untergrund aktiven Kämpfer in einem Gespräch mit dem AIB.



## Begegnung mit ORPA-Kommandant Rafael

# Die Guerilla geht zum Angriff über

Das tiefe Elend, in dem das guatemaltekische Volk lebt, ist in allen Landesteilen sichtbar. Was die Auslandspresse über die täglichen Verbrechen an der wehrlosen Bevölkerung schreibt, wird uns sowohl von unseren guatemaltekischen Gesprächspartnern als auch von Tagesmeldungen über schreckliche Funde von verstümmelten Leichen an verschiedenen Punkten des mittelamerikanischen Landes bestätigt. In diesen Pressemitteilungen ist auch immer wieder die Rede von Guerillaangriffen auf Stützpunkte des Regierungsheeres und der Polizei, wobei jedoch versucht wird, das Ausmaß dieser Aktionen der Aufständischen herunterzuspielen.

Nachdem der Kontakt mit dem Verbindungsmann der Revolutionären Organisation des Volkes unter Waffen – ORPA in Mexiko-Stadt hergestellt wurde, teilt man uns mit, daß wir bereits in den Morgenstunden des kommenden Tages aufbrechen würden. Ich werde von Hidalgo, meinem Kontaktmann, und einer jungen Frau am nächsten Morgen abgeholt. Um unser Ziel (im westlichen Landesteil Guatemalas) zu erreichen, müssen wir zahlreiche Umwege fahren, um die von den Antiguerilla-Einheiten, die in dieser Gegend operieren, ständig durchgeführten Kontrollen zu vermeiden.

### Im Lager der Aufständischen

Nach etwa sieben Stunden im Auto und zu Fuß über Bergpfade erreichen wir eine Anhöhe, auf der ein kleines Bauerngehöft liegt. Dort erwarten uns schwerbewaffnete Partisanen. Nach der Begrüßung und einer kurzen Verschnaufpause setzen wir unseren Fußmarsch in Richtung der naheliegenden ORPA-Kommandostelle fort. Wegen der nächtlichen Dunkelheit kommen wir nur mit Mühe voran. Die vorangehenden Partisanen geben uns die abgemachten Zeichen.

Nach kurzer Zeit erreichen wir das Lager der Aufständischen. In den zwischen Bäumen gespannten Hängematten ruhen sich einige Kämpfer in der Nähe eines Lagerfeuers aus, während eine Gruppe anderer Aufständischer Volkslieder singt. ORPA-Kommandant Rafael kommt uns entgegen

und begrüßt uns. Unter einer Überdachung ohne Wände, wo es einen Tisch und einige primitiv gezimmerte Stühle gibt, beginnen wir unser Gespräch.

Der Guerillaführer kommt auf die großen Zerstörungen zu sprechen, die durch das Erdbeben 1976 der Wirtschaft des Landes zugefügt wurden, wobei die bereits vorher bestandene kritische Situation im Lande noch weiter zugespitzt wurde. „Im Laufe des vergangenen Jahrzehnts haben die revolutionären Organisationen ihre politische, ideologische, organisatorische und militärische Arbeit unter den breiten Bevölkerungsschichten intensiviert und vorangetrieben, so daß heute bereits eine generelle Konfrontation zwischen den Volksbefreiungskräften und den Militärs stattfindet. Die Antwort auf das einzige Ziel des Regimes in dieser Situation ist die Verstärkung der Militärmacht und vor allem der Antiguerilla-Einheiten, ohne jedoch in der Lage zu sein, einen Ausweg aus der zugespitzten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage zu weisen. Mithilfe dieses Militärapparates versucht das Regime, die Guerilla zu vernichten und somit den enormen Aufschwung der Volkskräfte zu verhindern.“ Der Prozeß des revolutionären Kampfes im Lande – fügt Kommandant Rafael hinzu – schreitet trotz des brutalen Völkermords, den das Regime an der wehrlosen Bevölkerung verübt, unaufhaltsam voran. Die politisch-militärischen Organisationen schaffen die notwendigen Mechanismen, um die Bevölkerung gegen die Regime-Überfälle zu verteidigen. Unser Gespräch wird durch die Ankunft einer Guerillaeinheit unterbrochen. Die Kommandochefs geben nach der üblichen Begrüßung dem ORPA-Führer Bericht: In den gestrigen Morgenstunden wurde gegen einen Militärkonvoi ein Überraschungsangriff auf einer der Hauptstraßen in dieser Region geführt. Das Ergebnis: 4 zerstörte Lastkraftwagen und über 80 Tote auf Seiten der Regierungstruppen. Einer der Kommandochefs erzählt uns, daß in dieser Region das Heer seine Spezialeinheiten ständig in Bewegung hat. Kommandant Rafael fügt hinzu, daß seit dem vergangenen Januar die Partisaneneinheiten in Überraschungsoperationen und Angriffen mit Explosivstoffen und automatischen Waf-



fen mittleren Kalibers dem Heer kontinuierlich Schläge versetzen, wobei das Ergebnis immer das gleiche ist: zahlreiche zerstörte Fahrzeuge und dutzende Tote auf Seiten der regulären Armee.

Im Lager herrscht große Freude, die zurückgebliebenen und soeben eingetroffenen Kämpfer umarmen sich. Wir bekommen etwas zu Essen und Trinken, um unseren Hunger und Durst zu stillen.

Kommandant Rafael weist die soeben Eingetroffenen an, sich auszuruhen, um neue Energien zu sammeln. Denn schon in den nächsten Stunden müssen sie das Lager verlassen, das lediglich dazu benutzt wurde, sich vor der Rückkehr in den festgelegten Zonen zu versammeln. Wir setzen unser Gespräch fort. Der ORPA-Führer meint, daß die Revolutionäre Organisation des Volkes unter Waffen (ORPA), die Guerillaarmee der Armen (EGP), die Streitkräfte der Rebellen (FAR) und die Guatemaltekeische Partei der Arbeit (PGT) intensive Anstrengungen unternehmen, reguläre Einheiten zu bilden, um dem Gegner noch härtere Schläge versetzen zu können.

In der gegenwärtigen Phase, in der sich im ganzen Lande der revolutionäre Volkskampf verbreitert, wird die Taktik der Intensivierung der Angriffe auf Militärstützpunkte des Regimes angewandt. Die Unterstützung der Bevölkerung hat verschiedene Etappen durchlaufen. Nach den Ausführungen des ORPA-Führers integriert sich heute massiv die Bevölkerung in die Partisaneneinheiten an den verschiedenen Kriegsfrenten. In dieser Region gehört zum Beispiel die Hauptzahl der Kämpfer der bäuerlich-indianischen Bevölkerungsschicht an.

Für die Fortsetzung unseres Interviews bleibt uns nur noch wenig Zeit. Uns interessiert noch die Meinung des ORPA-Führers über den Aufruf zu Wahlen, die im nächsten Jahr stattfinden sollen: „In der Tat ist das Regime kräftig dabei, die Wahltrommel zu rühren. Sie bezweckt damit, das Interesse der Bevölkerung zu wecken, um auf diese Weise die Wirkung des bewaffneten Kampfes im Lande abzuschwächen. Ohne Zweifel ist die kommende Präsidentschaftsperiode bereits entsprechend den Vorhaben Washingtons unter Dach und Fach – innerhalb eines Rahmens, den wir als Militarisierung der Oligarchie-Herrschaft bezeichnen.

Obwohl die Generäle bisher immer den ersten Amtsposten eingenommen haben, ließen die Informationsorgane diesmal die Möglichkeit durchblicken, daß ein Ziviler das Regie-

rungsmandat übertragen bekommen könnte. Viele Persönlichkeiten jedoch, die sich in diesem Sinne ausgesprochen haben, wurden ermordet, unabhängig davon in welcher Partei sie Mitglied waren. Gegenwärtig gibt es Widersprüche zwischen der Oligarchie und den Militärs, die durch das Vordringen des Volkskrieges noch weiter zugespitzt werden. Die US-Administration verhandelt zur Zeit mit der Absicht, dieses Verhältnis wieder ins Gleichgewicht zu bringen, um ihre Pläne in Nicaragua besser umsetzen zu können.“

Wir glauben, daß jetzt der richtige Moment gekommen ist, um einiges über die Einheit der revolutionären politisch-militärischen Organisationen zu erfahren: „In den letzten Jahren hat sich der Einheitsprozeß auf dem Wege bilateraler Beziehungen zwischen den verschiedenen Organisationen entwickelt und hat heute ein höheres Niveau erreicht. Mit anderen Worten, die vier Organisationen ORPA, PGT, FAR und EGP arbeiten heute nach enormen Anstrengungen in dieser Richtung geschlossen zusammen und sind derzeit dabei, einen Mechanismus zu schaffen, der unsere Kräfte konsolidiert und es uns möglich macht, den Volkskampf auf höchstem Niveau zu führen.“

Wir nutzen die letzten Minuten, die uns verbleiben, um auf die internationale Solidarität zu sprechen zu kommen. Der ORPA-Führer wiederholt den Aufruf an alle fortschrittlichen und demokratischen Regierungen und an die Völker der Welt, die Solidarität mit dem Kampf des guatemaltekeischen Volkes zu verstärken.

Die Zeit für weiteres ist abgelaufen. Der Guerillaführer fordert uns auf, den Rückweg anzutreten. Die Einheiten sind aufgestellt und warten nur noch auf das Zeichen des Abmarsches.

Die einzelnen Partisanenchefs kennen den nächsten Zielort und die Stunde, in der sie sich wieder vereinen. Das was uns Kommandant Rafael gesagt hat, bestätigt sich nach einem kurzen Umblick: fast alle Kämpfer sind uniformierte Bauern und Indios. Sie sind bereit, mit der Waffe in der Hand zu kämpfen.

Rafael ordnet den Abmarsch der Einheiten an und wir verabschieden uns mit einer Umarmung. Die Partisanen entfernen sich und wieder macht sich in mir eine Spannung breit – diesmal wegen der Rückkehr und den Schwierigkeiten, die wir überwinden müssen, um die Hauptstadt zu erreichen.

(Quelle: Juventud Rebelde, Havanna, 28.6.1981)

## Gespräch mit einem PGT-Kämpfer

# Die Situation ist explosiv



AIB: Wie wirkt die aktuelle Krisenzuspitzung in Mittelamerika auf die Kampfsituation in Guatemala ein? Spricht die Guatemaltekeische Partei der Arbeit (PGT) von einer bereits revolutionären Situation bzw. revolutionären Krise?  
ANTWORT: Ich denke, daß sich die Situation in El Salvador und Guatemala durch die sehr konkrete Gefahr einer massiven Intervention von US-Truppen zugespitzt hat. Mittelamerika droht zu einem neuen Vietnam und zu einem Krisenherd zu werden, der den Weltfrieden bedroht.

Dies hat Auswirkungen auf ganz Mittelamerika, denn das Ziel der imperialistischen Intervention in der Region ist es, den revolutionären Prozeß in Nicaragua zu zerstören, die salvadorianische revolutionäre Bewegung zu zerschlagen und den revolutionären Fortschritt, der in unserem Land zu beobachten ist, aufzuhalten. Die Tatsache, daß sich zur Zeit die demokratischen und revolutionären Kräfte El Salvadors



in einer Aufschwungsphase befinden und in der Lage sind, den oligarchischen und imperialistischen Kräften Paroli zu gebieten, schafft für den Kampf in Guatemala eine günstige Situation.

In Guatemala gibt es zur Zeit ein Aufflammen des revolutionären Kampfes und Zusammenschlüsse von demokratischen und revolutionären Kräften des Landes. Die Situation ist äußerst explosiv, da die weltweite Wirtschaftskrise des Imperialismus und die Wirtschaftskrise in unserem Lande auf die Schultern unseres Volkes abgewälzt werden. Diese explosive Situation wird zu einer vorrevolutionären Situation, die der revolutionären Bewegung Möglichkeiten des Erfolgs verschafft.

AIB: Welche Rolle spielen Ihres Erachtens Honduras und Guatemala in den Interventionsplänen der USA?

ANTWORT: Guatemala ist praktisch zum Zufluchtsort der Konterrevolution geworden. So gibt es in Guatemala Unterstützung seitens der Regierung für eine Intervention in Nikaragua. Es gibt somozistische Truppen, die auf privaten Fincas militärische Übungen durchführen, auch auf den Fincas von Politikern, wie z.B. von Romeo Lucas Garcia und seinen Verwandten.

Der Imperialismus plant, in Nikaragua einzumarschieren und sich dabei auf die Heere der mittelamerikanischen Länder zu stützen. Genau das findet im Augenblick statt. Guatemalteke Truppen kämpfen gegen die Befreiungsbewegung in El Salvador.

Das gleiche gilt für das honduranische Heer, das eine dauernde Bedrohung für das salvadorianische Volk darstellt, und nicht nur gegen die Guerilleros vorgeht, sondern gegen die gesamte Bevölkerung. Es nimmt an konterrevolutionären Aktivitäten in El Salvador teil und an Feindseligkeiten gegen Nikaragua.

AIB: Im Februar d.J. wurde in Guatemala das Bündnis Foro Popular 31 gegründet. Die Gewerkschaften haben sich nicht angeschlossen. Warum?

ANTWORT: Das FP 31 ist eine Organisation, die von einem Teil der revolutionären Bewegung Guatemalas getragen wird. Auch wenn sich ihm große Teile der Bauern, Teile der Arbeiterschaft und Studenten angeschlossen haben, repräsentiert sie nicht alle Kräfte, sondern die Organisationen eines Flügels der Strömungen, die existieren. Es gibt noch Probleme mit der Einheit der revolutionären Kräfte in Guatemala.

AIB: Warum hat sich die PGT dem FP 31 nicht angeschlossen? Wird sie sich möglicherweise später anschließen?

ANTWORT: Das FP 31 ist eine Organisationsform, die von einem Teil der revolutionären Bewegung Guatemalas gewählt wurde. Die PGT bezieht zum Problem der Einheit die Position, daß eine breite revolutionäre, antidiktatorische



Slum in Guatemala-Stadt

Front, die sich gegen die Repression und gegen die imperialistische Intervention in unserem Land wendet, angestrebt werden muß.

Daß es zur Zeit keine Einheit mit FP 31 und den Kräften gibt, die z.B. in der Koordination der Volksorganisationen organisiert sind, hängt einmal mit einer unterschiedlichen Beurteilung der politischen Lage in Guatemala zusammen. Die Genossen vom FP 31 gehen davon aus, daß zur Zeit eine revolutionäre Situation ähnlich der in El Salvador besteht. Die Koordination der Volksorganisationen geht davon aus, daß eine vorrevolutionäre Situation besteht, so daß es darum geht, die demokratischen Kräfte zu sammeln und zu stärken; und daß diese Kräfte zur Zeit noch nicht in der Lage sind, einen revolutionären Kampf zu leiten. Es handelt sich demnach um eine vorrevolutionäre Situation, auch wenn die Unterdrückung der Massen zu einer äußerst explosiven Situation geführt hat, die in eine revolutionäre Situation umschlagen kann.

### Das Problem der Einheit muß erst gelöst werden

Ein anderes Problem, das das Entstehen einer stabileren Einheit verhindert, ist, daß diese Organisation eine Position bezieht, die die Koordination der Volksmassen, ihre Stärke und Präsenz im Land verkennt. Das ist ein Problem, das mit der Weiterentwicklung der revolutionären Situation gelöst werden muß, in dem Maße in dem die subjektiven und objektiven Voraussetzungen für die Revolution heranreifen und die revolutionären Organisationen genug Erfahrungen gesammelt haben. Es gibt objektive Voraussetzungen dafür, anzunehmen, daß das Problem der Einheit in Zukunft besser gelöst werden kann.

In allen revolutionären Organisationen besteht Einigkeit darüber, daß als Lösungsmöglichkeit für die gegenwärtige Krise eine bewaffnete Auseinandersetzung in Frage kommt. Darüber sind sich alle Organisationen einig, daß der Weg des bewaffneten Kampfes gewählt werden muß, wenn die Diktatur keine andere Möglichkeit läßt.

AIB: Ein Teil der guatemalteke Kirche ist in den Untergrund oder ins Exil gegangen. Ist das die Haltung einer repräsentativen Strömung?

ANTWORT: Die Kirche mußte schwere Schläge hinnehmen was die demokratischen Sektoren betrifft, die dazu aufgefordert haben, die Repression gegen das Volk einzustellen und das Elend zu beenden. Wichtige Teile der Kirche sind für den Kampf des Volkes, aber trotzdem ist es keine zu verallgemeinernde Tendenz in der guatemalteke Kirche, für die Rechte der unterdrückten und ausgebeuteten Massen einzutreten.

Die Kirchenführung, repräsentiert durch Kardinal Mario Cosariego oder seine nächsten Mitarbeiter wie Martinez del Ejarza, nimmt eine sehr reaktionäre Position ein, die offen oder versteckt die diktatorischen Kräfte unterstützt. Man kann sagen, daß es eine Mehrheit gibt, die den Kampf des Volkes unterstützt, aber daß die Teile, die an der Macht sind, offen oder insgeheim die Diktatur unterstützen.

AIB: Wie verhält sich die Demokratische Front gegen die Repression (FDCR) gegenüber dem FP 31 und dem Viererbündnis der Guerillaorganisationen?

ANTWORT: Im Innern des Landes hat sich die FDCR gespalten. Zur Zeit ist diese Bewegung, die auf ihrem Höhepunkt wichtige Teile der demokratischen Bewegung repräsentierte, praktisch inaktiv in Guatemala.

Aus der FDCR sind das FP 31 und die Koordination der Volksorganisationen hervorgegangen, sowie einige Gewerkschaften, die keine eigenständige Organisation besitzen. Das zeigt die Schwierigkeiten, die es bei der Vereinheitlichung der revolutionären Bewegung gibt.



Anfang Juni d.J. hatte die Bischofskonferenz von Nikaragua in einem Hirtenbrief den Rücktritt der in der FSLN-Regierung tätigen katholischen Priester gefordert. Die betroffenen Minister, Fernando und Ernesto Cardenal, Miguel d'Escoto und Edgard Parrales, Verfechter des auf den lateinamerikanischen Bischofskonferenzen von Medellin (1968) und Puebla (1978) diskutierten Weges einer „Theologie der Befreiung“, wiesen in ihrem hier dokumentierten Antwortschreiben vom 8. Juni 1981 dieses Ansinnen zurück. Wie sie so bekannten im Juni/Juli d.J. zahlreiche andere Priester, daß für sie das Engagement für das Evangelium und die sandinistische Volksrevolution eine untrennbare Einheit bilde. Der Hirtenbrief war im übrigen unter Abwesenheit mehrerer Bischöfe, darunter des Erzbischofs von Esteli Ruen Lopez Ardon, des Exponenten des progressiven Bischofsflügels, verabschiedet worden und auf dessen Widerspruch gestoßen.

Indiz dafür, daß der Großteil der katholischen Kirche Nikaraguas die Revolution weiter unterstützt, ist auch die zwischen Regierungsvertretern und dem Erzbischof von Managua Miguel Obando y Bravo Mitte Juli d.J. erzielte Vereinbarung, derzufolge ein ständiger Meinungsaustausch mittels einer von der Kirche eingerichteten Kommission institutionalisiert werden soll. Die von bourgeoisen Kräften erhoffte und angeheizte Konfrontation zwischen Staat und Kirche wurde damit erst einmal abgewendet. „Ein nach dem Gespräch abgegebenes offizielles Kommuniqué erklärt“, so die Agentur Nueva Nicaragua am 16.7.1981, „daß 'kein Widerspruch zwischen Revolution und Christentum existiert, weil es beiden um das Wohl der einfachen Leute und Armen geht'. Von kirchlicher Seite wurde betont, daß die neue Kommission eine enge Beziehung zu den Regierungsmitgliedern anstrebt. Im Rahmen der engeren Beziehungen erreichten die Bischofskonferenz und die in der Regierung arbeitenden Priester eine Übereinkunft, die einen 'zeitweisen' Verbleib der Priester in ihren Staatsfunktionen vorsieht. Um eine Übereinkunft zu erleichtern, schlugen die Priester als Bedingung der Fortsetzung ihrer Regierungsaktivitäten vor, während dieser Zeit ihr Priesteramt weder öffentlich noch privat auszuüben und ihre priesterliche Autorität nicht einzusetzen, um Positionen zu rechtfertigen, die staatliche Angelegenheiten oder offene parteiliche Meinungen betreffen.“ (Zit. nach: Nicaragua Nachrichten, Nr. 7-8/1981)



Fernando Cardenal/Ernesto Cardenal/  
Miguel d'Escoto/Edgar Parrales

## Gemeinsame Erklärung

Als erste Antwort auf das Schreiben der Bischofskonferenz Nikaraguas wollen wir den Bischöfen von Nikaragua, unseren Brüdern, den katholischen Geistlichen und Gläubigen, unseren Brüdern im Glauben an Christus, unseren Landsleuten, allen Menschen guten Willens sagen, daß wir glauben an Gott Vater, Schöpfer der Welt und der Menschen, daß wir glauben an Jesus Christus, Sohn Gottes, unseren Bruder und Erlöser, daß wir glauben an die Kirche, sichtbarer Körper Christi, dem wir zugehören, daß wir glauben an die Gerechtigkeit, Grundlage des menschlichen Zusammenlebens, daß wir glauben an die Liebe, erstes und wichtigstes Gebot Christi, daß wir glauben an unser Priestertum, das unsere Berufung ist, um unseren Brüdern zu dienen, daß wir glauben an das Vaterland, die große Familie, zu der wir gehören und der wir uns verdanken, daß wir glauben an die nikaraguanische Volksrevolution, gemacht vom Volk, um die Tyrannei zu stürzen und die Gerechtigkeit und die Liebe zu bringen, daß wir an die Armen glauben, die es sein werden, welche ein gerechteres Vaterland errichten und uns helfen werden, uns zu erlösen.  
Dies ist unser Glaube und unsere Hoffnung,

und im Einklang mit unseren Glaubenssätzen haben wir unseren Landsleuten dienen wollen in den Ämtern, die man uns gewiesen hat, und wir werden es weiter tun an jedem Ort, wo unsere Anwesenheit und unser Dienst notwendig sind.

Denn unsere Ämter haben uns gegeben:

- die Macht zu dienen, nicht die Macht zu herrschen;
- die Macht, uns unserer Annehmlichkeiten zu entledigen, und nicht die Macht, uns zu bereichern;
- die Macht, uns Christus ähnlich zu machen im Dienst an unseren Brüdern;
- die Macht, unser Priesteramt zu erfüllen, und nicht diejenige, uns von unserer Berufung zu entfernen;
- die Macht zur Verfügung zu stehen, um die Stimme Gottes zu hören und ihr zu gehorchen.

Um uns fest in unserem Glauben, in unserer Hoffnung und Liebe zu halten,

genauso wie in unserem Vorsatz zu dienen, zählen wir auf den guten Willen, das Verständnis, die Ratschläge, das Gebet

unserer Brüder Bischöfe, Geistliche und Laien.

Schließlich erklären wir unser unverbrüchliches Engagement für die sandinistische Volksrevolution, in Treue zu unserem Volk, was das Gleiche ist wie zu sagen: in Treue zum Willen Gottes.

Managua, 8. Juni 1981. Jahr der Verteidigung und der Produktion

(Quelle: Hektographiertes Material, Wuppertal, Juli 1981)



Rolf Geffken

## Rückkehr zur Demokratie unter Militärregie?



Folteropfer unter der Evren-Junta; Sitzung des DISK-Vorstands vor seiner Inhaftierung 1980. M. sein Vorsitzender Bastürk

460 Mio DM Finanzhilfe bewilligte der Bonner Bundestag den Generälen in Ankara für das Jahr 1981. Zuvor hatten 22 SPD-Abgeordnete unter Manfred Coppel ihren Antrag nach einer Art Sperrvermerk für die Türkeihilfe wieder zurückgezogen, nachdem Außenminister H.D. Genscher erklärt hatte, die Bundesregierung hege zugleich Vertrauen in die türkischen Militärs und erfülle ihre „zur Wahrung der Menschenrechte zwingenden Verpflichtungen“ (Tercüman, 5.6.1981). Wie aber paßt das zusammen?

Genau zur gleichen Stunde meldeten Agenturen aus Ankara, daß die Pressezensur verschärft und Expolitikern untersagt worden sei, sich im Ausland zu politischen Fragen der Türkei zu äußern. Am 25.6.1981 forderte dann die militärische Staatsanwaltschaft der Istanbuler Kriegsrechtskommandatur für den Vorsitzenden des progressiven Gewerkschaftsbundes DISK, Abdullah Bastürk, und 51 weitere DISK-Hauptvorstandsmitglieder die Todesstrafe durch den Strang. Rechtsanwalt Dr. Rolf Geffken untersucht, in seinem dem AIB zum Vorabdruck aus dem Organ der Vereinigung Demokratischer Juristen, VDJ-Forum, freigegebenen Beitrag die Menschenrechtssituation in der Türkei.

Kürzlich besuchte eine Delegation des Bundestages die Türkei und kam dabei zu dem Ergebnis, die Türkei werde trotz der am 12.9.1980 erfolgten Machtübernahme des Militärs nicht diktatorisch regiert, es existiere dort auch „keine systematische Folter“. Vielmehr herrsche Zufriedenheit im Volk. Der Parlamentsdelegation gehörten unter anderem die Abgeordneten Karsten Voigt (SPD) und Helga Schuchardt (FDP) an!

Die juntatreue Tageszeitung Hürriyet vom 11.3.1981 faßte das Ergebnis der Delegation in der Artikelüberschrift zusammen: „Die deutschen Parlamentarier haben die Feinde der Türkei widerlegt.“ Ganz ohne Frage stand das Ergebnis des Besuches schon vor Antritt der Reise fest. Der Leiter der Delegation, der CDU-Abgeordnete Alois Mertes, hatte schon vor der Fahrt erklärt, die Türkei-Hilfe könne nicht von einer Rückkehr zur Demokratie abhängig gemacht werden.<sup>1</sup>

Während des Besuches war dann auch überhaupt kein Ver-

such einer eigenständigen Kontaktaufnahme mit Inhaftierten unternommen worden. Besucht wurde lediglich ein von den Militärs präpariertes Gefängnis für den „offenen Strafvollzug“! Derweil erreichten folgende Zeilen aus einem türkischen Gefängnis in der BRD lebende türkische Landsleute: „Ich habe heute in der Zeitung eine Nachricht gelesen. Eine deutsche parlamentarische Delegation soll kommen. Ob auch sie in Luxushotels übernachten, Ecevit und Demirel besuchen und nach dem Gespräch mit Evren wieder nach Hause fahren werden? Ach, wenn sie doch zu mir kommen würden und ich sie mit den Gefolterten sprechen lassen könnte. Könnte ich sie doch zu jemandem bringen, der von der Hüfte abwärts gelähmt ist oder sein psychisches Gleichgewicht verloren hat. Wenn sie sehen könnten, wie gefoltert wird...“<sup>2</sup>

### Vom Terror der Straße...

Man fragt sich: Wie konnte und kann es zu so viel historisch wohl einmaliger Offenheit für die Schau getragener Ignoranz gegenüber dem Terror eines Regimes kommen? Eine der Ursachen ist sicherlich der Tatbestand der Ablösung des Demirel-Regimes durch die Militärs. Im In- und Ausland glaubte man im September 1980, daß es schlimmer bestimmt nicht mehr werden könne, denn der Terror stand damals fast vor jeder türkischen Haustür. Worin aber bestehen nun tatsächlich die Unterschiede der Situation vor dem 12.8.1980 und der Situation danach? Ist der Terror zurückgegangen? Sind in der Türkei wieder rechtsstaatliche Verhältnisse eingeleitet?

Als auf den Vorsitzenden der Republikanischen Volkspartei Bülent Ecevit während der Amtsperiode der Regierung Demirel das dritte Attentat verübt wurde, erklärte er: „Mörder wird man nicht finden können, denn sie sitzen in der Regierung.“<sup>3</sup>

Dieser Regierung gehörte auch die sog. Partei der Nationalen Bewegung (MHP) an, deren Vorsitzender Alparslan Türkeş schon 1945 zum stellvertretenden Ministerpräsidenten



avancierte, obwohl die Partei im Parlament nur mit drei Sitzen (!) vertreten war. Die Jugendorganisation der MHP – bekannt als Terrororganisation „Graue Wölfe“ – ist für tausende politische Morde verantwortlich.<sup>4</sup> Nicht zufällig wird auch der Papst-Attentäter dieser Organisation zugerechnet (siehe Kasten).

Dem Terror dieser Gruppen fielen schließlich ganze Stadtteile und Städte zum Opfer. Teilweise wurden die Bewohner als „rot“ verschriener Gemeinden vertrieben und die Ortschaften zerstört. Dabei leistete das Militär aufgrund des in manchen Provinzen verhängten Ausnahmezustandes teils passive, teils aktive Unterstützung. Besonders brutal schritt es gegen die kurdische Minderheit ein: Nach einem Erdbeben in Ost-Anatolien wurden die Rettungsmaßnahmen bewußt verzögert, weil die Bevölkerung gegen Repressionsmaßnahmen der Regierung protestiert hatte. Ein Major erklärte dazu: „3.000 Kurden sind so viel wert wie ein Ziegelstein.“

Gegenüber der politischen Linken wurde das türkische Strafgesetzbuch in exzessiver Weise angewendet. Das galt nicht nur für Bestimmungen wie den Artikel 158, wonach weder das Türkentum noch irgendein Staatsorgan „geschmäht“ werden darf, sondern auch für die ohnehin Gesinnungsjustiz herausfordernden Bestimmungen der Artikel 141 und 142. Nach Art. 142 TStGB wurde der Besitz des Buches „Programm der Sozialistischen Partei Frankreichs“ mit sieben Jahren und sechs Monaten bestraft. Der Abs. 1 des Artikels hat folgenden Wortlaut: „Mit Zuchthaus von 5 bis zu 10 Jahren wird bestraft, wer in der Absicht, die Diktatur einer Gesellschaftsklasse über eine andere Gesellschaftsklasse zu errichten oder eine Gesellschaftsklasse zu unterdrücken oder die wirtschaftliche oder soziale Grundordnung des Landes zu zerstören oder die politische und rechtliche Ordnung des Staates völlig zu beseitigen, Propaganda in irgendeiner Form oder unter irgendeinem Namen treibt.“

Dennoch ging die Justiz der Regierung Demirel nicht weit genug. Da die Gerichte in einer Reihe offensichtlich rechtswidriger Manipulationen auch gegen die Regierung judizierten, begründete Demirel seine Mißachtung der entsprechenden Entscheidungen damit, die Exekutive stehe „über“ der

### DGB-Protest gegen türkische Terrorjustiz

Die dringende Forderung, endlich Schluß zu machen mit den willkürlichen Verhaftungen und Folterungen von demokratischen Gewerkschaftern in der Türkei, erhebt der Deutsche Gewerkschaftsbund in einem an Staatspräsident Evren gerichteten Protestschreiben an die Türkische Botschaft in Bonn. Der DGB-Vorsitzende Heinz O. Vetter wendet sich insbesondere mit scharfen Worten dagegen, daß der Militärstaatsanwalt der Ausnahmezustandskommandatur Istanbul gegen den Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes DISK, Abdullah Bastürk, und 51 weitere Gewerkschafter die Todesstrafe fordern will.

Abdullah Bastürk und viele seiner jetzt mitangeklagten Kollegen sind den Mitgliedern des DGB-Bundesvorstandes seit vielen Jahren als aufrechte Demokraten bekannt, die ganz sicher die ihnen vorgeworfenen Verbrechen – wie z.B. des Hochverrats – nicht begangen haben, schreibt Vetter.

Die türkische Botschaft wird in dem Protestbrief darüber informiert, daß der DGB die Bundesregierung aufgefordert hat, ein koordiniertes Vorgehen im Rahmen der EG und der NATO „gegen das in der Türkei täglich begangene himmelschreiende Unrecht zu veranlassen“. Weiter wird darauf hingewiesen, daß der Präsident des Europarates davon unterrichtet wurde, daß der DGB die Mitgliedschaft einer Regierung im Europarat, die ständig die Bestimmungen der Menschenrechtscharta mit Füßen tritt, für unerträglich halten würde.

Gegenüber dem Bundeskanzler drückt der DGB-Vorsitzende die Erwartung aus, daß die Bundesrepublik „angemessene diplomatische Konsequenzen“ zieht. Die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik seien nicht gewillt, die in der Türkei verfolgte Terrorjustiz hinzunehmen.

(Quelle: DGB-Nachrichten-Dienst, Düsseldorf, Nr. 145/13.7.1981)

richterlichen Gewalt. Zugleich begann man damit, den gesamten Staatsapparat zu säubern und mit Türkes-Anhängern zu besetzen. Polizeibeamte, die Mörder unter den Grauen Wölfen suchten, wurden versetzt oder entlassen.

In einer solchen Situation mußte die Machtübernahme des Militärs geradezu zwangsläufig von der großen Mehrheit der Bevölkerung mit Erleichterung zur Kenntnis genommen werden. Immerhin hatten Anfang der 60er Jahre auch Militärs das korrupte und terroristische Regime Menderes abgelöst und binnen kurzem wieder demokratische Verhältnisse eingeführt.

Nicht zufällig beriefen und berufen sich die Anführer des Putsches auch auf den unumstrittenen Nationalhelden, den Gründer der modernen Türkei, Atatürk. Dieser habe dem Militär das Vermächtnis aufgegeben, die Demokratie, falls erforderlich, auch nach innen hin zu verteidigen. Tatsächlich sind auch zahlreiche Türkes-Anhänger verhaftet worden. Auch ist gegen Alparslan Türkes Anklage erhoben worden.

### ...zu dem der Staatsmacht

Doch der Putsch gegen die Menderes-Regierung und der Putsch vom 16.9.1980 sind nicht zu vergleichen. Das ausländische und türkische Großkapital hat längst aus der progressiven Aktion Anfang der 60er Jahre die Konsequenzen gezogen. Bereits 1961 wurde auf Anraten von US-Beratern eine sog. Unterstützungskasse der Armee (OYAK) gegründet, an die jeder Berufs- und Reserveoffizier 10% seines Monatssolds abzuführen hatte. In 10 Jahren konnte OYAK ihre Nettoreserven so weit erhöhen, daß sie durch rentable Investitionen zur gegenwärtig zweitgrößten Unternehmensgruppe in der Türkei aufsteigen konnte.<sup>5</sup> Beteiligungen unterhält die OYAK nicht nur in der Rüstungsindustrie, sondern auch bei den Tochtergesellschaften internationaler Großkonzerne, wie Goodyear, International Harvester, Mobil Oil, Shell und Hilton. Die Gewinne aus diesen Beteiligungen beliefen sich 1977 auf 335 Mio Türkische Pfund.

Der Effekt ließ nicht lange auf sich warten: „Wegen der Beteiligung am kapitalistischen System sind die Offiziere motiviert, den westlich orientierten Kapitalismus zu verteidigen, mehr als die bürgerlichen Parteien. Ihre erste Aufgabe war demnach die Stabilisierung der Wirtschaft, und sie waren bereit, gegen jeden vorzugehen, der die freie Marktwirtschaft unterminieren wollte...“<sup>6</sup>

So hat sich seit dem Militärputsch für den oberflächlichen Betrachter der Szenerie die Lage gewandelt. Der Terror der Straße, dem die Regierung Demirel „nur“ als Handlanger diente, ist dem direkten Terror der Staatsmacht gewichen. Die Zahlen sprechen eine beredete Sprache:

- 123.000 politische Gefangene
- 935 Anträge auf Todesstrafe für Oppositionelle (Stand: 30.4.1981)
- 410 Exekutionen bei militärischen Operationen
- Zahllose Foltertode (30 namentlich bekannt)
- 230 Ausbürgerungen.

Eine von Amnesty International im Mai 1980 entsandte Mission hatte ein „durchgängiges System von Folterungen vorgefunden“. Fast ein Jahr später mußte dieselbe Organisation die offensichtliche „Kontinuität der Anwendung der Folter“ feststellen.<sup>7</sup> Das war zum Zeitpunkt des Besuches der Bundestagsdelegation in der Türkei!

Obwohl die Todesurteile in der 2. Instanz nach dem türkischen Strafrecht vom Parlament (!) zu unterschreiben sind, wurden bis Mai 1981 bereits 4 Urteile vollstreckt. Da das Parlament aufgelöst ist, waren diese Vollstreckungen bereits nach türkischem Recht reine Willkürmaßnahmen. Auch in der Organisation der Justiz ging die Junta sogar noch einen Schritt weiter als die Regierung Demirel. Während diese ihre



# „Graue Wölfe“ in der Bundesrepublik

Die Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik (FIDEF) hat im Juni/Juli d.J. in einem Sonderheft ihres Organs *Türkei Informationen* eine Zusammenschau der Aktivitäten faschistischer türkischer Organisationen hierzulande und deren politischer Hintergründe vorgelegt. Das Sondermaterial enthält neben einer Analyse der Faschistenpartei MHP und ihrer Zweigorganisationen auch eine Dokumentation zu den Aktivitäten der „Grauen Wölfe“. Das Sonderheft (Umfang 36 Seiten) kann bestellt werden bei: *Türkei Informationen*, Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf. Hier einige Erkenntnisse der Studie:

Die Entstehung der faschistischen Partei der Nationalen Bewegung (Milliyetçi Hareket Partisi, MHP) und ihrer Jugendorganisation Graue Wölfe ist eng mit der Person ihres „Führers“, des Obersten a.D. Alparslan Türkeş, verbunden. Er fungierte u.a. im 2. Weltkrieg als Verbindungsmann Nazideutschlands in der Türkei, war 1945 in der türkischen Militärmission in Washington mit Kontakten zu CIA und Pentagon tätig, dann 1960 an dem von den USA geduldeten Militärputsch gegen Staatschef A. Menderes und 1963 an einem gescheiterten Rechtsputsch beteiligt. Nach kurzer Inhaftierung trat Türkeş in die konservative Republikanisch Nationale Bauernpartei ein, die 1969 in die MHP umgewandelt wurde. Unter seiner Anleitung erfolgte seit 1968 der Aufbau von Kommandolagern mit paramilitärischer Ausbildung, in denen insgesamt 100.000 jugendliche Graue Wölfe ausgebildet wurden. Seit 1969 ist Türkeş MHP-Vorsitzender, 1975-78 war er stellvertretender Ministerpräsident in der Regierung S. Demirels.



MHP-Auslandsvertretungen wurden in den Niederlanden, Dänemark, Belgien, Frankreich, der Schweiz, Österreich und in der Bundesrepublik aufgebaut. Ihre Zentrale befand sich bis 1975 in Ludwigshafen. Die MHP-Parteioorganisationen, in der BRD durch Anmeldung am 9.4.1973 beim Ordnungsamt Kempten legalisiert, verfügte 1975 über sechs Parteibezirke mit ca. 50 Stützpunkten. Zu

ihren leitenden Funktionären zählte u.a. Hasan Oraltay, Mitarbeiter von „Radio Liberty“ und MHP-Verbindungsmann zu CIA-Kreisen in München, der sich laut Aussagen seiner „Arbeitskollegen“ durch faschistische und antisemitische Propaganda in seinen Sendungen hervortat.

Am 30.6.1976 forderte das türkische Verfassungsgericht die MHP auf, ihre in der BRD existierenden Organisationen aufzulösen, sonst laufe sie Gefahr verboten zu werden. Die MHP wurde daraufhin in Kempten abgemeldet und ihre Aktivisten tauchten zunächst unter, um alsbald in Vereinigungen wie Islamisches Zentrum, Kulturgemeinschaft usw. ihre Tätigkeit fortzusetzen. Die Parteiorganisationen der MHP bestanden in der BRD jedoch weiter.

So wurde im hessischen Schwarzenborn die Föderation der demokratisch-idealistischen Türkenvereine in Europa (Türk-Föderation) unter Beteiligung von 64 Idealistenvereinen aus Holland, Österreich, Belgien, Frankreich, Westberlin und der BRD gegründet. 1980 unterhielt die Türk-Föderation insgesamt 180 Vereine, davon allein 111 in der BRD. Darüber hinaus bedient sich die MHP verschiedener Tarnorganisationen, hierzulande der Idealistenvereine, Kulturzentren oder Arbeitervereine in der Türk-Föderation.

Unterstützt werden die türkischen Faschisten in der Bundesrepublik offen von der CDU/CSU. Ein CDU-Stadtverordneter in Schwalmstadt/Hessen, Dr. Horst-Eckart Kannapin, beschafft Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse für türkische Faschisten. So u.a. für den Vorsitzenden der Türk-Föderation, Mousa Serdar Çelebi, der wegen Beteiligung an Terroranschlägen in der Türkei steckbrieflich gesucht wird.

In einem Brief des MHP-Finanzkoordinators in der BRD, Enver Altaylı an Türkeş heißt es: „Unsere Beziehungen zu Dr. Kannapin: Er nimmt uns bei den deutschen Sicherheitsorganen in Schutz. Er bemüht sich darum, daß diese Organe unsere Aktivitäten nicht behindern, sondern unterstützen... Ich dachte als Lohn für seinen guten Willen und seine Bemühungen sollten wir ihm entgegenkommen. Herr Faruk hat Dr. Kannapin für eine Woche in den türkischen Teil Zyperns einladen lassen. Ich habe über Herrn Faruk Herrn Dr. Kannapin die Hin- und Rückflugtickets schenken lassen. Hotel und Verpflegung usw. werden für eine Woche durch Vermittlung unseres Freundes von der türkischen Fluggesellschaft übernommen. Dr. Kannapin fliegt am 7. Juli von Frankfurt ab, wird sich eine Woche lang in Zypern aufhalten und zwischen dem 15. und 22. Juli in Ankara sein. Es wäre gut, wenn man sich um ihn kümmerte.“

Die Rückendeckung und Unterstützung bundesdeutscher Konservativer verhalten der MHP und ihren Grauen Wölfen zu zahlreichen Mordanschlägen, Mißhandlungen, Entführungen und Überfällen. Der Papst-Attentäter M.A. Agca kommt aus ihren Reihen, MHP-Mitglieder haben die Ermordung des IG-Metall-Vertrauensmanns Celatın Kesim am 5.1.1980 in Westberlin ebenso auf dem Gewissen wie den von Türkeş persönlich angeordneten Mord am Vorsitzenden des progressiven Gewerkschaftsbundes DISK, Kemal Türkler, am 22.7.1980 in der Türkei.

Geduldet und verharmlost werden die türkischen Terroristen auch von der Bonner SPD/FDP-Regierungskoalition.

Verweigerung gegenüber regierungsfeindlichen Judikaten damit gerechtfertigt hatte, die Exekutive stehe über der richterlichen Gewalt, setzte die Militärregierung mit Wirkung vom 14. Mai 1981 kurzerhand den für die Ernennung von Richtern zuständigen „Hohen Rat der Richter“ ab.

Während die ignorante Haltung der Regierung Demirel noch von den Präsidenten des Verfassungs- und Verwaltungsgesichtshofes kritisiert werden konnte (und durfte), ist jetzt jede Kritik der Judikative unterbunden. Den Verfolgungen und Verhaftungswellen sind darüber hinaus zahlreiche Rechtsanwälte zum Opfer gefallen. Das berühmteste Opfer ist der 38 Jahre alte kurdische Rechtsanwalt Mümtaz Kotan aus Diyarbakir. Er ist Gründer der kurdischen Kulturorganisation DDKD und ist seit März 1981 spurlos verschwunden. In einem in Ostanatolien gegen über 1.000 (!) Angeklagte geführten Verfahren mußte die Verteidigung 1 (!) Verteidiger übernehmen, weil alle anderen Rechtsanwälte verhaftet oder verschleppt worden waren. Während der ersten 90 Tage

haben die Inhaftierten keinerlei Kontakte zu Anwälten und Angehörigen. Diese 3 Monate aber können über Leben und Tod der Gefangenen entscheiden. In genau dieser Zeit passieren die unvorstellbarsten Torturen und Folterungen, um Geständnisse zu erpressen.

Die der Türkei gewährte bzw. in Aussicht gestellte Hilfe wird hierzulande gern motiviert mit den Bündnisverpflichtungen gegenüber dem NATO-Partner Türkei. Nun hat die Türkei aber nicht nur den Nordatlantik-Pakt, sondern als Mitglied des Europarates auch die Europäische Menschenrechtskonvention (MRK) zu unterzeichnen.

Historisch gesehen stand die MRK sogar in unmittelbar zeitlichem und sachlichem Zusammenhang mit der Entstehung der NATO. Die Stoßrichtung des Europarates war eindeutig antikommunistisch. Noch in den im März 1963 von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen „Informationen zur politischen Bildung“ wird der Europarat als Sprecher für das „ganze freie Europa“ bezeichnet. Er habe



sich insbesondere dadurch bewährt, daß er gegenüber dem „Osten“ zu einer gemeinsamen „europäischen Außenpolitik“ gefunden habe.

Die gegenwärtige Praxis in der Türkei verstößt gegen nahezu alle wichtigen in der MRK verankerten Menschenrechte:

- das Recht auf Leben (Art. 2),
- das Verbot der Folter (Art. 3),
- das Recht auf Freiheit (Art. 5, Abs. 2),
- das Recht auf rechtliches Gehör (Art. 6, Abs. 1 S. 1),
- die Achtung der Privatsphäre (Art. 8, Abs. 1),
- die Gedanken- und Gewissensfreiheit (Art. 9, Abs. 1 S. 1),
- das Recht auf freie Meinungsäußerung (Art. 10, Abs. 1),
- die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (Art. 11, Abs. 1),
- der Schutz nationaler Minderheiten (Art. 14).

Mit der Anerkennung von Art. 1 MRK hat auch die Türkei „allen ihrer Herrschaftsgewalt unterworfenen Personen die in ... dieser Konvention niedergelegten Rechte und Freiheiten“ zugesichert.

Die Militärs in Ankara bestreiten nicht die grundsätzliche Geltung der MRK für die Türkei. Sie behaupten aber, ihre Maßnahmen seien durch den von ihnen im Interesse des Landes ausgerufenen nationalen Notstand gerechtfertigt. Nach Art. 15 MRK können zwar im Falle des „öffentlichen Notstandes, der das Leben der Nation bedroht“ die in der Konvention verankerten Rechte zeitweise und unter Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes suspendiert werden. Ausdrücklich sind davon aber ausgenommen: das Verbot der Folter (Art. 3), das Verbot von Zwangsarbeit (Art. 4, Abs. 1), das Verbot willkürlicher Bestrafung (Art. 7).

Die Militärs reden sich weiter damit heraus, Foltermethoden würden in den Gefängnissen nicht angewendet. Einzelfälle von Übergriffen würden geahndet. Daraus könne jedoch nicht auf eine durchgängige Praxis geschlossen werden. Unterstützt werden sie dabei von den bundesdeutschen Parlamentariern, die den feinsinnigen Unterschied von „systematischer Folter“ und „Folter“ entdeckt zu haben glauben. Abgesehen davon, daß durch die eindeutigen Berichte von Amnesty International und zahlreiche Einzelaussagen die systematische Anwendung der Folter erwiesen ist, müssen sich die staatlichen Organe das entsprechende Handeln dieser Armeeeinglieder zurechnen lassen. Nicht zufällig rechtfertigen sich in Einzelfällen angeklagte Folterer damit, es sei ihnen um die „Aufrechterhaltung der Disziplin“ gegangen. Bei dieser Formel handelt es sich um eine unter Militärs schlechthin als Generalermächtigung für Schikanen übliche Formel.

## Juntafreunde im Europarat

Im übrigen ist der Streit über die „systematische“ oder „unsystematische“ Folter auch juristisch verwerflich. Art. 3 MRK verbietet neben der Folter auch ausdrücklich jede Art unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung. In diesem Zusammenhang darf daran erinnert werden, daß der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sogar die Verhörpraktiken der britischen Besatzungsmacht in Nordirland in einem Urteil vom 18.1.1978 (NJW 1979, S. 1089) als unmenschlich und erniedrigend im Sinne des Art. 3 MRK bezeichnet hat.

Wie lassen sich die menschenrechtswidrigen Praktiken der Militärs sanktionieren? Verschwiegen wird in diesem Zusammenhang von interessierter Seite die Tatsache, daß die türkische Republik bis heute nicht die Zuständigkeit der Europäischen Menschenrechtskommission und des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte anerkannt hat. Die Türkei ist also Mitglied des Europarates und Unterzeichner

der Menschenrechtskonvention. Sie erkennt aber bis heute nicht die Zuständigkeit der Organe an, die über die Einhaltung der Rechte wachen sollen.

Dies ist vor allem deshalb wichtig, weil nach der MRK nicht nur die Individualklage, sondern – wie im Falle Irland gegen Großbritannien – auch die Staatenklage möglich ist. Jedes Mitgliedsland kann ein anderes Mitgliedsland vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte nach vorheriger Einschaltung der Kommission verklagen.

Die jetzige Regierung in Ankara könnte nach Art. 46 MRK „ohne weiteres und ohne besonderes Abkommen“ die Zuständigkeit des Gerichtshofes anerkennen. Sie könnte es, wenn sie kein schlechtes Gewissen hätte. So aber zieht sie es vor, einerseits Mitglied des Europarates zu bleiben, andererseits aber jede Kontrolle über die Einhaltung ihrer Pflichten abzulehnen. Somit bleibt nur der Ausschluß aus dem Europarat.

Wer – wie die bundesdeutschen Parlamentarier – die Türkei nicht ausschließen will, müßte von der Regierung in Ankara mindestens eine Erklärung nach Art. 46 der Konvention verlangen. Beides aber ist nicht möglich: Mitgliedschaft und Unverbindlichkeit. Diejenigen, die die türkische Regierung bei ihrem doppelbödigen Spiel unterstützen, müssen wissen, daß sie sich damit zum Erfüllungsgehilfen eines terroristischen Regimes erniedrigen.

### Anmerkungen:

- 1) Vgl. Milliyet, Ankara, 3.3.1981
- 2) Zit. nach: Türkei-Infodienst, Hamburg, Nr. 1/1981, S. 3
- 3) Amnesty International, Türkei, November 1976, S. 23
- 4) Vgl. Amnesty International, Türkei, Mai 1977, S. 12
- 5) Vgl. AIB 10/1980, S. 17
- 6) J. Roth/K. Taylan, Die Türkei – Republik unter Wölfen, Bornheim 1981, S. 84
- 7) Amnesty International, Folter und Todesstrafe in der Türkei, 1981, S. 4 und 3

**Romane für den Frieden**

Konstantin Simonow

Trilogie:  
DIE LEBENDEN UND DIE TOTEN  
MAN WIRD NICHT ALS SOLDAT  
GEBOREN  
DER LETZTE SOMMER

Verlag Volk und Welt, Berlin  
1580 S., Paperback, zus. DM 28,80

In beeindruckender Milieu- und Situationszeichnung schildert Simonow drei für den Verlauf des Großen Vaterländischen Krieges entscheidende Phasen: den Rückzug der sowjetischen Armee bis Moskau und deren erste große Offensive im Dezember 1941, die Wende des Krieges bei Stalingrad und die "Operation Bagration", die im Sommer 1944 zur Befreiung Belorusslands führte.

erhältlich über den Buchhandel, aber bestimmt in jeder collectiv-Buchhandlung

Brücken Verlag



Mohammed Sarkash/Seamus O'Faolain

## Afghanische Rebellen und die Aussicht auf Frieden (1. Teil)

*Nachdem im März 1981 die Reagan-Administration ihre Militärhilfe für die afghanischen Rebellen offiziell gemacht hatte, verlautete im Juli d.J. in US-Militärkreisen, daß der Geheimdienst CIA tatsächlich für die geheimen Waffentransporte (fast ausschließlich sowjetische Fabrikate bzw. getreue Nachahmungen!) verantwortlich zeichne. Der so am Leben erhaltene Krieg der Rebellen, vornehmlich von pakistanischem Boden aus geführt, hat nach Aussagen des afghanischen Staatspräsidenten Babrak Karmal Mitte d.J. „riesige Ausmaße erreicht und (beeinträchtigt) das normale Leben des Volkes schwer“.*

(...) Von den buchstäblichen Dutzenden von Rebellen-Gruppierungen, die lärmend nach Anerkennung verlangen, ist es nur den sechs mit Hauptquartieren in Peshawar/Pakistan gelungen, beträchtliche Unterstützung von außen zu erhalten und wesentliche Mengen von Waffen und ausgebildeten Kämpfern nach Afghanistan einzuschleusen. Dieser Artikel wird sich auf diese Gruppen – ihre Wurzeln, Ziele, Unterstützung von Ägypten, Saudi Arabien, Kuwait, Oman, USA, China und Westeuropa – konzentrieren, doch sollen auch kleinere Operationen vom Iran und anderen Ländern aus Erwähnung finden.

Ein sorgfältiges Studium der sechs Hauptgruppierungen in Peshawar zeigt auf, daß diese Gruppen weder eine Chance haben den Sieg zu erringen, noch bedeutsame, vereinigte Unterstützung des Volkes zu erhalten, und zwar aufgrund ihrer Spaltungen, ihrer extremen fundamentalistischen Standpunkte (sogar in den Augen vieler ihrer Anhänger) und des Fehlens eines ausgereiften Nachschubs.

### Gesichter des Krieges

Weiterhin wird ihr Prestige durch die Tatsache geschwächt, daß mindestens zwei der sechs Gruppierungen schon 1973 (Sturz der Monarchie; d. Red.) von ausländischen Kräften gegründet und finanziert wurden. Die meisten ausländischen Regierungen und Gruppen, die den Rebellen Hilfe gesandt haben, erkennen diese Schwächen und die – in militärischer Hinsicht – Nutzlosigkeit dieser Unterstützung. Ihre Hilfe ist nicht durch militärische, sondern eher durch politische Ziele motiviert.

Im Propagandakrieg gegen die Sowjetunion schlagen die USA und ihre mittelöstlichen Alliierten enormes politisches Kapital daraus, daß sie sowjetische Truppen in Afghanistan binden. Einige scheinen entschlossen zu sein, so weiterzumachen, selbst wenn das bedeuten würde, bis zum letzten Afghanen zu kämpfen.

Bei dem jetzigen Niveau des Kampfes wird es jedoch bis zum „letzten Afghanen“ noch eine ganze Weile dauern. So gar Drew Middleton von der New York Times, mit seinen Nachrichtenquellen unter den afghanischen Rebellen, brachte die Einschätzung vor, daß „nicht mehr als 1.000 Rebellen gleichzeitig an irgendeinem Tag mit den sowjetischen Streitkräften Fühlung haben und ihrer Wirksamkeit Grenzen ge-



Rebellen der Hekmatyar-Gruppe mit einer der Kanonen sowjetischer Bauart, die vom CIA reichlich angeliefert werden

setzt sind“.<sup>1</sup> Zwei Westler, die Afghanistan im Spätjahr 1980 bereisten (Fred Halliday und Gerard Chaliand)<sup>2</sup>, berichteten, daß die wichtigen afghanischen Städte gegen jede ernsthafte Bedrohung durch die Rebellen gesichert seien, und zwar durch militärische Sperrketten, die um sie herum errichtet sind.

Bezeichnenderweise werden die größten Siege der Rebellen auf nichtmilitärischen Gebieten bekannt, wie F. Halliday berichtet: „Über hundert Schulen wurden allein in der Provinz Herat zerstört, und gegenwärtige diplomatische Quellen bestätigen, daß etwa die Hälfte sämtlicher Erziehungs- und Gesundheitseinrichtungen in den ländlichen Gebieten Afghanistans in diesem Jahr durch die Rebellen zerstört wurde.“ (...)

Die in Pakistan stationierten Rebellen umfassen in Wirklichkeit nur eine sehr kleine Abspaltung der über 1 Mio afghanischen Flüchtlinge. Ein weiterer kürzlicher Besucher Afghanistans, der für den Boston Globe berichtete, schätzte aus seinen Beobachtungen von gedeihenden Schwarzmärkten und seiner Kenntnis von veruntreuter Flüchtlingshilfe, daß mehr als die Hälfte der Flüchtlinge „ökonomische Opportunisten“ seien.<sup>3</sup> (...)

In unregelmäßigen Abständen liegen die Ausbildungslager der vorwiegend sunnitischen, paschtusprechenden Rebellen aus den östlichen afghanischen Provinzen verstreut, die einem der folgenden sechs Führer die Treue halten.

Hekmatyar gilt als der kompromißloseste und fundamentalistischste der Rebellenführer. Während er Student an der Fakultät für Ingenieurwesen der Universität von Kabul war, gehörte er der Kämpferischen Moslem-Jugend (Jawanani-Musalman) an, einer Gruppe mit engen Verbindungen zur panislamischen Moslembruderschaft.

Er war bekannt für seine Angriffe auf die Frauenbildung und wurde in den frühen 70er Jahren wegen des Mordes an



einem fortschrittlichen afghanischen Studenten in Haft genommen. Er erregte während seines Gefängnisaufenthaltes viel Aufsehen und wurde gegen Ende 1972 freigelassen.

Hekmatyars Gruppe, jetzt als Islamische Partei (Hizb-i-Islam) bekannt, hat ihre Wurzeln in einem früheren Zeitschnitt. Im Jahre 1973, als Mohammed Daud in einem antimonarchistischen Staatsstreich in Afghanistan die Macht eroberte, startete die Regierung in Pakistan unter Zulfikar Ali Bhutto eine „Vorwärtspolitik“ gegen Afghanistan. Aus Furcht, Daud könnte den langanhaltenden Grenzstreit über die paschtunischen Gebiete der beiden Länder neu entfachen, schulte und bewaffnete Pakistan heimlich eine Streitmacht von 5.000 afghanischen Rebellen in einer Reihe von geheimgehaltenen Lagern.

Die Nixon-Administration sandte aus der Befürchtung heraus, Dauds Regime sei zu linkslastig, den CIA, um Pakistan bei der Ausbildung dieser Rebellen zu helfen. (Ein CIA-Ausbildungslager befand sich in Attock/Pakistan). Der CIA zog seine Unterstützung später zurück, als klar wurde, daß Daud kein Linker war, und die Streitmacht wurde unter strenge pakistanische Kontrolle gestellt, wobei Hekmatyar als der afghanische „Führer“ auftauchte. (...)

Diese Rebellen wurden später recht wirksam zum Vorteil Pakistans eingesetzt. Im Juli 1975 wurde die 5000-Mann-Streitmacht unter Hekmatyars Kommando in das Pand-schehr-Tal nördlich von Kabul zu einer größeren Schlacht gegen afghanische Regierungstruppen eingeschleust. Die Schlacht drängte Afghanistan während der unmittelbar darauffolgenden (Grenz-; d. Red.) Verhandlungen wirksam in die Defensive. Während die pakistanische Regierung jede Verbindung zu dem Zwischenfall abstritt, haben frühere hohe Beamte der Bhutto-Regierung vor kurzem ihre Beteiligung zugegeben.<sup>4</sup>

Sogar nach Bhuttos Sturz durch General Zia ul-Haq im Juli 1977 fuhr Pakistan fort, Hekmatyar mit Ausbildungsmöglichkeiten zu versorgen, wie z.B. ein Lager bei Warsak, sowie mit dem Recht, seine eigenen Gefängnisse und Militärgerichte zu unterhalten.

Hekmatyars Partei hat eine detaillierte Liste von Zielen proklamiert, die sie klar als die bildungsfeindlichste und am meisten „antifortschrittliche“ der Rebellengruppen ausweisen. Das oberste Prinzip der Partei ist in diesem Kontext klar gefaßt: „Afghanistan ist ein ausschließlich Islamischer Staat, in dem alle nichtislamischen Ideen und Handlungen verboten sind.“<sup>5</sup>

Die Zielrichtung des Programmes kann aus den folgenden vier Forderungen ersehen werden:

- 1) Die durch die revolutionäre Regierung begonnene Agrarreform wird annulliert und der gesamte Privatbesitz wird seinen ursprünglichen Eigentümern zurückgegeben;
- 2) Frauen müssen den Schleier tragen und sowohl Erziehung als auch Arbeit werden nach Geschlechtern getrennt;
- 3) Jegliche Erziehung soll militärische Ausbildung für den

Dschihad (Heiliger Krieg) einschließen und der Staat soll eine massive militärische Rüstung unterhalten; und

4) Im Gegensatz zur gegenwärtigen Politik der Respektierung mehrerer nationaler Sprachen soll es nur eine nationale Sprache geben, und Arabisch soll als zweite Sprache verbreitet werden.<sup>6</sup>

Trotz Hekmatyars Bekanntheitsgrad unter den in Peschawar befindlichen Rebellen war er eine der spalterischsten Kräfte in der Rebellen-Bewegung. Er weigerte sich, jeglicher Allianz von Rebellen beizutreten, und seine Gruppe war in Scharmützel gegen andere Gruppen verwickelt. Hekmatyars größter ausländischer Versorger ist immer noch Pakistan, welches reichliche Hilfe gewährt, Einrichtungen zur Verfügung stellt sowie die Freiheit gewährt, Menschen und Waffen auf eigenen Entschluß hin in Bewegung zu setzen.

## Nein zur Agrarreform und Frauenemanzipation

Im Unterschied zu Bhuttos Regierung, die die Rebellen-Streitmacht 1973 in erster Linie für Aktionen gegen die Daud-Regierung gründen half, entstammt Zias Unterstützung auch einer ideologischen Verwandtschaft mit Hekmatyar. Die gemeinsame Schaffung der von Hekmatyar geführten Streitmacht 1973 durch den CIA und Pakistan war keineswegs das letzte Beispiel enger Zusammenarbeit zwischen den USA und Pakistan.

Der Counter Spy vom Januar-März 1980 (siehe AIB 2/1980, S. 10-12; d. Red) hat ausführlich die pakistanische Bereitschaft beschrieben, die Benutzung der US-Botschaft in Islamabad/Pakistan durch den CIA zur Entsendung heimlicher Unterstützung für die Rebellen zu dulden. Erst kürzlich, im September 1980, wies die pakistanische Regierung alle diplomatischen Missionen an, die Unterhaltung von Abteilungen für Information und Öffentlichkeitsarbeit in anderen Städten als Islamabad einzustellen. Es war kein Zufall, daß die Stellen der US International Communication Agency in Lahore, Karatschi und Peschawar von dieser Anweisung nicht berührt wurden.

Seit dem Spätjahr 1980 wurde die Islamische Partei auch von dem Führer der Partei der Islamischen Gesellschaft Kuweits, Abdullah al-Aqil, finanziell unterstützt.

Seit der April-Revolution 1978 haben sich vier größere Gruppen von Hekmatyar abgespalten, aber alle unterstützen im Grunde weiterhin die gleichen Ideen und Programme: die Islamische Partei (Hizb-i-Islam), eine direkte Abspaltung von Hekmatyars Partei, die den Namen behielt, von Yunis Khalis; der Islamische Bund Afghanistans von Burhanuddin Rabbani; die Nationale Befreiungsfront Afghanistans von Subgatullah Mujadded; und die Islamische Revolutionäre Bewegung von Mohammed Nabi Mohammadi.

Zusammen mit einer fünften Gruppe (auf die später eingegangen wird) bildeten sie (im März 1980; d. Red.) eine lockere Islamische Allianz für die Befreiung Afghanistans unter der Führung von Abdul Rasul Sayaf (der durch Karmal im Januar 1980 aus dem Gefängnis befreit worden war). Es bestehen deutliche Unterschiede in der Bildung der Anführer. Rabbani, Mujaddedi und Sayaf wurden alle an der theologischen Universität von Al-Azhar (Kairo/Ägypten) zu Theologen ausgebildet. Alle drei stellten Beziehungen zur Moslem-Bruderschaft her, während sie in Ägypten waren. Nach ihrer Rückkehr nach Kabul beteiligten sie sich an der kämpferischen Moslem-Jugend, die mit der Moslem-Bruderschaft verbunden ist (das gleiche taten Hekmatyar und Mohammadi).

Im Gegensatz zu dem Ingenieur Hekmatyar war Rabbani Gutsbesitzer und Geschäftsmann, der mit dem Export von Karakul (persisches Fell) zu tun hatte. Mujaddedi war in ähnlicher Weise Gutsbesitzer in Afghanistan und erhielt Mit-



Rebellenführer (v. l. n. r.): Hekmatyar, Rabbani und Mujaddedi



te der 70er Jahre eine Stelle in einer Moschee in Kopenhagen (mit einem saudiarabischen Zuschuß). Bekannte Mitglieder seiner Familie erregten in früherer Zeit durch ihre übertriebenen konservative Opposition gegen die afghanische Monarchie in den 20er Jahren Aufsehen.<sup>7</sup>

Als im Jahre 1965 das erste afghanische Parlament gewählt wurde, wurde der reaktionärste Block von Abgeordneten von der Mujaddedi-Familie angeführt.

Rabbanis neuere Rebellen-Aktivitäten begannen an der Seite Hekmatyars in der durch Pakistan und den CIA gegründeten Rebellen-Gruppe im Jahr 1973. Die anderen kamen erst nach der afghanischen Revolution von 1978 und der darauffolgenden Landreform nach Peschawar.

Auch jetzt noch ist die Moslebruderschaft diejenige etablierte Moslem-Gruppe, deren Prinzipien alle diese Anführer engstens verbunden zu sein scheinen, eine extrem fundamentalistische Organisation mit Zellen im gesamten Nahen und Mittleren Osten, die alle Formen von „Verwestlichung, Säkularisation und Modernisierung“ ablehnt (siehe Kasten). Schon im Januar 1980 gab der damalige ägyptische Verteidigungsminister General Kamal Hassan Ali bekannt, daß „Armeelager für die Ausbildung von afghanischen Rebellen geöffnet wurden“ und daß Rebellen (mit Stützpunkten in Peschawar) mit Waffen aus Ägypten versorgt würden.<sup>8</sup> Diese Sendungen halten bis in die Gegenwart an, unter offener Komplizenschaft der pakistanischen Regierung.

### Ziehväter: Moslebruderschaft und Sadat

Ein französischer Reporter, der 1980 sechs Monate lang mit Rebellen-Gruppen unterwegs war, verfolgte die Spur einer Sendung ägyptischer Waffen vom April 1980 vom Zeitpunkt ihrer Ankunft in Pakistan den gesamten Weg bis hinein nach Afghanistan. Eine vollständige Liste der Waffen in der Sendung (die in Ägypten hergestellte Kalaschnikow-Gewehre, Sprengstoffe, raketentriebene Granaten, Patronen, Minen und Geschosse enthielt) wurde an mehreren Kontrollpunkten in Pakistan mit regierungsamtlichen Stempeln versehen. Danach begleitete der französische Reporter persönlich eine LKW-Ladung Waffen durch die letzte pakistanische Grenzstation nach Afghanistan hinein. Kurz hinter der Grenze wurden die Waffen mit Kamelen und Trägern ins Innere des Landes verteilt.<sup>9</sup> Eine Ausgabe der New Republic vom Juni 1980 stellt fest, daß einige der ägyptischen Waffen mit wöchentlichen Flugzeugtransporten nach Pakistan gelangen. Im Dezember 1980 besuchten Vertreter der fünf Allianz-Gruppen Sadat persönlich in seinem Heimatdorf Mit-a-Abul-Qom. Sadat schlug den Anführern vor, eine Exil-Regierung zu bilden: „Es würde mich sehr freuen hören zu können, daß Sie über die Bildung einer provisorischen Regierung eine Übereinkunft erzielt haben.“<sup>10</sup> Er versprach darüber hinaus, daß er die Hilfe, die er den Rebellen schon gesandt hatte, verdoppeln würde, unter Einschluß von Panzer- und Flugabwehrwaffen. Innerhalb von drei Wochen gab es Berichte, daß neue raketentriebene Granaten und schwere 12,9-mm-Maschinengewehre aus Ägypten in den Kämpfen eingesetzt wurden.<sup>11</sup>

Es wurde berichtet, daß die Waffen, die Sadat der Allianz geliefert hatte, in Peschawar in fünf ungefähr gleiche Teile aufgeteilt und an die fünf „Partner“ verteilt werden, aus denen die Allianz besteht.<sup>12</sup>

Die Einzelheiten der US-Beteiligung an der ägyptischen Unterstützung für die Rebellen sind unbekannt. Man muß sich aber ins Gedächtnis rufen, daß eines der größten US-Hilfsprogramme in der Welt an Ägypten geht, und sich auf mehr als 1 Mrd Dollar jährlich beläuft. Zum Jahresbeginn 1981 hatte Ägypten 3,5 Mrd Dollar Verpflichtungen für US-Waffenkäufe.<sup>13</sup>

Es ist klar, daß Ägypten in der Lage ist, einige seiner älteren Waffen an afghanische Rebellen zu senden, gerade weil es überreichliche Sendungen von neuen Waffen aus den USA erhält. Im Lichte dieser abhängigen Beziehung Sadat-USA ist es höchst zweifelhaft, daß ägyptische Waffen in die Hände afghanischer Rebellen gelangen ohne das zumindest stillschweigende Einverständnis der USA.<sup>14</sup> Rabbanis Islamischer Bund Afghanistans erhält ebenfalls großzügige geheime Unterstützung durch einen der treuesten Kunden der USA im Mittleren Osten, Oman.

Geld für Waffen und militärische Ausrüstung wurde von den USA und Saudi Arabien an die Bank von Oman auf das Konto von Tufail Mohammed überwiesen, an einen von Rabbanis Partnern des Islamischen Bundes.

*Wird fortgesetzt*

(Quelle: Counter Spy, Washington, Nr. 3/Mai-Juni 1981, S. 24-33)

### Anmerkungen:


- 1) International Herald Tribune (IHT), Zürich, 27./28.12.1980
- 2) Siehe ihre Artikel in den Dezemberausgaben 1980 des New Statesman
- 3) Boston Globe, 25.12.1980
- 4) Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 30.1.1981
- 5) Der vollständige Text kann nachgelesen werden in: Patrice Franceschi, *ils ont choisi la liberté*, Paris 1981
- 6) Gegenwärtig sind Dari(persisch) und Paschtu die zwei wichtigsten Sprachen, dicht gefolgt von Usbekisch, Turkmenisch und Belutschisch.
- 7) L. Dupree, *Afghanistan*, Princeton, New Jersey 1973. Sie waren maßgeblich am Sturz des Reformkönigs Amamullah im Jahr 1929 beteiligt. D. Red.
- 8) Mena, Kairo, zitiert nach FBIS, Mittlerer Osten und Nordafrika, 25.1.1980
- 9) P. Franceschi, *ils ont...*, a.a.O., S. 176f.
- 10) Times of India, 28.12.1980
- 11) IHT, 23.1.1981 und FEER, 23.1.1981
- 12) P. Franceschi, *ils ont...*, a.a.O., S. 176
- 13) IHT, 20.1.1981
- 14) Nachgedruckt bei P. Franceschi, *ils ont...*, a.a.O., S. 260-263

**IF YOU BELIEVE PEACE IS POSSIBLE**

Subscribe to

NEW  
OUTLOOK

Middle  
East  
Monthly



**A Journal Of Jewish-Arab Dialogue**

NEW OUTLOOK was founded in 1957 by Jews and Arabs in Israel on the belief that dialogue and a peaceful resolution of the Middle East conflict are possible. In the past 25 years we have featured articles by:

MARTIN BUBER  
ALBERT EINSTEIN  
ANWAR SADAT  
NAHUM GOLDMANN  
JEAN PAUL SARTRE  
SIMONE DE BEAUVOIR  
ABBA EBAN  
YITZHAK RABIN  
IRVING HOWE  
RON DELLUMS  
PHILLIP KLUTZNIK  
ISSAM SARTAWI  
RAYMONDA TAWIL  
SHULAMIT ALONI  
AND MANY OTHERS

Please send me a sample copy of New Outlook.

Enclosed is \$25 per year, for \_\_\_\_\_ yr(s) of New Outlook.

Name .....

Address .....

City ..... State/Province .....

Zip/ .....

New Outlook, 2 Karl Netter St. Tel Aviv 65202, Israel

### Berichtigung

Im Afghanistan-Artikel von Ph. Spillmann in AIB 7-8/1981 ist uns auf S.23, rechte Spalte, 5. Zeile von unten ein Satzfehler unterlaufen. Statt „Kommando“ muß es heißen: „ein ständiges Kommen“.



Nguyen Co Thach

# Was die indochinesischen Staaten wirklich wollen

*Einen weiteren Vorschlag zur Lösung des Kampuchea-Problems haben die drei indochinesischen Länder Vietnam, Laos und Kampuchea auf ihrer vierten Außenministerkonferenz Mitte Juni d.J. in Phnom Penh unterbreitet. Der Vorschlag, den der vietnamesische Außenminister, Nguyen Co Thach, näher erläutert, zielt auf die Einberufung einer Regionalkonferenz der Gruppe der indochinesischen Staaten sowie der Mitglieder der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN), zu der u.a. der UN-Generalsekretär und eine von beiden Seiten vereinbarte bestimmte Anzahl anderer Länder hinzugezogen werden sollen.*

*Der Vorschlag ist vor dem Hintergrund der Vorbereitungen auf die Kampuchea-Konferenz der Vereinten Nationen vom Juli d.J. (siehe Kurzinformation) zu sehen. Bereits in einem Brief vom 19.5.1981 an UN-Generalsekretär Kurt Waldheim hatten die indochinesischen Außenminister davor gewarnt, daß eine solche Konferenz nur ein Versuch sein könne, „die Bestrebungen einer Gruppe der anderen in Südostasien aufzuzwingen und den Weg für äußere Einmischung in regionale Angelegenheiten zu ebnet sowie die Bemühungen zu behindern, die die beiden Gruppen (die indochinesische und die ASEAN-Gruppe; d. Red.) in ihren laufenden regionalen Konsultationen unternehmen.*

FRAGE: Was war das Ziel der vierten Konferenz der Außenminister Indochinas?

N. CO THACH: Die Außenminister Kampucheas, Laos' und Vietnams trafen sich diesmal mit der Absicht, die körnpferische Solidarität, Freundschaft und allseitige Zusammenarbeit dieser drei Länder zu stärken. Zugleich ging es um die Koordinierung ihrer Aktivitäten gegen die Politik der Einmischung und der Aggression der chinesischen Regierung gegen die drei indochinesischen Länder.

Die Konferenz legte ebenfalls eine Reihe von Vorschlägen vor, um günstige Bedingungen zu schaffen, damit die indochinesischen und die ASEAN-Staaten über Fragen in Südostasien diskutieren und bald zu Übereinkünften im gemeinsamen Interesse am Frieden und der Stabilität in der Region und im Interesse einer jeden Nation kommen mögen.

FRAGE: Was ist neu an den Vorschlägen dieser Konferenz?

N. CO THACH: Die auf dieser Konferenz vorgebrachten Vorschläge beinhalten die Präzisierung einiger früher gemachter Vorschläge und auch neue Punkte, die den guten Willen der indochinesischen Länder deutlich machen, die den Prozeß des Dialogs beschleunigen wollen mit der Absicht, so schnell wie möglich zu positiven Ergebnissen zu gelangen, die dem Frieden, der Stabilität, der Freundschaft und der Zusammenarbeit in Südostasien dienen. Die drei Außenminister brachten z.B. den Gedanken einer Regionalkonferenz zwischen den beiden Ländergruppen Indochina und ASEAN-Staaten unter Beteiligung einer Reihe von Beobachtern – darunter dem UN-Generalsekretär und einigen anderen Ländern – auf, auf die man sich im beiderseitigen Einverständnis einigen mußte.

Um den Prozeß des Dialogs zu fördern, einigten sich die drei indochinesischen Länder darauf, noch keine Regionalkonferenz zu fordern, falls die ASEAN-Staaten noch nicht dazu bereit sind, und kamen überein, regionale Konsultationen

zwischen zwei oder mehreren Ländern in Südostasien fortzusetzen, um zu gemeinsamen Übereinkünften zu verschiedenen regionalen Fragen zu gelangen.

Im Hinblick auf die Beziehungen zwischen den indochinesischen Ländern und China ist die Weltöffentlichkeit sehr besorgt über Chinas Intensivierung von Angriffen und bewaffneten Provokationen gegen Vietnam und Laos und über seine fortgesetzten Waffenlieferungen an die reaktionären Khmer-Kräfte, damit diese sich gegen das Volk von Kampuchea stellen. Die Konferenz der Außenminister der drei indochinesischen Länder verurteilte mit ernstem Nachdruck diese kriegerische Politik Pekings.

Im Interesse der Freundschaft zwischen den beiden Völkern hat Vietnam vorgeschlagen, daß die beiden Seiten bezüglich drängender Maßnahmen zu einer Übereinkunft gelangen, Frieden und Stabilität entlang der chinesisch-vietnamesischen Grenze wiederherzustellen und unverzüglich die dritte Gesprächsrunde auf der Ebene der Vizeaußenminister über Fragen von beiderseitigem Interesse zu beginnen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu normalisieren. Dies ist ebenfalls ein ernsthafter Wunsch aller Menschen guten Willens in der ganzen Welt.

FRAGE: Einige sagen, daß in der Sicht der Länder Indochinas die Politik der Einmischung und Aggression seitens der chinesischen Regierung die grundlegende Ursache der Bedrohung des Friedens in Südostasien ist...

N. CO THACH: Hier muß man zwei verschiedene Fragen auseinanderhalten. Eine betrifft Chinas Bedrohung der Sicherheit und Unabhängigkeit der drei indochinesischen Länder und die andere betrifft die Beziehungen zwischen den indochinesischen und den ASEAN-Staaten.

In den vergangenen 30 Jahren haben Vietnam, Laos und Kampuchea direkte Verhandlungen mit den Aggressoren gegen die indochinesischen Länder geführt, wie z.B. mit Frankreich und den USA. Die drei Außenminister haben dieses Mal den Vorschlag erneuert, den sie auf der vorigen Konferenz vorgebracht haben, nämlich, daß jedes der drei Länder bereit ist, mit China ein zweiseitiges Abkommen über Nichtangriff und friedliche Koexistenz zu unterzeichnen.

## Bereit zu Normalisierung mit China

Was die Beziehungen zwischen den indochinesischen und den ASEAN-Staaten angeht, so müssen sie zwischen diesen Ländern selbst gelöst werden.

Geleitet von ihrer Bereitschaft zur Verständigung haben die drei indochinesischen Außenminister auch vorgeschlagen, daß – falls die UNO Pol Pot und seine Clique nicht weiter anerkennt – die indochinesischen Länder die Möglichkeit in Erwägung ziehen werden, daß diese internationale Konferenz durch die UNO einberufen wird, um die Übereinkünfte, zu denen die südostasiatischen Länder in ihren Regionalkonferenzen oder in regionalen Konsultationen gelangt sind, anzuerkennen und zu garantieren.

(Quelle: Hektografiertes Material der Botschaft der SR Vietnam, Bonn, Nr. 28/1981)



Das Apartheid-Regime in Südafrika schlägt um sich. Die Welle von Verhaftungen und Bannurteilen gegen schwarze, aber auch weiße Intellektuelle, mit der das Botha-Regime Südafrika seit Mai d. J. überzieht (siehe AIB 7-8/1981, S. 26-29) ließ selbst das erzkonservative burische Blatt *Vaderland* von einer „ernst zu nehmenden Abweichung von den demokratischen Normen“ sprechen. Die unnachsichtige Verfolgung „Abtrünniger“ bestätigt nur, was das Regime mit der brutalen Niederknüppelung eines Bergarbeiterstreiks Mitte Juli d. J., dem Terror gegen die Gedenkfeiern am fünften Jahrestag des Soweto-Massakers (16.6.1981), den nach wie vor drohenden Todesurteilen gegen die Kämpfer des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) P. Lubisi, N. Manana und N. Mashigo sowie das Mitglied der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) Marcus Kateka oder schließlich mit der Ermordung des ANC-Repräsentanten in Zimbabwe, Joe Gcabi, zu demonstrieren versucht: daß Widerstand zwecklos sei.

Vor allem zwei Entwicklungen bestimmen den verschärften Repressionskurs des Regimes: zum einen der wachsende Widerstand, insbesondere das Zunehmen von Aktionen des ANC gegen die Infrastruktur der Apartheid-Ökonomie (am 21. Juli d. J. demolierten Sprengsätze des ANC zwei Kraftwerke in der Region von Johannesburg und legten etliche Fabriken für einige Zeit lahm), zum anderen die Rückenstärkung durch den Kurs der Reagan-Administration. Auf diesen Zusammenhang und die Frage eines allgemeinen Wirtschaftsboykotts gegen Südafrika geht das Führungsmitglied des ANC Josiah („Joe“) Jele, Verantwortlicher für die internationalen Beziehungen des ANC, in dem hier auszugsweise wiedergegebenen Interview ein.

## Joe Jele Die Reagan-Botha-Allianz



Juni 1981: Treffen der Außenminister A. Haig und R. Botha

FRAGE: Zusätzlich zu seiner erklärten Politik der Unterstützung reaktionärer Regimes in Lateinamerika und der Hilfe für Banditen in Angola und Afghanistan, hat Präsident Ronald Reagan offen verkündet, daß die herrschende Clique der USA das rassistische Südafrika, ihren treuen Verbündeten in zwei Weltkriegen, nicht verlassen werde. Wie wirkt sich dies auf unseren Kampf aus und wie antworten wir darauf?

J. JELE: Da die Reagan-Administration die reaktionärsten Kreise des US-Imperialismus repräsentiert..., sollte es uns nicht überraschen, wenn sie ihre totale Unterstützung für reaktionäre und faschistische Elemente überall erklärt – einschließlich des Terrorregimes in unserem Lande. Denn in der Tat bleibt Südafrika die letzte Bastion der Reaktion auf dem afrikanischen Kontinent. (...)

Wir sollten uns deshalb auf eine Steigerung der US-Hilfe für das Regime auf ökonomischem und militärischem Gebiet einstellen. Wir dürften vor uns eine Phase unseres Kampfes haben, die charakterisiert sein wird durch eine eskalierende Aggression gegen die Frontstaaten und eine verschärfte brutale Unterdrückung von Männern, Frauen und Kindern in unserem Lande.

Wenn Reagan jedoch glaubt, daß ein massiver brutaler Angriff seiner rassistischen Verbündeten auf die Unterdrückten in unserem Lande die Wirkung haben wird unser Volk einzuschüchtern, dann sollte er einmal einhalten und nüchtern überlegen. Dies würde ihm klarmachen, daß unser Volk sogar das Leben zu opfern bereit ist, um das Ziel der Befreiung zu erreichen. Er braucht sich bloß die Bedeutung des Massenaufstandes gegen das Regime vor Augen zu führen, der seit 1976 eine ständige Erscheinung unseres Landes geworden ist.

Unsere Antwort auf Reagans und Bothas unheilige Allianz gegen unsere gerechte Sache wird sich unzweifelhaft in der Aufrechterhaltung und Verstärkung des gegenwärtigen Trends weitverbreiteter massenhafter Konfrontation des Feindes niederschlagen. Wir sind entschlossen, das Niveau der politischen und militärischen Aktionen zu heben, und diese Aktionen werden gewiß erfolgreich sein, da das Regime sich nur auf eine sehr schmale Basis weißer Rassisten stützen kann.

### Kampfansage an ausländische Kapitalinvestoren

International sind wir darauf eingestellt kraftvolle Kampagnen durchzuführen, die darauf abzielen, die Reagan-Regierung als Feind der internationalen Gemeinschaft darzustellen, da sie sich mit einem Regime verbündet, dessen Politik von den Vereinten Nationen als „ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ bezeichnet worden ist. Es ist erfreulich, daß die Nichtpaktgebundenen-Bewegung, die Organisation für Afrikanische Einheit, die überwältigende Mehrheit der afrikanischen Staaten und der Rest der fortschrittlichen Menschheit die Reagan-Administration wegen ihrer Bekundung offener Unterstützung des Apartheid-Regimes unverzüglich verurteilt. (...)

FRAGE: Die internationalen Entwicklungen zeigen, daß das Problem wirtschaftlicher Sanktionen gegen das Apartheid-Regime äußerst dringlich geworden ist, zumal nach den Genfer Gesprächen über Namibia, die vom Pretoria-Regime



sabotiert worden sind. Welche Auswirkungen werden Sanktionen auf unseren Kampf haben?

J. JELE: Der Aufruf des Afrikanischen Nationalkongresses an die internationale Gemeinschaft, Boykotte und Sanktionen gegen das Apartheid-Regime zu verhängen, datiert bereits vom 26. Juni 1959. Der Aufruf, den wir damals erließen und wie wir ihn heute fortsetzen, gründete sich auf eine Untersuchung, die ergab, daß ausländische Investitionen eine der wichtigsten Säulen bilden, auf denen das Gebäude der Apartheid ruht. Wir schlossen also, daß die Verhängung umfassender Wirtschaftssanktionen das Apartheid-Regime erheblich schwächen und wesentlich zu unserem Befreiungskampf beitragen würde.

In der Tat hat nämlich ausländisches Kapital seit der kolonialen Unterwerfung unseres Landes dazu beigetragen, die rassistischen Unterdrücker gegen die unterdrückte Mehrheit zu stärken. Die Investitionen multinationaler Konzerne haben nicht nur die Institutionen und Organe der rassistischen Beherrschung über Jahre hinweg finanziert und zu ihrem Erhalt beigetragen, sondern auch – und insbesondere nach der Übernahme der Macht durch die Nationale Partei (im Jahr 1948; d. Red.) – zu der beispiellosen militärischen Aufrüstung, die das Überleben der Apartheid durch die Ertränkung des Befreiungskampfes unseres Volkes im Blute sichern soll.

Es ist nicht schwierig, Gründe für die Attraktivität Apartheid-Südafrikas bei ausländischen Investoren zu finden. Ein Hauptaspekt der Attraktivität ist die zwangsweise billige Arbeit der Schwarzen, deren Überausbeutung den multinationalen Konzernen enorme Profite einbringt. Nirgendwo sonst in der Welt ist nützliche Arbeit so billig und profitabel wie in Südafrika.

#### Weshalb fordern wir Wirtschaftssanktionen?

FRAGE: Was ist mit dem Argument, daß ein Investitionsabzug mehr als alles andere vor allem die Schwarzen treffen würde und daß ausländische Gesellschaften als ein Instrument der Veränderung zum Besseren dienen könnten?

J. JELE: Die Apologeten ausländischer Investitionen innerhalb wie außerhalb Südafrikas behaupten, Sanktionen brächten größere Härten für die Schwarzen mit sich.

Es ist angebracht, die Verteidiger von Investitionen daran zu erinnern, daß der größte Teil der Profite und Dividenden aus ausländischen Investitionen – erwirtschaftet innerhalb des Systems weißer Herrschaft, in welchem diese Gesellschaften operieren – gar nicht anders verwandt werden kann, als die sozialen, politischen und militärischen Interessen der Apartheid zu stärken. All diese Dividenden und Profite fließen in den öffentlichen und staatlichen Wirtschaftssektor, was bedeutet, daß sie zur Unterstützung und Aufrechterhaltung des Regimes und Systems der Apartheid benutzt werden. Sie werden nicht zur Verbesserung des Lebensstandards und der Lebensbedingungen der Schwarzen genutzt.

Überprüfen wir, ob dieses Argument durch die Wirklichkeit Apartheid-Südafrikas gestützt wird. In der Periode von 1970-80 blieben beispielsweise die Durchschnittslöhne für Afrikaner in den meisten Industriezweigen sechsmal niedriger als diejenigen der Weißen. Im Bergbau bewegte sich das Verhältnis zwischen den Löhnen Weißer und Schwarzer im Jahrzehnt der 70er Jahre, das von wachsenden Auslandsinvestitionen gekennzeichnet war und sehr hohe wirtschaftliche Wachstumsraten im Lande verzeichnete, zwischen 10:1 und 17:1.

Das war auch das Jahrzehnt der Soweto-Erhebungen, welche die Bereitschaft unseres Volkes demonstrierten eher das Leben zu opfern als unter dem Apartheid-System zu leben. Es geschah auch in diesem Jahrzehnt wachsender Investitio-

nen, daß – nach vorsichtigen Schätzungen – die Zahl arbeitsloser Schwarzer die schwindelerregende Ziffer von 2 Mio erreichte. Daneben – und das ist am bezeichnendsten – erreichten die Militärausgaben in derselben Periode beispiellose Höhen; derzeit besagen Schätzungen, daß das Militärbudget für 1981/82 2,8 Mrd Rand erreichen dürfte (etwa 6 Mrd DM; d. Red.).

Angesichts dieser Tatsachen bedeuteten folglich die Auswirkungen umfassender Sanktionen, einschließlich eines Ölembargos, eine entscheidende Schwächung der wirtschaftlichen und militärischen Kapazitäten des Systems, die ihm Stärke und Lebensfähigkeit vermitteln und die brutale Unterdrückung unseres Volkes absichern. Zudem würden wirtschaftliche Sanktionen das Regime der Ressourcen berauben, die es benutzt, um die weiße Bevölkerungsgruppe zur Unterstützung des Rassismus zu bestechen. Der hohe Lebensstandard, den diese Gruppe in unserem Lande genießt... würde durch die Verhängung von Sanktionen stark reduziert, wodurch viele Angehörige der weißen Minderheit veranlaßt würden sich auf die Seite der unterdrückten schwarzen Mehrheit zu stellen. Das ist ein wichtiger Faktor: Die Teilnahme einer großen Zahl Weißer am Befreiungskampf, weil sie nicht mehr vom System profitieren, würde zum Sturz der Apartheid-Herrschaft beitragen.

In ähnlicher Weise würde ein Ölembargo die Rassisten um 90% ihrer Ölversorgung bringen und somit faktisch die gesamte faschistische Militärmaschinerie lahmlegen. Eine Situation, in welcher die Aggression gegen die Frontstaaten entscheidend unterbunden wäre, kann den Imperialisten keineswegs gelegen kommen, da eben eine solche Situation entscheidend zur Erreichung unseres Zieles beitragen würde. Wir fordern folglich deshalb Sanktionen, weil wir sicher sind, daß sie – indem sie das System wirtschaftlich und militärisch schwächen – das Blutvergießen und das Leiden vermindern würden, das Krieg, insbesondere der gegen den Faschismus, mit sich bringt. Zugleich möchten wir klar machen, daß wir Sanktionen nicht als einen Ersatz für unsere Bereitschaft zu kämpfen und Opfer zu bringen ansehen, sondern als eine wesentliche Ergänzung zu der selbstlosen Entschlossenheit, die wir bei unserem Kampf die Tyrannei der Apartheid in unserem Lande zu brechen bereits unter Beweis gestellt haben.

(Quelle: Mayibuye. Organ des ANC Südafrikas, Nr. 5/1981)

Ein regelmäßiger Informationsdienst über politische, gewerkschaftliche und soziale Entwicklungen in der Türkei ; **BULLETIN**

erscheint monatlich in Türkischer, deutscher, englischer, französischer und flämischer Sprache

**INFO-TÜRK AGENTUR**

Postfach 10 06 30  
D- 422 Dinslaken

Hiermit bestelle(n) ich/wir  
das Info-Türk Bulletin  
für ein Jahr zum Preis von 45,-DM

Deutsch 0                      Englisch 0  
Französisch 0                      Türkisch 0

Name .....

Adresse .....



## Jürgen Ostrowsky Die „Schweiz Afrikas“

Gemäß dem Journalisten-Bonmot „keine Nachrichten sind gute Nachrichten“ könnte der zentralafrikanische Staat Malawi den Eindruck einer Idylle erwecken, denn selten dringen überhaupt Meldungen aus dem bergigen Land am Westufer des Nyasa-Sees nach außen. In der ihr eigenen blumigen Prosa begeisterte sich denn auch die Frankfurter Allgemeine vom 13.4.1978 für das „Musterländle“ mit seinem „Wirtschaftswunder“ und erkor es zur „Schweiz Afrikas“.

Die in der Illegalität kämpfende Sozialistische Liga Malawis (LESOMA) sieht das anders. Sie bezeichnet die Lage der Mehrheit der Bauern und der Arbeiter als elend und das Regime des etwa 80jährigen Dr. Hastings Kamuzu Banda, der sich mit „Ngwazi“ (Häuptling) titulieren läßt, als faschistisch.

Die Weichen für den Kurs des unabhängigen Malawi wurden bereits vor der Staatsgründung mit dem Aufstieg H.K. Bandas zur Führungsfigur des nationalen Unabhängigkeitskampfes gestellt.

### Bandas Credo

1958 wurde er Präsident des 1944 gebildeten Afrikanischen Kongresses Nyasalands (NAC), obwohl er am Unabhängigkeitskampf nie teilgenommen, sondern seit 1915 in den USA, Großbritannien und Ghana gelernt und als Arzt gearbeitet hatte und 1958 erst zurückgekehrt war. Präsident auch der Nachfolgeorganisation Kongreßpartei Malawis (MCP), die zur konkurrenzlosen Führungskraft der Unabhängigkeitsbewegung wurde, ernannten ihn die britischen Kolonialherren 1963 zum Ministerpräsidenten des mit innerer Autonomie ausgestatteten Protektorats, als welcher er 1964 die Unabhängigkeit proklamierte.

Die Hinterlassenschaft des Kolonialismus und der kurzlebigen Zentralafrikanischen Föderation mit Nord- und Süd-Rhodesien (Sambia bzw. Zimbabwe) – eine unterentwickelte Landwirtschaft, Fehlen von Industrie und Bergbau, extrem hohe Beschäftigungslosigkeit, eines der niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt, Auslandsabhängigkeit und die Funktion als Reservoir billigster Arbeitskräfte („Wanderarbeit“) für die „weißen“ Farmen und Minen Zimbabwes und Südafrikas – machte den neuen Staat zu einem Armenhaus. Die Alternativen lauteten konsequente Überwindung von Unterentwicklung und Auslandsabhängigkeit oder Beibehaltung in neokolonialer Form.

Bandas Credo der Segnungen einer kapitalistischen Entwicklung, sein extremer kultureller und politischer Konservatismus und sein militanter Antikommunismus ließen an seinen Optionen keinen Zweifel. Die Opposition gegen diese Entwicklung und gegen die sich abzeichnende Annäherung an die kolonialen und rassistischen Regimes Südafrikas, Süd-Rhodesiens und Moçambiques (Portugal) wurde zwischen Herbst 1964 und 1967 ausgeschaltet bzw. ihre Aufstände – wenn auch mit Mühe – niedergeschlagen.

Nach 16 Jahren sieht Malawis „Wirtschaftswunder“ so aus: Zwar verzeichnete das Land von 1970-79 ein jährliches Durchschnittswachstum der Wirtschaft von 6,7%, doch 1980 machte eine Krise dem ein Ende; das Wachstum stagniert. Zudem ist dieses Wachstum äußerst ungleich verteilt auf kleine Sektoren wie eine gezielt geförderte Kleinbauernschicht, während die Masse der kleinen agrarischen Produzenten nach wie vor mit Jahreseinkommen von z.B. 130 DM (Region von Salima am Nyasa-See) sich und ihre Angehörigen ernähren muß. Vergleichsweise besser steht es um die Löhne der etwa 180.000 in der Landwirtschaft tätigen Lohnempfänger, aber mit 25-40 DM monatlich zählen ihre



Malawis Präsident Banda (l.) mit einem Affenhaar-Wedel, dem Symbol der Häuptlingswürde; Parade des Repressionstrupps Junge Pioniere



Bezüge zu den niedrigsten der Welt. Die Gesamtzahl abhängig Beschäftigter stieg 1978-79 um 9%, die Lohnsumme aber nur um 3%, ein Reallohnverlust – bei einer Inflationsrate von 14%.

1970 betrug das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung Malawis 80 Dollar; lediglich fünf afrikanische Länder lagen niedriger. 1979 belief es sich auf 200 Dollar; damit zählt Malawi zu den zehn ärmsten Ländern Afrikas, und damit der Welt. Berge und Täler, Binnenlage und ein großer See machen noch keine Schweiz. Der Autor des Vergleichs hatte jedoch vielleicht anderes im Sinn: Der vielfache Millionär Banda – Besitzer von Baumwoll- und Teeplantagen sowie Tankstellenketten – hat sein Geld auf Auslandskonten verbracht: in England und – der Schweiz.

Neben der sozialen Polarisierung nahm auch der Einfluß ausländischer Kapitalinteressen in Malawi zu, vor allem der Südafrikas. Etwa 9/10 des Exporterlöses (vorwiegend mit Tabak, Tee) werden auf nur 1/5 des bebauten Bodens erwirtschaftet – dieser gehört Konzernen wie Imperial Tobacco, Lonrho und Unilever. Malawis Importe stammen zu 40% aus Südafrika (mit 17% folgt mit großem Abstand Großbritannien), das auch Hauptkreditgeber Malawis ist. Bauxitabbau, Eisenbahn- und Straßenprojekte, Hotelbauten und schließlich der Ausbau Lilongwes zur neuen Hauptstadt – südafrikanische Kredite und Technik sind immer dabei.

### „Ein starkes 'Laager' um Südafrika“

Banda revanchierte sich mit einer Erhöhung der Zahl in die Bergwerke Südafrikas vermittelter Wanderarbeiter gegenüber 1966 um mehr als das Doppelte auf 150.000 (1979).

Dem wirtschaftlichen war der politisch-moralische Ausverkauf längst vorausgegangen. Malawi ist das einzige Land Afrikas, das mit Südafrika diplomatische Beziehungen (seit 1968) unterhält. In der südafrikanischen Botschaft residiert ein akkreditierter Militärattaché, Malawi gilt als Drehpunkt der Aktivitäten des südafrikanischen Geheimdienstes DONS (früher BOSS).

1967 hatte Präsident Banda erklärt: „In Selbstverteidigung müssen wir uns mit Südafrika, Rhodesien und Moçambique (damals noch portugiesisch; d. Red.) zusammenschließen, um ein starkes 'Laager' um Südafrika zu bilden.“ Dementsprechend setzte Banda stets auf die Reaktion – das Smith-Regime in Zimbabwe, die von diesem versuchte „interne



Tabakpflanzungen – Domänen der reichen Plantagenbesitzer

## Sozialistische Liga Malawis Ziele und Programm



A. Mpakati, Führer der illegalen LESOMA

### 1. Unmittelbare Aufgaben:

1) Organisierung aller Arbeiter und Bauern, der Intellektuellen und der Jugend für den unausgesetzten Kampf gegen die Diktatur Dr. Bandas.

2) Erhöhung des politischen Bewußtseins aller unterdrückten und ausgebeuteten Massen unseres Volkes und Schaffung von Klassensolidarität gegen die herrschenden Schichten und ihre internationalen Geldgeber.

3) Vorbereitung – mit allen möglichen Mitteln – des Sturzes der Diktatur Dr. Bandas und Übernahme der Macht durch die Arbeiter, Bauern und fortschrittlichen Intellektuellen.

### 2. Errichtung eines fortschrittlichen und demokratischen Staates:

Einsatz für die Gründung eines freien Staates des Volkes, in dem freie Wahlen, Rede- und Versammlungsfreiheit und das Streben nach Wahrheit hochgehalten werden und vorherrschen.

### 3. Schaffung einer integrierten nationalen Volkswirtschaft:

1) Beseitigung aller Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sowie des zerstörerischen Geistes des Individualismus und der Anhäufung von Reichtum und Macht durch Individuen, Gruppen oder Klassen.

2) Förderung eines Geistes der gegenseitigen Unterstützung und der Zuneigung zueinander und bei der Schaffung materieller wie moralischer Werte unter den unterdrückten und ausgebeuteten Massen unseres Volkes.

3) Überführung der Wirtschaft des Landes in die Hände des Staates und Schaffung einer national integrierten Wirtschaft, die den Bedürfnissen des Volkes von Malawi entspricht und frei ist von Bedrohung oder Beeinflussung durch das internationale Monopolkapital. (...)

### 5. Freie und allseitige Erziehung und medizinische Versorgung:

1) Freie und allseitige Ausbildung für alle Malawer von der Primär- über die Sekundarstufe bis zur Universitätsebene. Unser Erziehungssystem wird sowohl allgemeine wie technische Ausbildung umfassen, in der die Handarbeit respektiert wird. Wir streben an, eine wissensreiche, befähigte und gebildete Generation von Malawern hervorzu- bringen.

2) Beseitigung von Armut, Unwissenheit, Furcht und Alkoholismus im malawischen Volk. (...)

### 7. Soziale Gerechtigkeit und Fortschritt für alle:

1) Schutz der Rechte der Arbeiter und Bauern und Garantie auf Arbeit für alle Arbeitsfähigen.

2) Abschaffung der Zwangsarbeit und des Exports von Zwangs- oder Kontraktarbeit wie WNLA und MTHANDIZI (die südafrikanische bzw. „rhodesische“ Anwerbeagentur für Wanderarbeiter; d. Red.).

3) Angemessene Entlohnung und Einstellung auf der Basis gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit.

4) Garantien für die Freiheiten von Gewerkschaften und Massenorganisationen wie die der Frauen, der Jugend und der Studierenden, um wirksame Teilnahme und schöpferische Initiative unter den Arbeitern und Bauern sicherzustellen.

### 8. Nationale Verteidigung und Sicherheit:

1) Schaffung einer wirksamen nationalen Verteidigungsmacht im Interesse des Volkes und gestellt von den Bürgern. Sicherstellung harmonischer und demokratischer Verhältnisse innerhalb der Streitkräfte und Aufrechterhaltung einer engen Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften und dem Volk.

2) Bildung einer Volksmiliz, die bei der Verteidigung der Nation gegen alle inneren und äußeren Feinde helfen soll.

3) Völliges Verbot aller ausländischen Militärstützpunkte auf unserem Boden.

(Quelle: We speak for freedom: LESOMA, hektographiertes Manuskript, o.O., o.D.)



## Malawi-Daten



Territorium: 118.484 qkm (z. Vgl.: BRD 248.097 qkm); 1/5 davon Seenfläche des Nyasa-Sees  
 Hauptstadt: Lilongwe (ca. 110.000 Einwohner)  
 Bevölkerung: Gesamtbevölkerung etwa 5,5 Mio; darunter etwa 20.000 Inder und Europäer  
 Sprache: Amtssprachen sind Englisch und Nyanja; daneben werden zahlreiche Bantu-Dialekte gesprochen  
 Religion: knapp 45% Anhänger von Naturreligionen; etwa 40% Christen (mehrheitlich Katholiken); 15% Moslems und Hindus  
 Währung: Malawi-Kwacha (MK); 1 MK = 2,4 DM (Stand Mai 1981)  
 Wirtschaft: Die Exportlandwirtschaft produziert Tee, Tabak und Zucker; die Kleinbäuerliche auf Subsistenzebene vor allem Nahrungsmittel (Mais)

### Geschichte:

- 15. Jhd.: Bildung des Stammesverbandes der Maravi im heutigen Gebiet. Zerfall ab 16. Jhd.
- 19. Jhd.: Einfall östlicher (Yao) und südlicher (mit den Zulu verwandter) Bantu-sprachiger Stammesgruppen
- 1891: Errichtung des britischen Protektorats Nyasaland
- 1915: Aufstand unter Führung John Chilembwe
- 1953: Zwangsvereinigung mit Nord- und Süd-Rhodesien (das heutige Sambia bzw. Zambabwe) zur Zentralafrikanischen Föderation
- 1959: Volksaufstand gegen die Föderation und für die Unabhängigkeit, Verhaftung Dr. Banda
- 1961: Wahltag der MCP (99%) bei den Wahlen zum Legislativrat
- 1963: Auflösung der Föderation
- 6.7.1964: Proklamation der Unabhängigkeit
- 6.7.1966: Proklamation der Republik Malawi

Lösung", den portugiesischen Kolonialismus, konterrevolutionäre Banden des Millionärs Jorge Jardim gegen das sozialistische Moçambique – und verlor jedesmal. An seiner Politik änderten diese Debakel grundsätzlich nichts. H.K. Banda gilt als uneingeschränkt prowestlich – Länder wie Israel, Taiwan, Südkorea gehören zu den bevorzugten Partnern. Innerhalb der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), deren Tagungen Banda boykottiert, ist Malawi mit seiner Politik isoliert – eine Art exterritoriales „Bantustan“ Südafrikas.

Den politischen Freunden entspricht Bandas Innenpolitik. Mitunter wird sein Regime als autokratisch bezeichnet – eine milde Umschreibung dafür, daß seine Herrschaft nur vergleichbar ist mit Despotien wie der des „Berufskollegen“ „Papa Doc“ Duvalier auf Haiti.

Nach außen ist Malawi abgeschottet. Presse ist unerwünscht, gegen Beunruhigung der 40% Lesekundigen soll eine Zensur nach südafrikanischem Muster vorbeugen (auf dem Index steht neben Marx oder Che Guevara beispielsweise selbst ein Buch des stockkonservativen Historikers Toynbee über die russische Revolution).

H.K. Banda ist Staatspräsident und Vorsitzender der MCP auf Lebenszeit (seit 1966), daneben noch Außen-, Justiz- und Verteidigungsminister in einem. Ein gut organisierter Personenkult bezahlter Jubler soll Volkstümlichkeit auf seinen Visiten in der Provinz vortäuschen. Jegliche Form von Kritik ist verboten, für sog. „Falschmeldungen“ der Presse drohen Haftstrafen bis lebenslänglich.

## Organisierungsversuche der Opposition

Dennoch regt sich Kritik. Bei den ersten „Wahlen“ seit 1961 fielen 1978 31 der 47 zu wählenden Abgeordneten – alle von Präsident Banda vorgeschlagen – durch; freilich: auch die anderen Kandidaten gehören der MCP an – wie zwangsweise jeder erwachsene Malawer. Auch ständige Ministerentlassungen zeugen davon, daß sich Widerspruch gegen sein Regime artikuliert.

In Bandas Vorstellungswelt paaren sich eifernder Puritanismus – Verbote und Haftstrafen gegen lange Haare und Miniröcke z.B. – und eine abgründige Intellektuellenfeindlichkeit mit einem Leitbild vom einfachen und „unverbildeten“ Manne vom Dorf.

Unter den meist kaum ausgebildeten Jugendlichen der ländlichen Gebiete entwickelte Banda seine auf den Parteilogan „Einheit, Loyalität, Gehorsam und Disziplin“ eingeschworene unkritische Gefolgschaft in Form von Frauen- und Jugendorganisationen. Israelische Ausbilder drillten die

paramilitärischen Jungen Pioniere Malawis, eine 20.000 Mann starke Einsatztruppe, die mit SA-Methoden Terror verbreitet und jede Abweichung von der Linie der Ergebenheit auch mit Mord ahndet. Ausnahme Gesetze stellen sie unter eine Art Immunität.

Verhaftung auf unbegrenzte Zeit ohne Anklage, Folter und Mord gehören zum Instrumentarium der Herrschaft H.K. Bandas. Auf zwischen 2.000 und 20.000 wird die Zahl politischer Gefangener in den zahlreichen Internierungslagern geschätzt, darunter etliche ehemalige Minister und hohe MCP-Funktionäre. Ein ausgedehntes System von Spitzeln und Agenten sorgt für die lückenlose Überwachung der Bevölkerung und die Denunziation jeder Kritik.

Vergleichbar dem südafrikanischen Geheimdienst DONS, von dem er ausgebildet wurde, verbreitet auch der Sicherheitsdienst Bandas Terror bis ins Ausland. Am 10. Februar 1979 galt ein Briefbombenanschlag in Maputo (Moçambique) dem Leben des Vorsitzenden der LESOMA, Dr. Atati Mpakati. Dieser überlebte zwar, verlor aber fast alle Finger beider Hände. Das „Musterlände“, dem die FAZ (s.o.) auch „eine Prise Preußentum“ attestierte, ließ grüßen. Die Friedhofsruhe, von bestimmten westlichen Menschenrechtskämpfern verständnisvoll respektiert, täuscht jedoch. Offene Opposition ist zwar noch unmöglich, aber die Versuche ihrer Organisation nehmen zu. Wichtigste Kraft ist derzeit die LESOMA, die – 1974 konstituiert – auf den Aufstandsversuch von 1967 zurückgeht. Sie knüpft an die Tradition des Freiheitskampfes des malawischen Volkes an – etwa an den heroischen Aufstand des Nationalhelden John Chilembwe 1915 – und kämpft für den Sturz Bandas sowie für ein sozialistisches und demokratisches Malawi, dessen Grundzüge in einem programmatischen Abriss (siehe Kasten) zusammengefaßt sind, den das Leitungskomitee der LESOMA 1974 verabschiedete.

## AIB-Sonderhefte



SH 2/1981 bietet eine fundierte Grundlageninformation über den Apartheidstaat. 32 S., 2,- DM



SH 1/1981 gibt einen komprimierten Überblick über die Hauptschauplätze des nationalen Befreiungskampfes heute. 80 S., 4,- DM

- Ich bestelle SH 2/1981.
- Ich bestelle SH 1/1981.
- Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplars.
- Ich abonniere das AIB ab Nr. ....

Name: .....

Adresse: .....

Datum und Unterschrift: .....

Bitte ausfüllen und einsenden an:  
 AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1, Tel. 06421/24672





René Lechleiter

## Den Schweizer Schleier zerreißen

Ende Mai d.J. ist in der Schweizer Bundeshauptstadt Bern unter dem Motto „Entwicklung heißt Befreiung“ ein „Symposium der Solidarität“ durchgeführt worden. Dem Aufruf einer vorbereitenden Kerngruppe folgend kamen rund 3.000 Vertreter aus entwicklungspolitischen Organisationen, aus Gewerkschaften, Parteien, Kirchen und Solidaritätskomitees nach Bern, um – über alle bestehenden Differenzen hinweg – während zweier Tage ausführlich über Alternativen zur vorherrschenden Entwicklungsdoktrin zu diskutieren. Als Plattform für die weitere Arbeit wurde ein entwicklungspolitisches Manifest für die 80er Jahre (siehe Kasten) verabschiedet. Für das AIB hat René Lechleiter die wichtigsten Ergebnisse und Diskussionspunkte dieser Veranstaltung, die beispielgebend auch für die Bundesrepublik ist, zusammengefaßt.

Jahrelang ist es in der Schweiz gelungen, unbequeme Realitäten mit einem Wohlstandsschleier zu überdecken. Spätestens seit dem Aufbrechen der Jugendrevolte ist bewußt geworden, daß es immer mehr Leute gibt, welche diese Augenwischerei nicht mehr mitmachen. Das Gefälle zwischen moralischem Anspruch und den tatsächlichen Zuständen ist zu groß geworden.

### Schweiz – Finanzdreh Scheibe für die Ausplünderung der Dritten Welt

Ausgangspunkt für die Vorbereitung und Durchführung eines „Symposiums der Solidarität“ war die weitverbreitete Beunruhigung über die zunehmend Verschlechterung der sozialen Lage in den Entwicklungsländern, gepaart mit der Einsicht, daß die von hier aus operierenden Großbanken und multinationalen Konzerne sowie die mit ihnen verbündete offizielle Schweiz mitverantwortlich sind für diese Zustände.

Im Gegensatz zu den im Gesetz über die Entwicklungszusammenarbeit festgeschriebenen Grundsätzen wird die staatliche Entwicklungspolitik weitgehend von den Interessen der Exportindustrie bestimmt. Die Schweiz ist fest in das imperialistische Weltsystem integriert und nimmt an dessen Verbrechen direkt teil, profitiert von der Ausplünderung der Dritten Welt und übernimmt als Finanzdreh Scheibe eine nicht unbedeutende Rolle. Wie die Beziehungen der Schweiz zu Entwicklungsländer aussehen, wird anhand von kurzgefaßten Fallbeispielen in einem „Schwarzbuch“<sup>1</sup> dargelegt, welches die Vorbereitungsgruppe des Symposiums aus einer Fülle von Studien zusammengestellt hat.

Ziel des Symposiums in Bern war es dann, die Diskussion zu führen über eine eigenständige Position als Alternative zur offiziellen Entwicklungsdoktrin. Dem Vorhaben war ein voller Erfolg beschieden. An den zwei Tage dauernden Arbeiten beteiligten sich rund 3.000 Personen; sie verstehen Ent-

*Entwicklung  
heißt Befreiung*

*Développement  
est libération*

*Lo sviluppo  
è la liberazione*

*Symposium der Solidarität*

*Symposium de la Solidarité*

*Simposio della Solidarietà*

*Kursaal Bern  
29./30./31. Mai 1981*



wicklung als Prozeß der Befreiung und nicht als eine unter dem Deckmantel der Humanität betriebene „Hilfe für die Exportindustrie“; die Hilfe wird nicht mehr als moralische Frage betrachtet, sondern als eine eminent politische Angelegenheit mit einer starken innenpolitischen Dimension.

Dementsprechend stand im Zentrum der Podiumsdiskussionen, Workshops und Treffen am Symposium auch die Frage, was hier in der Schweiz zu verändern sei, damit die Entwicklungsprobleme grundsätzlich angegangen werden können. Behandelt wurden die Rolle der Schweizer Banken<sup>2</sup> und mögliche Aktionen dagegen, die Kreditpolitik der Schweizer Regierung,<sup>3</sup> der geplante Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IMF)<sup>4</sup> und mögliche Aktionen zu dessen Verhinderung, dann die Frage von Arbeitsplatzverschiebungen und den Aufgaben der Gewerkschaften, die Machenschaften der Schweizer Multis (Nestlé, BBC), der



Export von Nukleartechnologie,<sup>5</sup> Waffenexporte,<sup>6</sup> schließlich der Rassismus im Alltag wie etwa die Darstellung der Dritten Welt in Kinder- und Schulbüchern. Dies und vieles mehr beinhaltet reale Ansatzpunkte zur Schaffung eines neuen entwicklungspolitischen Bewußtseins.

Die Bedeutung dieses Symposiums liegt zweifelsohne im breiten Spektrum, das sich hier zusammenfand: Vertreter von rund 80 entwicklungspolitischen Organisationen, Hilfswerken, Solidaritätskomitees, Arbeitsgruppen in Gewerkschaften und Parteien sowie engagierte und sich betreffende fühlende Einzelpersonen. Dieser Substruktur, die sich längst parallel zu den offiziellen Stellen entwickelt hat, gelang mit dem Symposium ein qualitativer Schritt nach vorne. Gemeinsamer Nenner ist die im Manifest verankerte Absichts-

erklärung.

Ohne den erreichten Konsens schmälern zu wollen, muß hier doch auf die Absenz einer Stellungnahme zur Bewegung der Nichtpaktgebundenen und zu deren Hauptforderung, der Schaffung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung, hingewiesen werden. Noch weniger verständlich ist die völlige Nichtbehandlung der Friedensfrage. Denn Grundvoraussetzung für erfolgreiche Veränderungen, Voraussetzung jeder Entwicklung überhaupt, bleibt die Erhaltung des Weltfriedens.

Der Kampf für friedliche Koexistenz und Entspannung ist untrennbar mit dem Kampf der Entwicklungsländer für politische, wirtschaftliche und soziale Befreiung verbunden. Die ungeheuerlichen Summen, welche heute für Rüstungszwecke

## Entwicklungspolitisches Manifest für die

### Präambel: Was uns betroffen macht

Nach zwei Entwicklungs-Jahrzehnten profitiert in fast allen Ländern der Dritten Welt nur eine Minderheit vom wirtschaftlichen Wachstum. Trotz der Milliarden-Entwicklungshilfe in der Vergangenheit können 50, 60 oder 70% der Menschen in Entwicklungsländern ihre Grundbedürfnisse nicht besser, sondern schlechter befriedigen als vor einem Jahrzehnt.

Einseitige, egoistische Wirtschaftsinteressen diktieren die Nord-Süd-Beziehungen. Davon profitieren in erster Linie die Industrieländer und ihre multinationalen Unternehmungen. Der Prozeß der Marginalisierung der Ärmsten in den Entwicklungsländern verschärft sich. Mehrere hundert Millionen Menschen sind durch das Funktionieren der modernen Wirtschaft „überflüssig“ geworden.

Die offiziell praktizierte Entwicklungshilfe der Schweiz und der anderen Industriestaaten kommt oft nicht an die ärmste Bevölkerung in den Entwicklungsländern heran. Auf den Bund wirken Kräfte ein, die lieber die großen internationalen Entwicklungsbanken unterstützen wollen, statt die Zusammenarbeit mit den Ärmsten zu suchen. Interessengruppen aus der Wirtschaft drängen an die Futterkrippe der öffentlichen Entwicklungsgelder, und ihnen nahestehende Beamte, Diplomaten und Politiker sind ihnen dabei behilflich. Die gängige Politik gegenüber den Entwicklungsländern führt zu Abhängigkeit und zum Verlust der kulturellen Identität.

Ziel der Entwicklung muß eine eigenständige Gesellschaft im Sinne von Selfreliance (Eigenständigkeit; d. Red.) sein. Entwicklung muß ein Prozeß der Befreiung sein: Befreiung von Abhängigkeit vom Ausland und Befreiung von Unterdrückung und Ausbeutung im Inland – Befreiung der Unterdrückten wie auch der Unterdrückter. Zu Beginn des Dritten Entwicklungs-Jahrzehnts erleben wir aber eine brutale Repression gegen alle jene Kräfte, die in ihren Ländern eine Befreiung anstreben: Gegen Landarbeiter-Gruppen, gegen engagierte Gewerkschafter und Arbeiter, gegen Studenten, Priester, Christen, Liberale und so fort. Damit werden gerade jene Kräfte mundtot gemacht und ausgeschaltet, die eine wirkliche und echte Entwicklung tragen können.

Die wirtschaftlich Mächtigen der Schweiz und das Bundesamt für Außenwirtschaft pflegen ihre Entwicklungs-„Zusammenarbeit“ ausgerechnet mit den Unterdrücker-Regimes in Lateinamerika, Südafrika und Ostasien am intensivsten. Damit unterstützt die Schweiz aktiv und direkt Unterdrückung und verhindert aktiv und direkt Befreiung und Entwicklung. (...)

Die Entwicklungsländer und die Menschen in den Entwicklungsländern ernst nehmen heißt: ihre wirtschaftliche, ihre politische, ihre kulturelle Befreiung und ihre Befreiung aus patriarchalischen Machtstrukturen ernst nehmen und unterstützen. Ohne diese Befreiung werden alle Entwicklungshilfe-Milliarden der 80er Jahre verschwendetes Geld bleiben. Ohne soziale Befreiung wird der Feldzug gegen die Armut ein verlorener Kampf sein.

### Absichtserklärung: Was wir für Entwicklung und Befreiung tun wollen

1. Wir wollen für die 80er Jahre eine eigenständige Position in der Entwicklungspolitik formulieren gegenüber jenen Kräften, die „Hilfe“ sagen und „Geschäft“ meinen.

2. Wir sagen Nein zu jener Entwicklungs-Doktrin, die die Entwicklungspolitik in den Dienst der Exportförderung stellt, indem sie z.B. die internationalen Entwicklungsbanken stärker unterstützt. Dagegen fordern wir mehr Kompromißbereitschaft in den multilateralen Verhandlungen über die Neue Weltwirtschaftsordnung,



3. Wir wollen nicht einfach nur mehr Geld vom Staat, sondern wir drängen auf die Realisierung von Reformen, die den Staat nichts kosten und dennoch entwicklungspolitisch hochwirksam sind: Beschränkungen für Kartelle, Verhaltenskodexe für multinationale Konzerne, Abbau der Einschränkungen im Technologie-Transfer, andere Kreditbedingungen des Internationalen Währungsfonds (IMF), usw.

4. Wir arbeiten darauf hin, daß die Schweiz eine internationale Währungs- und Finanzpolitik in Übereinstimmung mit den Zielsetzungen des Gesetzes über die Entwicklungszusammenarbeit betreibt. Wir sehen vor, den schweizerischen Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IMF) gegebenenfalls mit einem Referendum zu verhindern, wenn die Schweiz unsere entwicklungspolitischen Anliegen nicht berücksichtigt. Wir fordern eine internationale Kampagne zur Reform des IMF.

5. Wir planen konkrete Recherchen und Aktionen zu jener Geschäftspraxis schweizerischer multinationaler Konzerne in Entwicklungsländern, die nicht zur Befriedigung der Grundbedürfnisse beiträgt, sondern als Ausplünderungspolitik zu bezeichnen ist.

Wir unternehmen auch Informations-Kampagnen über die entwicklungs- und frauenfeindliche Tätigkeit schweizerischer und anderer Tourismus-Konzerne in der Dritten Welt.

6. Wir planen Aktionen zum Thema Finanzplatz Schweiz und zur Verflechtung der Schweizer Banken mit dem Regime in Südafrika.

7. Wir treten ein für die Solidarität der Schweiz mit dem Unabhängigkeitsstreben der Menschen in der Dritten Welt und unterstützen den Kampf nationaler Befreiungsbewegungen. Wir sind der Meinung, daß jedes Land seinen eigenen Weg ohne ausländische Beeinflussung gehen soll.

8. Wir setzen uns für die Unterstützung des Emanzipationskampfes der Frauen in der ganzen Welt ein. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen ist eine Bedingung für ihre Autonomie.

Der Kampf der Frauen ist ein wichtiger Bestandteil des Befreiungskampfes: Solange Völker ausgebeutet werden, kann keine Rede sein von der Befreiung der Frauen, und solange die Frauen unterdrückt werden, kann nicht die Rede sein von der Befreiung der Völker.

Wir sind davon überzeugt, daß Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Gewalt auf patriarchalischen Machtstrukturen beruhen, die überall in der Welt Frauen von Macht und Einfluß fernhalten. Wir unterstützen daher alle Bemühungen von Frauen und Männern, sich aus



verschleudert werden, fehlen für die Entwicklung der Dritten Welt oder werden zu einem Teil sogar aus ihr herausgepreßt. Gerade die Schweiz mit ihrem politisch neutralen Status könnte und müßte, sofern der entsprechende Druck da wäre, aktive Schritte zur Sicherung des Friedens unternehmen.

Trotzdem: Mit diesem Symposium ist den offiziellen Stellen eine nicht zu unterschätzende Gegenkraft erwachsen. Nicht als organisatorischer Block, sondern als ernstzunehmende Bewegung, welche in den Herzen und Köpfen einer ständig wachsenden Zahl junger Schweizer verankert ist. Von vornherein hatte nicht die Absicht bestanden, die schillernde Vielfalt der entwicklungspolitischen Basisgruppen zu verschmelzen, ebensowenig eine bestimmte parteipolitische

## 80er Jahre

Rollenzwängen zu befreien, die Unterdrücker und Unterdrückte schaffen, und wir unterstützen Anstrengungen, männlich dominierte Machtapparate einzuschränken.

9. Mit den Fremdarbeitern haben wir Menschen bei uns, die die Dritte Welt in unserem eigenen Land verkörpern. Wir setzen uns für die Rechte und die Integration der ausländischen Arbeiter in der Schweiz ein, weil wir überzeugt sind, daß die Solidarität unteilbar ist.

10. Wir unterstützen und propagieren den Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt. Mit diesem Fonds sollen schnell und spontan Streiks, Arbeitskämpfe und Befreiungsaktionen in Entwicklungsländern unterstützt werden, ebenso wie Bewegungen, die sich erst organisieren.

Wir erwarten, daß sich viele entwicklungspolitische Organisationen, Werke und Bewegungen an diesem Fonds tatkräftig beteiligen, der die erste gemeinsame, konkrete Aktion zwischen der Arbeiterbewegung und der Entwicklungsbewegung in unserem Lande zu werden verspricht.

11. Wir bemühen uns, von der Kultur und vom Lebensstil der Völker in der Dritten Welt zu lernen. Wir setzen uns für die Verbreitung von Informationen aus der Dritten Welt bei uns ein. Wir unterstützen die internationalen Bemühungen um eine Neue-Welt-Kommunikations-Ordnung, die das Informationsgefälle zwischen Nord und Süd verringert und für die politische und kulturelle Identität der Entwicklungsländer unerlässlich ist.

12. Wir wissen, daß die Nord-Süd-Frage auch unseren Lebensstil etwas angeht. Wir propagieren ein Konsumverhalten, mit dem jede einzelne und jeder einzelne einen Beitrag zu gerechteren Beziehungen Schweiz – Dritte Welt leisten kann.

13. Wir wollen uns einsetzen für eine Entwicklung bei uns und in der Dritten Welt, die nicht die Natur und ihre Ressourcen zerstört, sondern die langfristig das Überleben und die Entfaltung der Menschheit sichert.

14. Wir bemühen uns um Alternativen zur gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz, damit wir wegkommen vom selbstzerstörerischen Zwang, unsere Überschußproduktion in den Entwicklungsländern anzubieten. Wir brauchen alternative Modelle einer eigenständigen, weniger auslandsabhängigen Entwicklung im eigenen Land.

15. Wir sind der Meinung, daß Arbeitsplatzbeschaffung nie mit Waffenexporten und Nuklearlieferungen nach Entwicklungsländern praktiziert werden darf. Es gibt dazu sinnvolle Alternativen der Beschäftigung in unserem Lande. Man muß sie nur wollen.

16. Wir wollen uns mit Rassismus und Ethnozentrismus im eigenen Land auseinandersetzen und Mittel und Wege suchen, sie zu vermindern. Wir fordern die Revision sämtlicher Geschichts- und Geographiebücher in den Schulen im Hinblick auf rassistische und ethnozentristische Inhalte. Wir unterstützen Aktionen mit dem Ziel, daß in jeder Schul- und Gemeindebibliothek hundert gute Bücher über die Dritte Welt oder aus der Dritten Welt aufgenommen werden.

17. Wir bemühen uns darum, daß die jetzigen Macher der offiziellen entwicklungspolitischen alle Gruppen der entwicklungspolitischen Bewegung, auch die Bürgerinitiativen, Solidaritätskomitees und Emigrantengruppen, ernst nehmen und in den Entscheidungsprozeß einbeziehen. Wir bemühen uns, daß diese Gruppierungen unter sich die Zusammenarbeit und das Vertrauen fördern sowie mit den offiziellen Stellen den kritischen Dialog pflegen. Wir verfolgen das Projekt eines Forums entwicklungspolitischer Organisationen, das zu einem Koordinations- und Austauschorgan in der Entwicklungsbewegung der 80er Jahre werden soll.

Ausrichtung zu fördern. „Wir alle zusammen“, heißt es im Schwarzbuch, „gehören zu einer einzigen Partei: Der Partei derer, die sich für die Befreiung der Armen und Unterdrückten in der Welt einsetzen.“

### Anmerkungen:

- 1) „Schwarzbuch Schweiz – Dritte Welt“, hrsg. von der Vorbereitungsgruppe des Symposiums, Broschur, 48 Seiten, Auslieferung: buch 2000, Postfach 36, CH-8910 Affoltern
- 2) Neben der Bundesrepublik steht die Schweiz an oberster Stelle der Geldgeber für Südafrika. Allein in der Zeit seit 1976 (Aufstand in Soweto) wurden die Investitionen aus der Schweiz an private Kreditnehmer verdoppelt, jene an das Rassistenregime vervierfacht. Heute entfallen 1/3 aller Schulden Südafrikas gegenüber Schweizer Großbanken. Etwa 50-60% des Goldverkaufs von Südafrika wird über den Schweizer Goldpool abgewickelt.
- 3) Kritisiert werden vor allem die Mischkredite, welche die Schweizerische Eidgenossenschaft zusammen mit Privatbanken gewährt. Sie dienen vorwiegend zum Kauf von in der Schweiz hergestellten Produkten und werden ohne jeglichen Skrupel auch an reaktionäre Regimes gewährt, wie jüngst an Marokko und an die Türkei.
- 4) Obwohl Schweizer Großbanken als Geldgeber auftreten, ist die Schweizerische Eidgenossenschaft nicht Mitglied des IMF; ein Beitritt wird jetzt aber sozusagen parallel zu einem allfälligen Beitritt zur UNO von Bundesstellen vorangetrieben.
- 5) Die Firma Sulzer lieferte kürzlich einen Schwerwasser-Reaktor an Argentinien.
- 6) Obwohl 1972 in einer Volksabstimmung beinahe ein totales Waffenausfuhrverbot beschlossen worden ist und seither das Kriegsmaterialgesetz Lieferungen in Spannungsgebiete untersagt, wurden nach Bolivien Mowag-Panzerwagen und nach Bolivien, Chile und Guatemala Pilatus-Leichtflugzeuge geliefert; Mowag verkaufte die Lizenz zur Herstellung von Amphibienfahrzeugen „Piranha“ an Chile. An verschiedenen Kriegsschauplätzen tauchen auch SIG-Sturmgewehre auf.

## Zeitschriftenschau

Südwind, Nr. 3/Juli 1981

Sahara: David gegen Goliath • Marokkos Entwicklungspolitik: Profite für die reichen Grundbesitzer • Westsahara: Militärische oder diplomatische Lösung? • Philippinen: Es wird eine radikale Änderung geben • Entwicklungspolitisches Manifest für die 80er Jahre • Was geht mich meine Bank an? Stoppen wir die Finanzierung der Apartheid • WHO erläßt Babynahrungskodex

Abo: 12,- sFr

Bezug: Südwind, Postfach 661, CH-5001 Aarau

blätter des iz3w, Nr. 94/Juni 1981

Nachrichten und Kurzberichte aus: Tschad, Namibia, Sri Lanka, Malaysia, Costa Rica, Israel, Guatemala, Belize • Energieprobleme eines armen Landes • Besuch in einem Gesundheitszentrum in Kenia • WHO-Kodex gegen Milchmultis • El Salvador: Bericht aus einer „Befreiten Zone“ • Comic „Tourismus aus indianischer Sicht“ • Kolumbien: Interview über Basisorganisation und Militarisierung

Einzelpreis: 4,- DM, Abo. 25,- bzw. 35,- DM

Bezug: IZ3W, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Guatemala-Nachrichten, Nr. 6/August 1981

Außenwirtschaft USA und BRD – zwei Strategien mit dem gleichen Ziel • BRD-Waffenlieferungen an Guatemala • Sprei tot – CIA in Not • Man arrangiert sich: Die Christdemokratie in Guatemala • „Objektive“ Berichterstattung der deutschen Presse • Die „Horn-Connection“: Der Handelskammerpräsident und seine rechten Freunde • Drei Fälle: Nottebohm, Dieseldorf und Sapper • Deutsche Unternehmen in der Franja Transversal

Einzelpreis 2,- DM, Abo. 20,- DM

Bezug: Informationsstelle Guatemala, Maistr. 29, 8000 München 2

Paraguay-Rundbrief, Nr. 31/August 1981

Schwerpunktthema: Wie sie wurden, was sie sind: Campesinos in Paraguay • Presse-Echo • Ein Campesino erzählt

Einzelpreis 2,50 DM, Abo. 15,- bzw. 25,- DM

Bezug: Inge Gräfe, Sandbergstr. 45, 6100 Darmstadt

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 95/Juli 1981

Bericht der Nord-Süd-Kommission: Der Mythos der einen Welt • Mexiko: Atomare Kraftmeierei • El Salvador: Salvadorensische Flüchtlinge • Nicaragua: Strafvollzug • Jamaika: Rückkehr zum Internationalen Währungsfonds • Grenada: Zeitungsbeschlagnahmung warum? • Argentinien: Streik gegen Arbeitsplatzabbau • Bolivien: Alles beim Alten • Chile: Kultur und Widerstand; Paradies der Spekulanten • BRD: Chilenische Militärs überwachen Kieler Wertarbeiter • Argentinien: Waffenhandel • Kuba: Interview • Nicaragua: Kampf um Gesundheit

Einzelpreis: 3,- DM, Abo. 35,- DM

Bezug: FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

ila-info, Nr. 48/Juli 1981

Schwerpunkt: Brasilien – PT, Die Neue Arbeiterpartei • Kolumbien: „... die verschiedenen Basisaktivitäten vereinen“ (Interview); Der Indianerrat des Cauca und die kolumbianische Regierung • Waffenexport: Israels lukrativstes Geheimnis • El Salvador: Die Stimme der Revolution ertönt aus Morazan • Chile: Hugo Riveros ermordet • Länder- und Kampagnen-nachrichten

Einzelpreis 2,50 DM, Abo. 25,- bzw. 30,- oder 35,- DM

Bezug: Ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Solidarität, Nr. 56-57/April-Mai 1981

Brasilien: Fluchtgelder auf Schweizer Banken • Basis in Lateinamerika: Und sie bewegt sich doch • Agrarreform in Paraguay? • Der Andenpakt • Brief an Reagan • Schweizer Interessen in Bolivien • Bolivianer sprechen • Frieden – Freiheit – Willy Brandt • UNO-Banken-Seminar • Dossier Schweiz-Trikont

Einzelpreis 2,50 sFr, Abo. 20,- bzw. 30,- sFr

Bezug: SKAAL, Postfach 2009, CH-4001 Basel



## Vor 25 Jahren: Gründung der PAIGC

1956: „Afrika gärt“, kommentieren Beobachter den intensiver gewordenen Kampf der Völker Afrikas gegen die koloniale Unterdrückung. Großbritannien, Frankreich, schließlich Spanien und selbst Belgien werden nach und nach gezwungen, „ihren“ Kolonien die Unabhängigkeit zuzugestehen.

Einzig Portugal, vor 500 Jahren Begründerin des ersten modernen kolonialen Weltreichs, inzwischen zur drittgrößten Macht heruntergekommen, beherrscht von der faschistischen Salazar-Diktatur, verweigert jedes Nachgeben. Der Grund: Portugals international kaum konkurrenzfähige Wirtschaft vermag sich nur zu halten, indem sie die zu Schleuderpreisen aus den eigenen Kolonien bezogenen Waren zu Weltmarktpreisen weiterverkauft. Das galt auch für die beiden ältesten – und zugleich ärmsten – afrikanischen Kolonien Portugals, das 1446 von Seefahrern erreichte Guinea-Bissau und die vorgelagerte Inselgruppe der Kapverden (1456 „entdeckt“), die beide durch Besiedlung, wirtschaftliche und administrative Gemeinsamkeiten verbunden sind.

Erst im Rahmen der Berliner „Kongo-Konferenz“ 1884/85 waren die Grenzen Guinea-Bissaus, das im 18. Jahrhundert als Umschlagplatz für den französisch-britischen Sklavenhandel eine Rolle gespielt hatte, festgelegt worden. Bis 1936 hatten die Portugiesen jedoch zu tun, das kleine Land zu unterwerfen; Aufstände in den Jahren 1908, 1917 und zuletzt 1936 zeugten vom Freiheitswillen des kleinen Volkes (1976: 600.000 Einwohner).

Doch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verelendung (z.B. 99% Analphabetismus, ein Arzt auf 100.000 Einwohner), keineswegs auf Guinea-Bissau und die Kapverden beschränkt, waren auch Motivation für das Entstehen einer neuen Widerstandsbewegung. Sie wurde initiiert von jener kleinen Gruppe Afrikaner, welche die Kolonialmacht auf ihren Universitäten zu einer angepassten („assimilados“) Elite heranziehen wollte.

Eine dieser Organisationen war die antikoloniale Bewegung MAC in der sich als Studenten die späteren Führer der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien zusammenfanden. 1965 erinnerte sich der 1924 geborene Amilcar Cabral auf einer Konferenz: „Unter uns sind Agostinho Neto, Mario de Andrade (MPLA), Marcelino dos Santos (FRELIMO), Vasco Cabral (PAIGC) und Dr. Mondlane (FRELIMO). Wir alle begannen in Lissabon ... diesen schon so langen Marsch zur Befreiung unserer Völker.“

Namentlich der Einfluß Amilcar Cabrals als Theoretiker und als politischer Führer im Befreiungskampf läßt sich kaum überschätzen. Auf der Basis einer marxistischen Analyse des portugiesischen Kolonialismus und der Klassenverhältnisse in den Kolonien entwickelte er die Grundsätze der Organisation des Befreiungskampfes, die für die revolutionären Befreiungsbewegungen in Guinea-Bissau wie in Angola, Moçambique oder auf Sao Tomé-Príncipe bestimmend werden sollten.

Zum einen betraf dies die Rolle der (kleinbürgerlichen) Intelligenz als politisch führender Kraft innerhalb der Befreiungsbewegung, deren physische Hauptkraft die bäuerliche Bevölkerung bildet, orientiert jedoch an der Ideologie der revolutionären Arbeiterklasse. Zum anderen verstand A. Cabral unter dem nationalen Befreiungskampf nicht allein die Befreiung vom Kolonialismus: Er „ist nicht zu Ende, wenn die Flagge gehißt und die Nationalhymne gespielt wird“, sein Ziel

war für Amilcar Cabral die sozialistische Entwicklung.

Am 19. September 1956 vereinigten sich auf seine Initiative hin einige kleine Widerstandsgruppen zur Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus und der Kapverden (PAIGC). Sie gab sich ein Programm mit den Kernpunkten: nationale Unabhängigkeit für beide Gebiete, Abzug der Kolonialtruppen, Bildung einer demokratischen Republik, wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt. Ihre ersten Aktionen waren Streikaufrufe. Am 3. August 1959 – die PAIGC zählte gerade 50 Mitglieder – kam es zu einem Streik der Hafendarbeiter von Pijiguti. Das portugiesische Militär schoß in die Menge, über 50 Menschen wurden getötet.

Die Partei überprüfte im September 1959 ihre Politik. A. Cabral: „Der Mangel an Erfahrung ließ uns glauben, in den Städten mit Hilfe von Streiks und anderen Aktivitäten kämpfen zu können, aber wir irrten uns, und die Realität bewies uns, daß dies nicht möglich war. (...) Damals begannen wir, uns auf den bewaffneten Kampf vorzubereiten und beschlossen, auf das Land vorzudringen.“ Es dauerte freilich noch längere Zeit, bis die PAIGC sich unter der ländlichen Bevölkerung eine Basis schaffen konnte. Die Unterstützung der benachbarten Republik Guinea sollte sich als wesentliche Voraussetzung dafür erweisen, daß die PAIGC am 1. Januar 1963 eine Kampffront im Süden der Kolonie eröffnen konnte. Bereits 1964 – ihre militärische Stärke belief sich auf etwa 2.000 Kämpfer – wurden die Bewaffneten revolutionären Volksstreitkräfte (FARP) als reguläre Truppe gebildet.

Die PAIGC verzeichnete rasch wachsende Erfolge. 1964 konnte sie ihren ersten Kongreß in befreitem Gebiet abhalten, 1968 waren 2/3 des Landes befreit und auch auf den Kapverden fanden Aktionen statt. Entscheidend für diese nur aus der breiten Unterstützung durch die Bevölkerung erklärlichen Erfolge – Portugal setzte 40.000 Soldaten gegen die PAIGC ein – war die Politik in diesen Gebieten. Ackerbau, Handel, Schulen, Gesundheitsversorgung und politische Schulung – die PAIGC organisierte das Leben der Menschen nach demokratischen Grundsätzen und in kollektiven oder kooperativen Formen. Erstmals waren die Unterdrückten und Ausgebeuteten Gestalter ihrer eigenen Geschicke. Die befreiten Gebiete waren die Keimzellen des künftigen freien Guinea-Bissau.

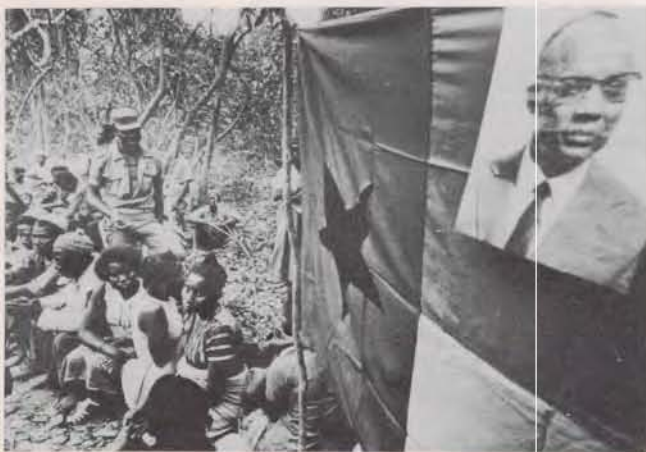
Schon 1920 wurde ein Zirkel mit Namen Liga Africana in Lissabon gegründet, ähnliche Vereinigungen von Intellektuellen, die sich aus politischen Gründen (wegen der Allgegenwart der von der Gestapo trainierten Geheimpolizei PIDE) wie um der möglichen Rolle des Gegenstandes willen selbst mit Kultur beschäftigten, wurden nach dem 2. Weltkrieg gebildet. Untereinander wurden in engem Kontakt mit der illegal kämpfenden Kommunistischen Partei Portugals, zunehmend deutlicher die politischen Forderungen diskutiert und formuliert.

Doch die PAIGC begriff ihren Kampf nie isoliert. Der Feind waren nicht die portugiesischen Soldaten, sondern der Kolonialismus und hinter diesem der Imperialismus, auf den sich Portugal militärisch, wirtschaftlich und politisch stützte. Auf der Seite der PAIGC stand die internationale Solidarität der afrikanischen Staaten, der sozialistischen Länder, der Solidaritätsbewegungen; sie selbst koordinierte ihren Kampf mit dem der anderen Befreiungsbewegungen MPLA (Angola), FRELIMO (Moçambique) und MLSTP (Sao Tomé-Príncipe) und erklärte ihre Solidarität mit allen revolutionären Bewegungen.

1972 wählten die Menschen in den befreiten Gebieten eine Nationale Volksversammlung, ein Jahr darauf, am 24. September 1973, wurde die Unabhängigkeit proklamiert. Auch die Ermordung Amilcar Cabrals im Januar 1973 durch portugiesische Agenten hatte den Prozeß nicht mehr entscheidend aufhalten können. Die Anerkennung durch die UNO im November 1973 machte auch international deutlich, daß der Sieg näher rückte. Der portugiesische Kommandeur Spínola zog aus dieser Erfahrung den Schluß, sich auf die Seite der Kräfte zu stellen, die am 25. April 1974 das faschistische Regime in Portugal stürzten.

Die Anerkennung der Unabhängigkeit durch Portugal am 26. August 1974 – am 10. September 1974 in Guinea-Bissau ausgerufen, jedoch abgetrennt von den Kapverden, die am 6. Juli 1975 unabhängig wurden – markierte das Ende einer Etappe des Freiheitskampfes. Auf ihrem dritten Kongreß (1977) bestätigte die PAIGC ihre sozialistische Orientierung und ihr Ziel, die nationale Einheit zwischen Guinea-Bissau und den Kapverden herzustellen. Der Putsch innerhalb der PAIGC im vergangenen Jahr setzt die Partei einer Belastungsprobe aus, die sie noch im Geiste ihrer 25jährigen Kampftradition zu bewältigen haben wird.

J. Ostrowsky





## Palästina im Widerstand

Aktuell gehaltene Darstellungen zur Lage und zum Widerstandskampf des arabischen Volkes Palästinas sind im deutschsprachigen Raum selten. Insbesondere fehlte es bis Ende der 70er Jahre an authentischen Selbstdarstellungen der palästinensischen Befreiungsbewegung und an einer Zusammenschau von israelischer Besatzungspolitik und Volkswiderstand im 1967 okkupierten Westjordangebiet (Westbank) und Gazastreifen. Beide Lücken wurden geschlossen mit

Abu Ijad, Heimat oder Tod. Der Freiheitskampf der Palästinenser. Mit einem Vorwort und unter Mitarbeit von Eric Rouleau, Econ Verlag, Düsseldorf/Wien 1979, 320 Seiten, 19,80 DM und Jan Metzger/Martin Orth/Christian Sterzing, Das ist unser Land. Westbank und Gaza-Streifen unter israelischer Besatzung, Lamuv Verlag, Bornheim-Merten 1980, 320 Seiten, 14,80 DM.



Für zwei der Autoren war die Arbeit an „Das ist unser Land“ ein Stück „persönliche Vergangenheitsbewältigung“. Sie lebten und arbeiteten für die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienst über ein Jahr in Israel und den besetzten Gebieten, ohne die zionistische Mär von der „liberalsten Besatzungsmacht der Welt“ bestätigt zu finden. Stattdessen begegneten sie in der Westbank (einschließlich Ostjerusalem) und im Gazastreifen tagtäglich Unterdrückungs- und Ausbeutungspraktiken der israelischen Militäradministration. Das machte betroffen.

Gelungen ist J. Metzger/M. Orth/C. Sterzing der Versuch, durch das Kombinieren von Situationsbeschreibungen und Analyse, von Dokumenten- und Interview-Ausschnitten ein lebendiges Bild der Besatzungsszenerie zu zeichnen. Es beginnt mit der Schilderung des Alltags in Ramallah, Hebron und anderen Orten der Westbank, mit dem Tenor: „Jeden Palästinenser kann es treffen.“ „Es“ meint die Repressionsmaschinerie und Siedlungspolitik der Okupanten: „In fast jedem Gespräch, das wir in den besetzten Gebieten führten, ist die Siedlungspolitik der israelischen Regierung das erste Thema. Jeder Palästinenser fühlt sich davon betroffen, auch wenn es nicht sein Boden ist, den man für eine Siedlung genommen hat. Daß Israelis heute in den seit 1967 besetzten Gebieten auf palästinensischem Boden siedeln und palästinensische Bauern verdrängen, ruft die alte Erfahrung wach. Daran messen sie den Charakter der Besatzung: Wer Häuser baut und Bäume pflanzt, wird bleiben. Jede Siedlung ist ein Schritt zur Errichtung der Herrschaft Israels auch im Rest von Palästina.“ (S.19/20)

Die Autoren schließen eine Bestandsaufnahme der zionistischen Siedlungsexpansion seit 1967 in der Westbank (über 100 Neusiedlungen) und in Gaza (12) an. Sie stellen die offiziellen Legitimationsversuche und Annexionspläne vor. Sie beschreiben detailliert, auf welche Art die militärische Besatzung sich in der Entrechtung der palästinensischen Bevölkerung (politische Unterdrückung, Verbannung, Folter usw.) und wirtschaftlicher Abhängigkeit niederschlägt. Sie verdeutlichen, was an sozialen Veränderungsprozessen hieraus resultiert und welche unterschiedlichen politischen Folgen dies hat: „In der Westbank hat die Proletarisierung von Bauern und Kleinbürgern ein großes Protestpotential gegen die israelische Besatzung geschaffen und gleichzeitig die Machtbasis der traditionellen Führer (Großgrundbesitzer; d. Verf.) geschwächt... Die soziokulturellen Veränderungen kulminierten 1976 im Austausch der traditionellen Führer durch eine neue politische Elite (bei den Gemeinderatswahlen; d. Verf.)... Die Zusammensetzung der politischen Elite spiegelt deutlich die wirtschaftlichen Veränderungen unter der Besatzung wider: Die Nationale Front (PNF), die mit ihren Listen im April 1976 einen erd-schichtartigen Wahlsieg errang, ist ein breites Bündnis zwischen Klein-

bürgern, Industriellen und Arbeitern – den Gruppen, die unter der Besatzung verloren oder zumindest nicht gewonnen haben. Die neue Führungsgruppe hat einen breiten Rückhalt in Vereinen, Berufsverbänden und Gewerkschaften... Dagegen blieb es im Gaza-Streifen bis auf die Aktionen der Fedayin in den ersten Jahren der Besatzung vergleichsweise ruhig. Obwohl sich das Gebiet auch unter israelischer Besatzung befindet, kam ein breites Bündnis von Gruppen, die sich dagegen zur Wehr setzten, niemals zustande... Im Gaza-Streifen scheint die Macht der traditionellen Führer ungebrochen.“ Dennoch zeigten auch sie sich heute nicht „bereit oder in der Lage“ zur Kollaboration mit Israel, hätten sie doch „keine soziale und erst recht keine politische Basis“. (S. 130-133)

Voller neuer Informationen ist bei J. Metzger/M. Orth/C. Sterzing auch der Teil über die Entwicklung der palästinensischen Widerstandsbewegung in den besetzten Gebieten. Sie zeigen, wie es das jordanische Hussein-Regime vermochte, die Massenverankerung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) bis 1972/73 in der Westbank abzublocken und wie sich dies nach der Gründung der Palästinensischen Nationalen Front (PNF) vom August 1973 schlagartig änderte. Den PNF-Triumph bei den städtischen Gemeinderatswahlen 1976 sehen sie zurecht als Durchbruch an. Mit der PNF begannen sich erstmals auch Gemeinsamkeiten im politischen Kampf der Westbank und des Gazastreifens herauszubilden, die im Oktober 1978 in die Schaffung des Koordinationsorgans Komitee der Nationalen Führung (KNF) einmündeten. Die Autoren veranschaulichen inwieweit das KNF, das als Reaktion auf Sadats Separathandel in Camp David (September 1978) entstand, über das Bündnis der Nationalen Front hinausreicht und es möglich machte, den Einfluß des Widerstands auch auf die ländlichen Gebiete auszuweiten.

Fraglich erscheint hier allerdings die Feststellung der Autoren, die Auseinandersetzung in den besetzten Gebieten verliefen seit der „Versöhnung (? ; d. Verf.) zwischen Al Fatah und Hussein ... zwischen einem progressiven und einem konservativen Lager, das heute die Vertreter der Fatah und die einst als pro-jordanisch geltenden traditionellen Führer vereint“. (S. 229) Dem widerspricht schon der im Anschluß daran widergegebene PLO-Diskussionsprozeß über die Forderung eines unabhängigen palästinensischen (Teil-) Staates in den okkupierten Gebieten, wo die stärkste PLO-Organisation Al Fatah und die Demokratische Front korrekterweise als Hauptverfechter einer Zwischenlösung (Teilstaat-Konzeption) seit 1974 dargeboten wird. (S. 241-247)

Die Verknennung der antiimperialistisch-progressiven Potenz der Fatah vermag freilich den hervorragenden Gesamteindruck dieses Buches nicht zu schmälern. „Das ist unser Land“ ist zum Verständnis der Situation in und um Palästina unentbehrlich.

Dieses Prädikat trifft auch für „Heimat oder Tod“ von Abu Ijad (Salah Khalaf) zu. Der Autor, Mitbegründer und Zentralkomitee-Mitglied der Fatah (deren Nachrichtendienst er seit 1970 leitet), liefert in einem fesselnden und streitbaren Bericht die erste authentische Selbstdarstellung einer Führungspersönlichkeit der palästinensischen Befreiungsbewegung. A. Ijad beschreibt die Periode 1948 bis 1978, einsetzend mit der Vertreibung seiner Familie aus Jaffa am Tage vor der Proklamation des Staates Israel. Höchst aufschlußreich sind seine Schilderungen über die Gründung und komplizierte Kampfführung der Fatah, die Profilierung der PLO nach ihrer Übernahme durch die Guerillabewegung (Fedajin) Ende der 60er Jahre, die Erfahrungen der Bürgerkriege in Jordanien (1970/71), dem Libanon (1975/76) und des Oktoberkrieges 1973, bis hin zur Formierung der Arabischen Standhaftigkeitsfront 1977/78.

„Heimat oder Tod“ legt dabei Zeugnis ab über den politischen Reife-prozeß, den der palästinensische Widerstand durchlaufen hat. Besonders sei hier auf die Skizzierung der Startphase der PLO (S. 67ff.) und die bahnbrechende Strategie-Diskussion innerhalb der PLO im Anschluß an den Oktoberkrieg (S. 193ff.) verwiesen. A. Ijad spricht dabei freimütig über Rückschläge, Enttäuschungen und Fehler. Und er plädiert dafür, den Kampf auf die baldigstmögliche Errichtung eines „palästinensischen Ministaates“ in den befreiten Gebieten der Westbank und des Gazastreifens (S. 312/313) zu konzentrieren.

Abu Ijads Fazit: „Ich gestehe ganz offen: Ich glaube nicht, daß es meiner Generation vergönnt sein wird, die Geburt eines unabhängigen palästinensischen Staates noch zu erleben, und sei es nur auf einem winzigen Teil Palästinas... Es besteht kein Zweifel, daß die Palästinenser ihren Kampf unerbittlich fortsetzen werden, was immer auch geschehen mag. Dies liegt in der Natur der Sache. Wir sind entschlossen, als Nation zu überleben. Eines Tages werden wir eine Heimat haben.“ (S.315)

W. Bröner



# Unser Ziel 1981/82: Tausend neue Abonnenten!

Gegenwärtig hat das AIB etwa 4500 Abonnenten. Die Standardauflage liegt – je nach der Brisanz des Schwerpunktthemas der Hefte – bei 5000 bis 8000 Exemplaren. Wir sind damit die meistgelesene Monatszeitschrift zur Dritten Welt in der Bundesrepublik. Ein gutes Ergebnis, meinen wir, aber dennoch kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Wir wollen mehr. Mehr Leser. Und vor allem: Mehr Abonnenten! Denn ein kontinuierlicher Abonnentenzuwachs ist die wichtigste Grundlage für die Fortsetzung der erfolgreichen Aufwärtsentwicklung unserer Zeitschrift. Die positive Entwicklung der Abonnentenzahlen in den ersten Monaten 1981 hat uns veranlaßt, uns ein ganz konkretes Ziel zu stecken: Tausend neue AIB-Abonnenten bis zum Sommer 1982!

## Appell an unsere Leser: Helft mit – werbt neue AIB-Abonnenten!

Wir wissen: Ohne die tatkräftige Mithilfe unserer Leser werden wir dieses hochgesteckte Ziel nicht erreichen können. Denn wir verfügen weder über einen umfangreichen Werbeetat noch über einen Stamm finanzkräftiger Inserenten. Auch einen kostspieligen Vertrieb über die kommerziellen Kiosknetze könnten wir uns nicht leisten, ohne den Verkaufspreis drastisch zu erhöhen. Deshalb unser Appell: Helft mit! Verbreitet das AIB in Eurem Bekanntenkreis! Bringt das AIB bei Aktionen im Freiverkauf unter die Leute! Werbt neue Abonnenten für das AIB!

## Es lohnt sich, AIB zu lesen

Was das AIB taugt, können unsere Leser am besten beurteilen. Sie sind folglich auch am besten dazu in der Lage, andere davon zu überzeugen: Es lohnt sich, AIB zu lesen! Viele unserer Leser sind dieser Meinung. Wir wissen das aus den Ergebnissen unserer Leserumfrage von Ende 1980.

Wer AIB liest,

- weiß, was los ist an den Brennpunkten der Weltpolitik;
- verfügt über authentische Hintergrundinformationen und Dokumente zum Befreiungskampf in Afrika, Asien und Lateinamerika;
- ist informiert über die neokolonialistische Politik der Westmächte, Fragen der Unterentwicklung usw.



## Unser Angebot:

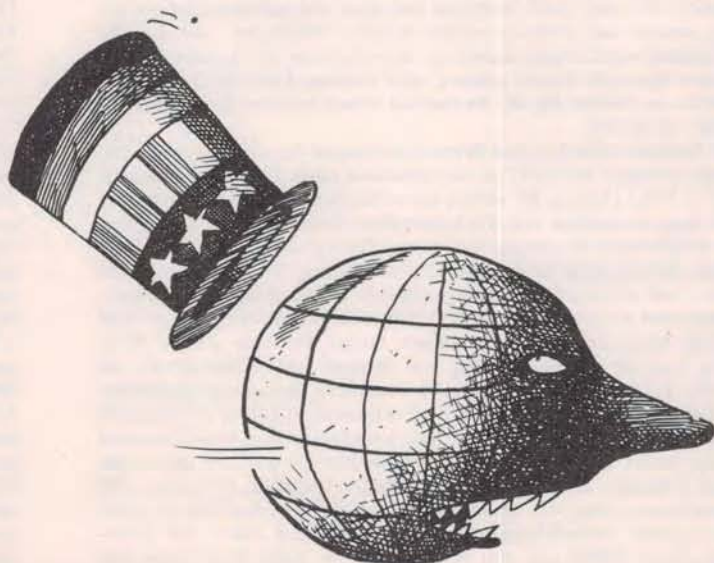
### Gratishefte für Neuabonnenten!

Ab sofort erhält jeder, der das AIB für mindestens ein Jahr abonniert, unser Sonderheft 1/1981 „Arbeiter- und Befreiungsbewegung im antiimperialistischen Kampf“ zur Berliner Konferenz gratis. Damit spart er 4 DM! Das Sonderheft gibt anhand von Originalbeiträgen einen zusammenhängenden Überblick über die Positionen nationaler Befreiungsbewegungen und revolutionärer Parteien in Entwicklungsländern.

### Buch- und Schallplattenprämien für die Werber!

Gleichzeitig läuft unsere Aktion „Abonnenten werben Abonnenten“ (siehe Beiheftung in der Mitte dieses Heftes) weiter. Das heißt: Jedem AIB-Leser, der einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, stellen wir kostenlos eine Buch- oder Schallplattenprämie nach eigener Wahl zur Verfügung. Oder auch das Sonderheft 1/1981. Wir können dies, weil die meisten bei uns inserierenden Verlage einen Teil der ihnen entstehenden Anzeigenkosten durch die Lieferung von Büchern bzw. Schallplatten aus ihrem Angebot begleichen.

## Den Yankees Saures geben – das AIB stärken!





## Spendensammlung für die Westsahara

Zur Finanzierung des Drucks von zwei Schulbüchern für die sahraouischen Schulen in den Flüchtlingslagern (jeweils 5.000 Auflage) ruft die Gesellschaft der Freunde des Sahraouischen Volkes (GFSV) zu tatkräftiger Unterstützung durch Spenden auf. Der Anfangserfolg ist vielversprechend: Mit über 3.000 DM sowie einer Spendenzusage von Terre des hommes über 6.000 DM ist das erste Buch finanziert. Überweisungen gehen an: Konto Nr. 55341, Bremische Volksbank (BLZ 291 900 24), Kinderhilfe Sahara, Kennwort „Bücher für die Lagerschulen“. Unterstützung bei der Solidaritätsarbeit und beim Sammeln leistet ein Dia-Vortrag über den Westsahara-Konflikt (auf Wunsch mit Kommentar-Kassette). Anzufordern bei: Gloria Roncero, Liegnitzstr. 38, 2800 Bremen, Tel. 0421/611491.

## Unterschriftenaktion des Marokkanischen Arbeiterbundes

Der Marokkanische Arbeiterbund in der BRD e.V. (MAB), der im März 1981 gemeinsam mit seinen Bruderorganisationen in Frankreich, Belgien und Holland eine Gemeinsame Charta der Demokratischen Assoziationen Marokkanischer Arbeiter in Westeuropa verabschiedete, richtete nach dem Juni-Massaker von Casablanca (siehe Kurzinformationen) einen Solidaritätsappell „an alle humanen und demokratischen Kräfte“. In einer Unterschriftenaktion des MAB wird u.a. gefordert: „Freiheit für alle politischen Gefangenen in Marokko; keine Verletzung der demokratischen Rechte der fortschrittlichen Parteien, Gewerkschaften und Jugend- und Studentenverbände in Marokko; Beendigung des reaktionären Krieges in der Westsahara.“ Unterschriftenlisten und/oder die Charta der Marokkanischen Arbeiter (Preis 3,50 DM) sind zu beziehen bei: Marokkanischer Arbeiterbund, Kölner Str. 170, 4000 Düsseldorf.

## Südafrika-Postkarten der AAB

Gegen die Geschäftsführerin der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Ingeborg Wick, hat die Bonner Polizei inzwischen Strafanzeige wegen „Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte“ erstattet. I. Wick war bei einer Demonstration anlässlich des 20. Jahrestages der „Republik Südafrika“ vorübergehend verhaftet worden (siehe AIB 7-8/1981, S. 76). Sie hatte sich geweigert, der Polizei ein Schild mit der Aufschrift „Keine Zusammenarbeit mit den Mördern von Mahlangu“ auszuhändigen. Angesichts des nun drohenden Prozesses führt die AAB eine Postkartenaktion durch, die sich zugleich auch gegen die Teilnahme des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Lautenschläger, an den Feierlichkeiten der südafrikanischen Botschaft richtet und die Bundesregierung auffordert, unverzüglich die Internationale UN-Konvention über die Verfolgung und Bestrafung des Apartheid-Verbrechens zu unterzeichnen. Postkartenvordrucke können bei der AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn, angefordert werden.

## Nicaragua-Materialien

Zahlreiche Beiträge zu Ergebnissen und Problemen der Alphabetisierungskampagne in Nicaragua finden sich in der Broschüre „Die Buchstaben der Revolution, Alphabetisierung in Nicaragua: Erfahrungen“, die beim Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal erschienen ist. Ebenfalls zu Nicaragua erhältlich ist eine Dia-Serie, die D. Krüger, Goebenstr. 16, 5600 Wuppertal 1, Tel. 309273, anlässlich einer Reise durch Nicaragua zusammenstellte.

## Broschüre BRD-Südafrika

Der Arbeitskreis Afrika, Münster, erstellte eine Broschüre „Wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika“. Auf 53 Seiten gibt sie einen Überblick über die ökonomischen Beziehungen (Investitionen, Kredite usw.), Probleme des EG-Kodex, nukleare Zusammenarbeit, die Boykottdebatte, dazu einige Aktionstipps.

Bezugsadresse: AKAARIK Münster, An den Mühlen 25, 4400 Münster. Preis: DM 2,50 (ab 5 Exemplaren 2 DM).

## Guatemala-Buch


Bei der Informationsstelle Guatemala (Friedrichstr. 25, 8000 München 40) erhältlich ist ein Gedichtband mit Werken des guatemalteckischen Dichters Otto Rene Castillo. Preis 6 DM. Der Autor, „der nicht nur mit Worten kämpfte, sondern auch mit der Waffe in der Hand“, war selbst in der Guerillagruppe Streitkräfte der Rebellen (FAR) aktiv, ehe er im März 1967 von Spezialeinheiten der guatemalteckischen Armee gefangen, gefoltert und schließlich bei lebendigem Leibe verbrannt wurde.

## Dritte-Welt-Medien contra Hollywood

Als Nr. 5 seiner Reihe „Medien edition“ hat der CON-Vertrieb eine Broschüre mit dem Titel „Dritte Welt contra Hollywood“ herausgebracht. Die Publikation mit einem Umfang von 75 Seiten gibt an Hand von Interviews mit prominenten Filmemachern aus Lateinamerika, Afrika und Asien einen komprimierten Überblick über das Selbstverständnis, die Aktivitäten und den Stand der Filmproduktion in der Dritten Welt. Für 8 DM kann die Broschüre bezogen werden bei: CON-Vertrieb, Postfach 106545, 2800 Bremen.

## Aktuelle Buchtipps

In dem soeben erschienenen Buch des ehemaligen CIA-Agenten Philip Agee, CIA gegen El Salvador, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1981, 224 S., 14,80 DM wird das Weißbuch der Reagan-Administration zur angeblichen „kommunistischen Einmischung“ in El Salvador als grobe Fälschung ausgewiesen. Voll dokumentiert werden das US-Weißbuch vom Februar 1981 selbst und das sog. „Dissent-Paper“ aus den Reihen der Carter-Administration vom November 1980. Hermann Kohn, El Salvador/Nicaragua. Aufstand im US-Hinterhof, Weltkreis Verlag, Dortmund 1981, 191 S., 9,80 DM enthält Gespräche, Berichte und Erlebnisse einer Reise nach Mittelamerika; dazu Kapitel aus der Geschichte El Salvadors, zur Rolle der USA sowie der Stellung der bundesdeutschen Parteien im Kampf um El Salvador. Ein dokumentarischer Bericht aus der Sicht eines Priesters ist das Buch Placido Erdozain, San Romero de America, Jugenddienst Verlag, Wuppertal 1981, 124 S., 9,80 DM. Der Autor beschreibt die Arbeit der Basisgemeinden und dokumentiert die Rolle des Erzbischofs im Kampf gegen die Diktatur in El Salvador und deckt die Hintergründe zu seiner Ermordung im Jahre 1980 auf.



NA NICARAGUA AKTUELL

Erscheint monatlich

**ZEITSCHRIFT FÜR NICARAGUA, EL SALVADOR UND MITTELAMERIKA**

NA-Nr.11, April 81:  
Reisebericht- Erwachsenenbildung-Auslandsverschuldung-Frauen in El Salvador-Belize- Indioquerrilla in Guatemala- Kaffeeboykott

NA-Nr.12, Mai 81:  
Militärische Aggression gegen Nicaragua?-Somoza-Guardia in den USA-Gespräch mit Ex-CIA-Agent Philipp Agee- Costa Rica-Cuba- Solidaritätsarbeit

Ich bestelle (bitte ankreuzen):

NA-Solidaritätsabo/s (6Hefte, 20DM)
  NA-Normalabo/s (6Hefte, 12DM)

Name: ..... Bitte ausfüllen und senden an:

Adresse: ..... 'MAGAZIN VERLAG  
KÖNIGSWEG 7  
2300 KIEL 1

Datum, Unterschrift: .....



## Iran

Am 28. Juli d.J. floh Abolhassan Bani-Sadr, der nach seiner Amtsenthebung am 21. Juni d.J. durch das Parlament und Ayatollah Khomeini erfolglos eine Boykott-Bewegung gegen die Präsidentschafts-Neuwahlen zu organisieren versuchte, gemeinsam mit Volksmohajedin-Führer Massoud Rajawi nach Frankreich. Ihr erklärtes gemeinsames Ziel ist nichts weniger als „Khomeini zu stürzen“, dem Bani-Sadr eine Unterstützung von allenfalls noch 15% der iranischen Bevölkerung zubilligen mochte. M. Rajawi ernannte er zum Premierminister seiner sog. Exilregierung.

Die Ereignisse der letzten Wochen zeigen indessen eher eine zunehmende Isolierung der um Bani-Sadr gescharten gegenrevolutionären Gruppierungen (liberale Bourgeoisie, Großgrundbesitzer, ultralinke Kräfte u.a.) an: Als Antwort auf das Bombenattentat auf die Zentrale der Islamisch-Republikanischen Partei (IRP) am 28. Juni 1981, bei dem ihr Generalsekretär Ayatollah Hossein Beheshti und weitere 73 Führungskader der Regierungspartei ermordet wurden, gingen Millionen Iraner auf die Straße. Bei der Präsidentschaftswahl vom 24. Juli d.J. erhielt der IRP-Kandidat, der vorherige Ministerpräsident M. Ali Rajai, rund 90% der Stimmen (Bani-Sadr hatte 1980 rund 75% erreicht) und auch absolut mehr Fürstimmen (über 11 Mio) als sein Vorgänger. Staatspräsident Rajai ernannte mit M. Javad Bahonar den neuen IRP-Generalsekretär zum Ministerpräsidenten.

Die Volksmohajedin, die Ende Juni d.J. zum bewaffneten Kampf gegen Khomeini und die IRP aufgerufen hatten, und die maoistische Organisation Peykar werden von den Revolutionsorganen als Hauptakteure der fortwährenden Attentate gegen Repräsentanten der Revolutionsorgane verantwortlich gemacht. Sie sind daher in erster Linie von Verhaftungen und Exekutionen (darunter Volksmohajedin-Führer Saadati) betroffen. Ob die progressiv-antimperialistische Tendenz innerhalb der islamischen Bewegung gestärkt aus diesen Auseinandersetzungen hervorgehen und welche Prioritäten die neue Regierung Bahonar setzen wird, bleibt abzuwarten.



Ermordeter IRP-Führer Beheshti

## Kampuchea

Die UN-Sondervollversammlung über Kampuchea vom Juli d.J., an der 93 Regierungen teilnahmen, endete mit einem Ergebnis, das selbst der abgehalfterte Prinz Sihanouk als unverhüllte Hilfe für Pol Pot/Ieng Sary bezeichnet hat. Von der Regierung Heng Samrin in Phnom Penh ist das Konferenz-Ergebnis, in dem Vietnam u.a. zum sofortigen Rückzug seiner Truppen aus Kampuchea aufgefordert wird, als „null und nichtig“ bezeichnet worden.

Die UN-Konferenz, an der mit Vietnam, Kampuchea, Laos und der Sowjetunion entscheidende Länder nicht teilnahmen, förderte Differenzen zwischen der ASEAN-Gruppe und der VR China zutage: Die ASEAN-Länder hatten vorgeschlagen, als Voraussetzung zur Abhaltung „freier Wahlen“ alle in Kampuchea operierenden militärischen Formationen zu entwerfen; Peking forderte daraufhin, die bewaffneten Banden Pol Pots hiervon auszunehmen – ein klares Indiz für seine Absichten. Zugleich zeigte sich ein engeres Zusammengehen zwischen den USA und China, die gemeinsam danach strebten, die Konferenz in ein antivietnamesisches Tribunal zu verwandeln. US-Außenminister A. Haig drohte, weiterhin jegliche UN-Hilfe an Vietnam zu blockieren. 118 Mio Dollar, die als Wirtschaftshilfe für Vietnam vorgesehen waren, hat die UNO auf Druck der USA bereits ausgesetzt.

## USA-Ostasien

Auf eine „strategische“ Zusammenarbeit mit explizit antisowjetischer und antivietnamesischer Stoßrichtung verständigte sich US-Außenminister A. Haig mit seinen chinesischen Gesprächspartnern bei seinem Peking-Besuch im Juni d.J. Kurz zuvor waren in den USA noch bestehende Restriktionen aufgehoben worden, denen zufolge an Peking nur „nicht tödende“ Militärmaterialien geliefert werden durften. China ist damit auch offiziell in den Kreis der „befeundeten Staaten“ aufgerückt. Gleichzeitig wurde durch Enthüllungen der New York Times bekannt, daß die USA und China bereits seit letztem Jahr in der an die UdSSR angrenzenden autonomen Region Xinjiang eine gemeinsame Radaranlage zur Überwachung sowjetischer Raketenversuche unterhalten, die den Ausfall der US-Überwachungsstationen im Iran kompensieren soll.

Der U.S. News & World Report vom 10.8.1981 zufolge sind diese Ereignisse Bestandteil einer sich abzeichnenden neuen Asienstrategie der USA, einer Art „Reagan-Doktrin“, die auf die Wiederherstellung der Führungsrolle der USA in der Region zielt. Deren drei Kernpunkte sind: erstens der Versuch, eine antisowjetische Koalition zu schaffen, der neben den USA Japan, China, die ASEAN-Länder sowie Südkorea angehören sollen; zweitens die Demonstration einer „neuen amerikanischen Entschlossenheit“, d.h. die Bereitschaft, künftig proimperialistische Regimes in der Region auch wieder militärisch zu unterstützen, wenn diese bedroht sind; und drittens die permanente Zurschaustellung militärischer Stärke in der Region, speziell die dauernde Präsenz der US-Flotte im Indischen Ozean, ohne die Flottenstärke im Pazifik zu schwächen.

## Südafrika-Neuseeland

Südafrika ist wegen seiner auch im Sport praktizierten rassistischen Politik vom internationalen Sport weitestgehend ausgeschlossen. Dennoch stellen sich immer wieder Sportler und Sportveranstalter der westlichen Länder für die Versuche Südafrikas, durch Sportkontakte sein Image aufzubessern zur Verfügung. In Neuseeland, das aus dem Boykott der afrikanischen Staaten bei der Olympiade 1976 in Montreal nichts gelernt hat, kam es diesmal bei der Tournee der südafrikanischen weißen „Springbok“-Rugby-Mannschaft zu Protesten.

Die Auftritte der Truppe waren von den heftigsten Demonstrationen in der neueren Geschichte des Landes begleitet; Polizeiaufgebote waren nötig, dennoch wurden Spiele abgesagt, über den Tourneeabbruch gesprochen. Unbeirrt davon hat die US-Regierung der Mannschaft jedoch für den September 1981 Visa für eine ähnliche Tour erteilt.

Der Afrikanische Nationalkongreß Südafrikas (ANC) und die afrikanische Staatengruppe in der UNO haben für einen Boykott der Olympiade 1984 in Los Angeles plädiert, sollte diese Entscheidung aufrecht erhalten bleiben.

## NATO-Südatlantik

Unter Führung der Reagan-Administration geht die NATO ein weiteres Stück auf dem Weg zur Schaffung eines südatlantischen Pendantes zur NATO, einer SATO, zusammen mit Südafrika. Das im Juli d.J. eröffnete Hochseemanöver „Ocean Venture 81“ demonstriert dies.

Das vertragliche Einsatzgebiet der NATO endet am Wendekreis des Krebses. US-Einheiten werden jedoch zusammen mit Flotten z.B. aus Brasilien, Argentinien und Uruguay Operationen im Südatlantik durchführen. Zusammen mit Einheiten u.a. der BRD (die hochseetüchtige Fregatten baut, obwohl ihre Einsatzgebiete Nord- und Ostsee sind) soll auch in der Karibik geübt werden – die nicht mehr zum NATO-Gebiet gehört. Dazu gehören Landemanöver auf Puerto Rico.

Die Koppelung von Übungen in beiden Meeresteilen – die bewußt eine klare Trennung unmöglich macht – führte zwar dazu, daß das Manöver offiziell nicht als NATO-Manöver tituliert wurde. Oberbefehl und Planung indes liegen bei NATO-Admiralen und -Stäben.

## Namibia

Am Rande des Weltwirtschaftsgipfels von Ottawa/Kanada (siehe Kommentar) trafen sich Ende Juli d.J. die Außenminister der westlichen Kontaktgruppe zu weiteren Konsultationen über Namibia. Bereits während der vorausgegangenen Verhandlungen in Rom und Washington hatte sich eine grundsätzliche Einigung auf das neue Lösungskonzept der USA, den UN-Plan nach Maßgabe südafrikanischer Vorstellungen in wesentlichen Punkten zu verändern, abgezeichnet.

Die zentralen Momente dieses neuen Konzepts der Reagan-Administration sind die weitgehende Ausschaltung der UNO bei der Lösung des Namibia-Problems, die vorgezogene Festlegung einer ethnischen Verfassungsordnung mit Garantien für die Weißen und eine Verknüpfung mit dem Rückzug der



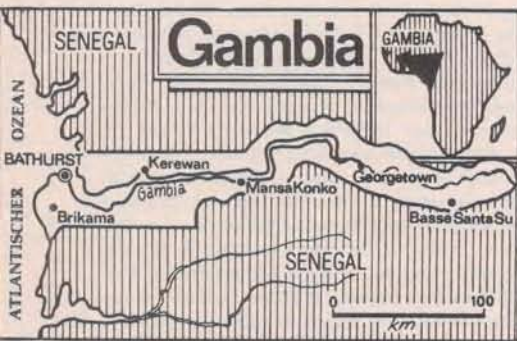
kubanischen Truppen aus Angola und einer Regierungsbeteiligung der von Pretoria und dem CIA ausgehaltenen UNITA.

Die Frontstaaten und die Südwestafrikanische Volksorganisation Namibias (SWAPO) haben diese Vorschläge zurückgewiesen und halten am UN-Plan auf der Basis der Resolution 435 fest.

## Gambia

Am 30. Juli d.J. erklärten linksorientierte Oppositionsgruppen unter Führung der Sozialistischen Revolutionspartei Gambias (GSRP) den Präsidenten des westafrikanischen Kleinstaates für abgesetzt, der sich in Großbritannien aufhielt, und bildeten einen nationalen Revolutionsrat.

Unter Berufung auf einen Beistandsvertrag von 1965 ließ der abgesetzte Präsident Jawara Truppen des Nachbarlandes Senegal einmarschieren. Eine Woche später war der Aufstand niedergeschlagen – von der westlichen Presse mit Genugtuung vermerkt, obwohl der Vertrag eine derartige Intervention nicht abdeckt. Die Zahl von angeblich 400-500 Getöteten kommt folglich auf das Konto der Interventionen und dessen, der sie rief. Und dies geschah nicht zum ersten Mal: Bereits im November 1980 hatte Jawara senegalesische Truppen ins Land geholt, um die Opposi-



tionsbewegung gegen seine die Verarmung des Landes duldende Politik niederzuhalten. Die GSRP und eine weitere Partei wurden verboten. Fortan blieb nur eine einzige legale Oppositionspartei, die Nationale Konvents-partei (NCP), übrig. Ihre Führer wurden nun verhaftet, während sich GSRP-Vorsitzender K.S. Sanjang und andere Anführer der Rebellion ins Ausland absetzen konnten. Die senegalesischen Truppen bleiben gleich im Lande – ein Schritt weiter auf dem Weg der von Jawara seit 1959 angestrebten Vereinigung mit dem neokolonialen Musterland Senegal.

## Marokko

Mitte Juni d.J. widerlegten ausgedehnte Protestkundgebungen in den Großstädten Casablanca, Rabat und Marrakesh die amtliche Mär der Verbundenheit von Volk und König (Hassan II.). Ein brutaler Polizeieinsatz gegen Demonstranten forderte über 1.000 Todesopfer; offiziell zugegeben wurden 66! Etwa 2.000 Menschen wurden verhaftet, darunter die Führung des Demokratischen Gewerkschaftsverbandes CDT, der zu Streiks aufge-

rufen hatte, zahlreiche Journalisten und Oppositionspolitiker. Ministerpräsident M. Bouabid deklarierte flugs „ausländische Agenten“ – gemeint waren solche aus Libyen und Algerien – zu den Urhebern.

Den Streikaufrufen waren vor allem die Bewohner der riesigen Slums der 3-Mio-Stadt Casablanca und viele Oberschüler gefolgt. Anlaß des Aufrufs waren verordnete Preiserhöhungen von 15-75% für Grundnahrungsmittel wie Mehl, Brot, Speiseöl, Zucker, Milch – „empfohlen“ als Gegenleistung für einen gewährten Kredit vom Internationalen Währungsfonds.

## Zentralafrika

Am 19. Juli 1981 verhängte der Präsident der Zentralafrikanischen Republik David Dacko ein Verbot der Oubangischen Patriotischen Front – Partei der Arbeit (FPO-PT) von Abel Goumba und der Zentralafrikanischen Nationalen Befreiungsbewegung (MCLN) von Iddi Lala. Der Bewegung für die Befreiung des Zentralafrikanischen Volkes (MLPC) von Ange Patassé wurde jegliche Tätigkeit untersagt, drei Tage später der Belagerungszustand verhängt.

Anlaß für diese Maßnahmen war ein Bombenanschlag auf ein Kino, zu dem sich die MCLN bekannt, von dem sich die Opposition aber distanzierte. Nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen (vgl. AIB 6/1980, S. 58), dem Verbot der Gewerkschaft UGTC im Mai 1981 und der Verschiebung der Parlamentswahlen auf unbestimmte Zeit, soll mit dem Verbot der linken Opposition das neokoloniale Regime endgültig abgesichert werden. David Dacko, der ehemalige Berater Bokassas und selbst von 1960 bis 1966 Präsident, knüpft mit diesen Maßnahmen an alte Zeiten an: 1960 gründete er mit dem Verbot der Bewegung für die Demokratische Entwicklung Zentralafrikas (MEDAC) von Abel Goumba einen Einparteiensstaat von Frankreichs Gnaden.

## El Salvador

Oberst Adolfo Majano, der im Dezember 1980 aus der salvadorianischen Junta hinaus befördert worden war, sagte Ende Juli d.J. einen neuen Militärputsch voraus. Das Putsch-Vorhaben gehe von ultrarechten Militärs und Unternehmern aus, die auf die Ausbootung des Zivilpräsidenten Napoleon Duarte und seiner Christdemokratischen Partei abzielten, um u.a. die für 1982 angekündigten Wahlen zu suspendieren.

Unterdessen vermochte die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN), nachdem sie im Juni d.J. in der Zentralregion Aguilares-Quezaltepeque (sie umfaßt die Departements San Salvador und La Libertad) eine neue Kampffront eröffnet hatte, eine Offensive der Juntatruppen auf die von der FMLN kontrollierten Gebiete, u.a. bei San Vicente und Chalatenango, zurückzuschlagen. Am 10. Juli d.J. griffen 300 Guerilleros in der Hauptstadt San Salvador mehrere Armeeeinrichtungen, das Polizei-Hauptquartier und den Nationalpalast an und konnten sich wieder geordnet zurückziehen. Nach eigenen Angaben kontrolliert die FMLN heute bereits 1/3 des Landes.

## Belize

Gemäß einem Abkommen, das im Juli d.J. in London zwischen Vertretern Belizes, Großbritannien und Guatemalas geschlossen wurde, wird die britische Kolonie Belize am 21. September d.J. endgültig ihre Unabhängigkeit erlangen. Letzte Ungereimtheiten mit Guatemala, das sich lange den Verhandlungen widersetzte, sollen nach diesem Stichtag geklärt werden.

Bisher konnte die guatemalteckische Militärjunta aus dem Vertrag zahlreiche Vergünstigungen für sich erzielen (vgl. AIB 5/1981). Wegen dieser Zugeständnisse, vor allem der Abtretung eines Streifens Hoheitsgewässer und der Nutzungsrechte für die Inseln Ranguana und Sapodilla an Guatemala, führten Oppositionskräfte, darunter die konservative Vereinigte Demokratische Partei (UDP) und die Aktionsbewegung von Belize (BAM) Protestaktionen durch.

## Kuba

Am 5. Juli d.J. waren in Matanzas fünf Exilkubaner festgenommen worden, als sie sich – mit Waffen und Bomben an Bord eines Motorschiffes – zur Vorbereitung eines Attentates auf den kubanischen Ministerpräsidenten Fidel Castro anschickten. Im Auftrag der in Miami ungestört agierenden Terrorgruppe Alpha 66 sollten sie den Mordanschlag während der Kundgebung zum 28. Jahrestag des Sturmes auf die Moncada-Kaserne am 26.7.1981 in Las Tunas ausführen.

Auf dieser Veranstaltung bezichtigte Fidel Castro die USA, „Anschläge gegen die Führer der Revolution zu organisieren und Seuchen gegen unsere Pflanzen, unsere Tiere und unsere Menschen einzusetzen“. Er wies darauf hin, daß Washington bereits seit den 60er Jahren einen bakteriologischen Krieg gegen Kuba unter dem Decknamen „Operation Mongoose“ vorbereitete. Er erinnerte daran, daß in den letzten zwei Jahren sein Land nicht zufällig von Zuckerrohr-, Tabak- und Schweinesuchen und jetzt plötzlich von einer bislang unbekanntem Gelbfieber-Epidemie (sie forderte 113 Todesopfer und 1/4 Mio Kranke) befallen worden sei. Firmen mit US-amerikanischer und mexikanischer Kapitalbeteiligung hatten sich geweigert, Mittel zur Bekämpfung dieses Dengue-Fiebers an Kuba zu verkaufen. Fidel Castro: „Was kann man schon von einer Regierung erwarten, deren Politik von Zynismus, Lüge und totaler Skrupellosigkeit geprägt ist.“

## Paraguay

Jüngsten Meldungen zufolge befindet sich Antonio Maidana, Erster Sekretär der KP Paraguays (PKP) und 1977 freigekommener Langzeitgefangener, in dem für seine Folterungen berüchtigten paraguayischen Konzentrationslager Emboscada. A. Maidana sowie der Arbeiterführer Emilio Roa waren im August 1980 in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires entführt und an das Stroessner-Regime ausgeliefert worden. Der Gesundheitszustand des 64jährigen A. Maidana ist durch die schlechten Haftbedingungen ernsthaft beeinträchtigt. Internationale Proteste (zu richten an: General Alfredo Stroessner, Casa de Gobierno, Asuncion, Paraguay) sind daher dringlich.



AIB

Liebigstr. 46

3550 Marburg

## Von Ottawa nach Cancún

Als „neuen atlantischen Konsensus“ auf Kosten der Dritten Welt wertete die Hongkonger Zeitschrift Far Eastern Economic Review den Ausgang des Wirtschaftsgipfels der sieben größten kapitalistischen Industrienationen, der Ende Juli d.J. in der kanadischen Hauptstadt Ottawa stattfand. Diese seien nunmehr fest entschlossen, zuerst für sich selbst zu sorgen und die Bedürfnisse der Armen in der Entwicklungswelt so lange zurückzustellen, bis sie ihr eigenes Haus in Ordnung gebracht hätten. Für das ganze „Nord-Süd“-Szenario, speziell für den zum 22./23. Oktober 1981 in Cancún/Mexiko geplanten Gipfel von 22 Industrie- und Entwicklungsländern, bedeutet dies nichts Gutes.

Die wichtigsten in Ottawa gefaßten Beschlüsse laufen – aus dem Blickwinkel der Entwicklungsländer betrachtet – in der Tat auf einen verschärften Kurs der Abwälzung der kapitalistischen Wirtschaftskrise auf die Dritte Welt hinaus. Die gegen den westeuropäischen Widerstand von US-Präsident Ronald Reagan durchgesetzte Hochzinspolitik bedeutet vor allem für die Länder mit mittlerem Einkommen, die inzwischen hochgradig von den privaten Kreditmärkten abhängig sind, eine weitere Verschärfung der jetzt schon untragbaren Schuldenlast. Für die Entwicklungsländer ist ein Anstieg der Zinsrate des Dollars um nur 1% mit mehreren Milliarden Minus in ihrer ohnehin meistens negativen Devisenbilanz und mit einem beträchtlichen Zuwachs des jährlichen Schuldendienstes verbunden.

Aber auch die spezifisch bundesdeutsche, fatalistische Reaktionsweise auf den Hochzinskurs, die Politik der rigorosen Haushaltskürzungen, bedroht zumindest potentiell die ärmeren Entwicklungsländer an einem empfindlichen Punkt. Zwar will die Bundesregierung weiterhin an einer überdurchschnittlichen Steigerung des Entwicklungshilfeetats festhalten, aber eine Garantie dafür, daß die restriktive Fiskalpolitik schon bald auch die Kredite für die Entwicklungsländer trifft, vermag heute niemand zu geben.

Es verwundert deshalb nicht, daß die unmittelbar auf die „Nord-Süd“-Beziehungen gemünzten Formulierungen in der Abschlusserklärung der sieben Staats- und Regierungschefs so vage und unverbindlich wie selten zuvor sind. Was die öffentliche Entwicklungshilfe betrifft, so heißt es dort, diese solle „in substantiellem und, in vielen Fällen, in steigendem Umfang auch in Zukunft“ geleistet werden. In Bezug auf die von der Dritten Welt verlangten neuen globalen Verhandlungsrunde über die Neue Weltwirtschaftsordnung innerhalb der Vereinten Nationen wurde die „Bereitschaft“ bekundet, „an der Vorbereitung für einen beiderseitig akzeptablen Prozeß globaler Verhandlungen mitzuwirken, die Aussicht auf sinnvollen Erfolg bieten“.

### Wenig Erwartungen an den „Nord-Süd“-Gipfel

Eine wahrhaft sibyllinische Formulierung! Wenn das das „Zugeständnis“ sein soll, das Bonn zusammen mit der neuen französischen Regierung der Reagan-Administration abgerungen haben soll, wie manche Pressebeobachter wissen wollen, so ist es schlecht bestellt um jenen New Deal, den F. Mitterand im Verhältnis zur Dritten Welt anstreben will! Denn was bedeuten in den Augen der heutigen US-Regierung Formeln wie „beiderseitig akzeptabel“ oder „sinnvoller Erfolg“? Sicher kaum mehr als Rechtfertigungsformeln für eine fortgesetzte Obstruktion selbst an den geringfügigsten Fortschritten bei der Verwirklichung der von den Entwicklungsländern geforderten demokratischen Umgestaltung der kapitalistischen Weltordnung!

Gerade so wie jüngst Präsident Reagan ohne jegliche Konsultation seiner westlichen Verbündeten beschloß, die Neutronenbombe doch sofort bauen zu lassen, und damit die Erklärungen H.



Gipfel der sieben Westmächte in Ottawa

Schmidts über den angeblichen Verhandlungswillen Washingtons Lügen strafe, haben die Planer der US-Regierung auch in puncto Verhältnis zur Dritten Welt längst auf Konfrontation geschaltet.

Im Mai d.J. bereits ließ Myer Rashish, Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im US-Außenministerium, wissen, die USA hätten derzeit keinerlei Interesse an einer formellen Wiederaufnahme des „Nord-Süd-Dialogs“ im Rahmen der Vereinten Nationen. Das was sich inzwischen als „neues“ entwicklungspolitisches Konzept der US-Regierung abzeichnet, ignoriert so ziemlich alles an Erkenntnissen, wozu sich selbst bürgerliche Entwicklungspolitiker in den letzten Jahren durchringen mußten. Die inzwischen von R. Reagan durchgesetzten Kürzungen am ohnehin äußerst kümmerlichen Entwicklungshilfeetat der Vereinigten Staaten und die Funktionalisierung der Restgelder ausschließlich für die Unterstützung willfähiger reaktionärer bis faschistischer Regime bilden nur eine Seite der Medaille.

Die andere Seite besteht darin, daß die absolute Priorität künftig der Expansion des Privatkapitals in der Dritten Welt gegeben werden soll. Die Entwicklungspolitiker der Reagan-Administration, so die Frankfurter Allgemeine vom 31.7.1981, sind „der Ansicht, daß private Unternehmungen, unterstützt von marktwirtschaftlich ausgerichteten Richtlinien und Institutionen eine führende Rolle dabei übernehmen müssen“. Es steht zu vermuten, daß der neuen US-Administration selbst die Weltbank, deren scheidender Präsident R. McNamara kürzlich mahnte, die gegenwärtige US-Politik führe über kurz oder lang nur zu verschärfter sozialer Unruhe in der Dritten Welt, nicht „marktwirtschaftlich“ genug ist: Gegen die Bank richteten sich die ersten finanziellen Kürzungspläne Washingtons. Weitere multilaterale Programme, besonders innerhalb der UNO, stehen auf der Abschußliste Ronald Reagans.

Es ist kaum zu glauben, daß Österreichs Außenminister Willibald Pahr – zusammen mit Mexiko Veranstalter des Cancún-Gipfels – vor diesem Hintergrund ernsthaft davon ausgeht, dieses neue „Nord-Süd“-Spektakel außerhalb der Vereinten Nationen könnte ein „wichtiger Schritt für die Aufnahme von Gesamtverhandlungen im Rahmen der UN“ werden. Viel mehr spricht gegenwärtig dafür, daß von der ganzen mit Cancún verbundenen Idee eines sozialpartnerschaftlichen Interessenausgleichs im Weltmaßstab im Endeffekt nichts übrig bleiben wird als ein ideologischer Roßtäuschertrick.

Der durch die Dritte-Welt-Politik der Reagan-Administration noch gelassene Spielraum zu Zugeständnissen an die Dritte Welt ist jedenfalls derart eng, daß man sich fragt, worüber in Cancún überhaupt noch verhandelt werden soll.